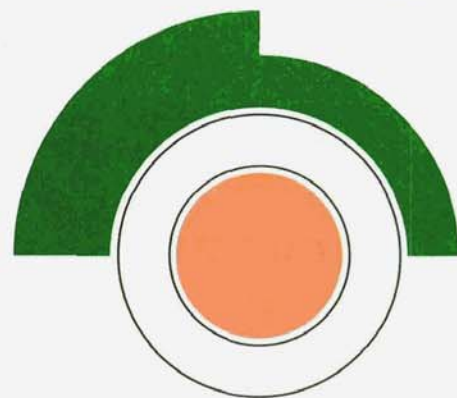


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 17



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 29. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 10.11.1998

WORT UND WIDERWORT

Sind Mieten im sozialen Wohnungsbau zu teuer geworden?

Die Bewilligungsmieten für den sozialen Wohnungsbau würden jedes Jahr neu festgesetzt. Dabei würden alle relevanten Aspekte und Entwicklungen berücksichtigt. Das gelte auch für die Bestandspolitik. So hätten die aktuellen Erkenntnisse über die Einkommensentwicklung und der Wille, die Kurve des Mietanstiegs im sozialen Wohnungsbestand abzufachen, dazu geführt, daß in Abstimmung mit dem Finanzminister die Möglichkeiten für Mieterhöhungen durch eine Verminderung der Zinserhöhung beschränkt würden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete Gerd-Peter Wolf. Der CDU-Abgeordnete Siegfried Zellig betont, die Mieten im sozialen Wohnungsbau seien in der Tat zu teuer geworden. Mitverantwortlich für die verheerende Entwicklung sei die zum 1. Juli 1996 durch die Landesregierung beschlossene höhere Verzinsung der öffentlichen Darlehen. Sie habe zu exorbitanten Mieterhöhungen geführt. Diese Höherverzinsung sei zwischenzeitlich zwar gestreckt, aber nicht endgültig aufgehoben worden. Die Landesregierung müsse hier vollständig umdenken. Die GRÜNE-Abgeordnete Hedwig Tarnier unterstreicht, man müsse sich dem Problem von verschiedenen Seiten nähern. Als erstes gelte zu klären, ab wann die Mieten als zu hoch angesehen würden. Dies könne nicht in Düsseldorf und Warendorf für den gleichen Quadratmeterpreis gelten, sondern müsse regional betrachtet werden. Eine von staatlicher Stelle bezuschulte Miete müsse geringer sein als die ortsübliche Vergleichsmiete. (Seite 2)

SPD-Fraktion wählte ihren neuen Vorsitzenden

Dammeyer setzte sich durch

Der frühere nordrhein-westfälische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Professor Dr. Manfred Dammeyer, ist neuer Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Er löste Klaus Matthiesen ab, der in die Wirtschaft wechselte.

Der Abgeordnete aus Oberhausen setzte sich in einem zweiten Wahlgang mit 57 Stimmen gegen den Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Edgar Moron, durch, der 46 Stimmen erhielt. Die Entscheidung für Dammeyer fiel, nachdem die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Brigitte Speth und Ernst-Martin Walsken ihre Kandidatur zurückgezogen hatten.

Manfred Dammeyer, aus Haus Berge/Porta Westfalica gebürtig, verheiratet und Vater dreier Kinder, gehört seit 1975 dem Landtag an. Er studierte nach dem Abitur 1958 Sozial- und Erziehungswissenschaften und schloß 1963 mit dem Diplom-Sozialwirt ab. 1979 folgte die Promotion. Er ist Honorarprofessor für Politikwissenschaften.

Von 1990 bis 1995 war der Politiker aus dem Revier Europaminister. In Brüssel ist Dammeyer Präsident des Ausschusses der

Regionen der Europäischen Union. Dieses Amt will er beibehalten.

Seine berufliche Laufbahn hatte er bei der Volkshochschule Oberhausen begonnen. Mit 25 Jahren war Manfred Dammeyer einst der jüngste Volkshochschuldirektor der Bundesrepublik.



Bei seiner ersten Pressekonferenz nach der Wahl: Der neue Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Professor Dr. Manfred Dammeyer. Foto: Schälte

Die Woche im Landtag

Landesentwicklung

Der Landesentwicklungsbericht mit Zielen, Perspektiven und Handlungsschwerpunkten in der 12. Wahlperiode stand im Mittelpunkt einer Debatte. (Seite 3)

Gegendemonstration

Die Vorfälle im Zusammenhang mit der Gegendemonstration zu einer NPD-Kundgebung in Bonn hatten im Innenausschuß ein erstes parlamentarisches Nachspiel. (Seite 8)

Budgetrecht

Ob die Rechte des Parlaments noch gewährleistet sind, wenn der Haushaltsvollzug gelockert wird, war Thema einer Anhörung des Haushaltsausschusses. (Seite 12)

Geduldsprobe

Auf die Langwierigkeit bei der ministeriellen Genehmigung von Maßnahmen im Maßregelvollzug hat der Direktor des Landschaftsverbands Rheinland vor dem Untersuchungsausschuß hingewiesen. (Seite 16)

Hochwasser

Der Polder Trebur könnte die Städte Bonn und Köln vor Hochwasser schützen. Aber in Hessen gibt es Widerstand. (Seite 21)

Wiederaufbau

Josef Gockeln, der vor vierzig Jahren starb, gehörte als Landtagspräsident und Oberbürgermeister von Düsseldorf zur „Generation des Wiederaufbaus“. (Seite 25)

WORT UND WIDERWORT

Land muß bei Mietkosten auf tragbare Lösungen achten

Von
Gerd-Peter Wolf

Der soziale Wohnungsbau war und ist ein stabilisierendes Element des Wohnungsmarktes in Nordrhein-Westfalen. Vergleiche belegen, daß die Mieten in unseren Ballungszentren und -räumen überwiegend weit unter denen anderer Ballungszentren (Hamburg, München, Frankfurt) liegen.

Die Bewilligungsmieten für den sozialen Wohnungsbau werden jedes Jahr neu festgesetzt. Dabei werden alle relevanten Aspekte und Entwicklungen, auch der Einkommen, berücksichtigt.

Dies gilt auch für die Bestandspolitik. So haben die aktuellen Erkenntnisse über die Einkommensentwicklung und der Wille, die Kurve des Mietanstiegs im sozialen Wohnungsbestand abzufachen, dazu geführt, daß in Abstimmung mit dem Finanzminister die Möglichkeiten für Mieterhöhungen aufgrund der Verzinsung der öffentlichen Darlehen ab 1. Januar 1999 durch eine Verminderung der Zinserhöhung beschränkt werden.

SPD: Mit der neuen Bundesregierung zukunftsfähige Lösungen entwickeln

Natürlich sehen wir Sozialdemokraten die Probleme, die entstehen, weil die alte Bundesregierung weder das Wohngeld reformiert noch die Einkommensgrenzen seit Anfang der 90'er Jahre erhöht hat. Daraus entstehen für viele Familien Schwierigkeiten, die Wohnkosten zu bezahlen oder den Zugang zu öffentlich gefördertem Wohnraum zu erhalten. Weil die Einkommensgrenzen nicht erhöht wurden, werden trotz gesunkener Realeinkommen wegen eines höheren Bruttoeinkommens viele Menschen "Fehlbeleger". Erstaunlich ist, daß diejenigen, die jetzt die Abschaffung der Fehlbelegerabgabe mit dem Argument fordern, mit der Abgabe werde die Miete zu hoch, überwiegend genau diejenigen sind, die sich vor nicht allzu langer Zeit für die Einführung einer einkommensabhängigen Miete ausgesprochen haben. Man muß davon ausgehen, daß dann die Mieten auf breiter Front höher wären, als sie es heute sind.

So erfreulich es ist, daß die CDU nach ihrer Wahlniederlage ihr Herz für Mieter entdeckt hat. Die Problemlage ist breiter angelegt, als die Problematik der Fehlbelegerabgabe.

Von daher werden wir gemeinsam mit der neuen Bundesregierung in aller Ruhe und mit Sachverstand zukunftsfähige Lösungen für die vielfältigen Probleme des Wohnungsmarktes entwickeln. Die Mieterinnen und Mieter sind bei uns auch weiterhin in den besseren Händen.

Von
Siegfried Zellnig

Die Mieten im sozialen Wohnungsbau sind in der Tat zu teuer geworden. Dies stellen ganz offiziell die „Wohnungsmarktbeobachtungen in Nordrhein-Westfalen, Mietspiegel 1998“, fest: „In einigen Gemeinden haben die Bestandmieten ... des preisgebundenen Wohnungsbestandes die ortsüblichen Vergleichsmieten erreicht oder sogar schon überschritten.“

In den Förderjahrgängen 1960 bis 1979 „überschreitet in 43 bzw. 46 Gemeinden das Mietniveau im sozialen Wohnungsbau das des freifinanzierten Marktsegmentes“. Im Förderjahrgang 1980 bis 1989 zahlen die Mieter in noch einmal 11 Orten höhere Preise als im freifinanzierten Segment. Insbesondere ländlich strukturierte Gebiete und Kleinstädte sind von dieser Entwicklung betroffen, aber auch einige Kommunen des Ruhrgebietes. „Die Zahlen zeigen aber auch, daß der soziale Wohnungsbau in vielen ländlichen und Kleingemeinden zwar das Zugangsproblem für Sozialschwa-

CDU: Landesregierung muß umdenken

che löst, allerdings zu Preisen, die mittlerweile oberhalb der Mietspiegelwerte liegen.“ Viele Haushalte müssen daher überdurchschnittlich hohe Wohnkostenbelastungen tragen.

Mitverantwortlich für diese verheerende Entwicklung ist die zum 01.07.1996 durch die Landesregierung beschlossene höhere Verzinsung der öffentlichen Darlehen. Diese hat zu exorbitanten Mieterhöhungen geführt: Mietwohnungen 1960—1969: Durchschnittsgröße 65 qm, durchschnittliche Mieterhöhung etwa DM 0,55/qm. Mietwohnungen ab 1970: Durchschnittsgröße 72 qm, durchschnittliche Mieterhöhung etwa DM 0,60/qm.

Diese Höherverzinsung ist zwischenzeitlich zwar gestreckt, aber nicht endgültig aufgehoben worden. Die CDU-Landtagsfraktion hat diese Entwicklung vehement als Preistreiber gekennzeichnet. Die Landesregierung muß hier vollständig umdenken und den untauglichen Versuch beenden, durch erhöhte Mieten die Mieter im Ergebnis zur Haushaltssanierung heranzuziehen. Dies hat die CDU-Landtagsfraktion seit Jahren gefordert.

Es gibt kaum ein besseres Indiz für das Versagen der Förderpolitik des Landes und dem einseitigen Festhalten am 1. Förderweg als den Tatbestand, daß heute die Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau oft erheblich niedriger sind als im öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Von
Hedwig Tärner

Eine pauschale Antwort, die für die 1 041 910 Sozialmietwohnungen (Stand Ende 1996) gilt, gibt es nicht. Wir müssen uns diesem Problem von verschiedenen Seiten nähern. Als erstes gilt zu klären, ab wann die Mieten als zu hoch angesehen werden. Dies kann nicht in Düsseldorf und Warendorf für den gleichen Quadratmeterpreis gelten, sondern muß regional betrachtet werden. Für mich als Grüne gilt: Eine von staatlicher Seite bezuschusste Mietspiegel muß geringer sein, als die ortsübliche Vergleichsmiete. Diesem Anspruch genügen unsere im ersten Förderweg geförderten Wohnungen fast überall.

Die Mieten im zweiten Förderweg haben in vielen Regionen das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete erreicht. Hieraus haben wir die Konsequenz gezogen, daß der zweite Förderweg nur noch in Regionen gefördert wird, in denen die Kostenmiete unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Ein weiterer

GRÜNE: Land muß tragbare Sozialmieten gewährleisten

Faktor sind der Anstieg der Mietnebenkosten. Diese haben sich zum Teil zu einer zweiten Mietspiegel entwickelt, die natürlich auch zur Verteuerung von Wohnraum beiträgt.

Das Land hat die Aufgabe, tragbare Sozialmieten zu gewährleisten. Dazu werden vielfältige Maßnahmen ergriffen. So wird die jährliche Höherverzinsung der Wohnungsbauaufwendungsmittel von 0,15 DM auf 0,10 DM pro qm abgesenkt. Die Aufwendungsverzichte werden von 0,10 DM auf 0,05 DM pro qm gesenkt. Die Neubau-Höchstdurchschnittsmiete ist seit 1995 unverändert und wird aktuell auch nicht angehoben. Sie liegt in Kommunen der Mietsstufe 1 bei 7,55 DM und in der Mietsstufe 5 bei 9,35 DM. Unsere Förderung besteht darin, daß in den ersten zehn Jahren ein zinsloses Darlehen gewährt wird, nach zehn Jahren wird dieses verzinst. Bei den Wohnungen, die im Jahre 1986 gefördert wurden und somit ab diesem Jahr zinsfällig geworden wären, ist die Verzinsung ein halbes Jahr aufgeschoben worden.

Wir haben als Wohnungsbaupolitikerinnen viele einzelne Stellschrauben, mit denen wir flexibel auf die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen reagieren müssen. Manchmal ist das Geschehen am Wohnungsmarkt oder am Arbeitsmarkt schneller als wir. Jedoch zeigen unsere vielfältigen Aktivitäten, daß wir uns der Anforderungen stellen.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, hielt die Begeisterung über diesen Bericht für nicht sehr groß und Perspektiven für nebulös. Der neue Ministerpräsident spreche von einem neuen Stil. Offensichtlich sollten eher Überschriften produziert werden. Streit sei das Kennzeichen der drei Jahre der rotgrünen Koalition gewesen. Neue Spielwiesen für Grüne seien, auch finanziell, eröffnet worden, worunter der Finanzminister leide. Die Ausrede, Ursachen für manche Mißentwicklung nach Bonn zu schieben, sei nicht mehr gegeben. Leid werde von der rotgrünen Bonner Koalition nun auch für NRW kommen. Clement habe wie Schröder das Problem von zwei Parteien in der eigenen Regierungspartei. Von desaströsen Koalitionsvereinbarungen habe nach seinem Abschied der Ministerkandidat Stollmann gesprochen. Mit Clement sei die CDU einig, daß der Mittelstand verbreitert werden müsse. Lafontaine halte dagegen an seiner alten Kaufkrafttheorie fest, was heller Wahnsinn sei. Die Angriffe auf die Bundesbank seien das Allerletzte, was sich Deutschland erlauben könne. Im Landesentwicklungsbericht würden die rotgrünen Streitpunkte vernebelt. Auf die Haltung der neuen Bonner Koalition zur Kohlevereinbarung: 60 Milliarden aus Bonn, neun vom Land, sei er sehr gespannt. Mit dem Verzicht auf Kernenergie sei ein klares Signal zur Braunkohle gegeben. Mehr Effizienz und Kontrolle bei der Wirtschaftsförderung verlangten nach der CDU sogar die Grünen. Die CDU setze auf wirtschaftsnahe Infrastruktur und bitte den neuen Wirtschaftsminister, von den großen Prestigeprojekten Abschied zu nehmen und nicht fünf Jahre lang den Menschen einzureden, daß Hollywood nach Oberhausen komme. NRW habe aus Bonn über zwei Milliarden Mark und noch einmal 90 Millionen für Bahn-Regionalisierung bekommen, nicht für Prestigeobjekte wie Dortmund. Bei Ortsumgehungen und Bahnübergängen gebe es nur heiße Luft statt Etatpositionen. Die Menschen hätten die Streitkoalition satt. Wie eine extensive, direktvermarktende, ökologische, aber wettbewerbsunfähige Landwirtschaft verantwortet werde, fragte Linssen und appellierte an die Regierung, den Agrarstandort NRW vor Existenznot zu bewahren. Qualitätssicherung im Bildungswesen komme im Landesentwicklungsbericht überhaupt nicht vor, obwohl Clement Bildung als wichtigste Ressource bezeichne. Ministerin Behler verweigere die Auskunft, wie die Unterrichtsversorgung bis 2004 gesichert werden solle. Die CDU weise auf Überlegungen hin, den Klassenverband zu fördern, weil er mit sozialer Kompetenz zu tun habe.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Fraktionsvorsitzender, vermutete, Linssen könne

Debatte über die Landesentwicklung

Clement setzt auf Benelux-Nachbarn

Über den Landesentwicklungsbericht NRW mit dem Titel „Verlässliche Politik in einer Zeit des Umbruchs, Ziele, Perspektiven und Handlungsschwerpunkte in der 12. Legislaturperiode“ (Drs. 12/1759) debattierte der Landtag am 4. November und stimmte der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung (Drs. 12/3427) zu.

sich offenbar Politik durch Kompromisse nicht vorstellen, und rufe immer SPD-Minister zu Hilfe für die Auseinandersetzung mit den Grünen. Die Regierung bewältige Probleme und sei auf dem besten Weg. Der Entwicklungsbericht zeige eindrucksvolle Techniken. NRW sei High-Tech-Land Nummer Eins. Mit den Problemen werde ehrlich umgegangen. Sechzehn Jahre Kohl seien noch nicht abgeschüttelt. Milliarden-Schulden und Zinsen drückten leider auf künftige Handlungsspielräume. Das Bündnis für Arbeit sei ein guter Anfang. Globale Entwicklungen träfen auch NRW-Unternehmen. NRW sei eine starke Region und spiele seine Rolle aktiv mit den Nachbarn. Neue Ungerechtigkeiten im Bildungswesen seien zu meistern.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) griff Linssens Äußerung über „desaströse Politik“ auf und sagte, dafür habe die CDU gerade eine deutliche Quittung bekommen. Von Spielwiesen könne keine Rede sein. Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit seien entscheidende Akzente beim Technologiewandel, in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die Grünen setzten auf den ÖPNV-Ausbau. Das 13-Milliarden-Mark-Programm Arbeit und Umwelt zeige, wie unerlässlich die Akzente seien. Ansätze aus Wirtschaft und Region müßten noch verstärkt aufgegriffen und Landesplanungs-, Umwelt- und Wirtschaftsgesichtspunkte intensiv verzahnt werden. Aus Bonn komme frischer Rückenwind. Antworten, die die Menschen schon lange wollten, würden Hand in Hand gelöst. NRW stehe nicht nur in knallhartem internationalen Wettbewerb, sondern auch die Konkurrenz der europäischen Regionen nehme zu. Der Kohlekompromiß gelte weiter. 620 000 kleine und mittlere Unternehmen mit mehr als 4,5 Millionen Arbeitsplätzen in NRW erhielten 85 Prozent der Fördermittel. Photovoltaik, Solarthermik, Windkraft und Kraft-Wärme-Kopplung seien Schwerpunkte der Technologieförderung. Gut ausgebildete Menschen seien unerlässlich. An dieser Stelle dürfe die Zukunft nicht verspielt werden.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hielt das Angebot von besten Lösungen der Opposition für nicht überzeugend und die Rede von Linssen für Politik

wie bisher. So einfach werde er nicht davonkommen. Energiemix als Fortsetzung der bisherigen Energiepolitik sei ein Irrtum. CO₂-Belastung werde damit nicht verringert. Ein ganz anderer Mix werde gebraucht, nämlich aus heimischen Energieträgern, regenerativen Energien und Sparmaßnahmen. Da werde es noch Diskussionen weit über das bisherige Allgemeinwissen hinaus geben. Beim Verkehr gehe es wie in den Nachbarstaaten um Mobilität für Wirtschaft und Bürger. In den Niederlanden gebe es täglich 480 Kilometer Stau, bei noch dichterem Besiedlung. Über Vernetzung beim Luftverkehr und der Verkehrsträger müsse mit Benelux-Staaten diskutiert werden. Straßenausbau reiche gegen Stauprobleme nicht aus. Miesmachen sei zu wenig. 1997 seien in NRW 292 neue Unternehmen pro zehntausend Einwohner entstanden, in Bayern 252 und in Baden-Württemberg 224. Die Medienpolitik sei erfolgreicher als irgendwo anders. NRW werde sich am Bündnis für Arbeit und Ausbildung beteiligen. Es habe hervorragende Erfahrungen mit Gründungs-offensive und Ausbildungskonsens gegeben. Deutschland habe es mit abflachenden Zuwächsen zu tun, da sei es schwierig, die Situation im Arbeitsmarkt zu verbessern. Bei Bildung und Wissenschaft werde NRW Qualität sichern. Nach dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin werde sich NRW stärker auf die Benelux-Staaten orientieren. In Europa ohne Grenzen blieben die Unternehmen und Verwaltungen kaum so, wie sie jetzt seien.

Bärbel Höhn (GRÜNE), Umweltministerin, antwortete der Opposition, die Landesregierung wolle nicht auf Bonn schimpfen, sondern mit Bonn eine andere Politik machen. Mehr als Null bekomme die Koalition allemal hin. Ersetzen der Atomenergie durch einen anderen Träger sei nicht die Alternative, sondern sparen. Bei der FFH-Richtlinie habe die CDU die Leute auf die Bäume getrieben. Sie, Höhn, habe die Tranche 1 a gemeldet und arbeite bei Tranche 1b einen Konflikt nach dem anderen ab. Die Landesregierung könne in Ruhe ernten, was sie in 3 ½ Jahren eingestiebt habe. Die „wettbewerbsfähigen“ Landwirtschaftsbetriebe wollten sich jetzt an Förderprogrammen beteiligen.



Debattierten über die Zukunft von NRW, v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Rüdiger Sagel (GRÜNE), Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schälte

Staatsbürgerschaftsrecht

Wichtiger Schritt zur Integration in unsere Gesellschaft

Eine Viertelmillion Kinder ausländischer Eltern könnten im Lande sofort die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn die von der rot-grünen Koalition in Bonn verabredete Reform des Staatsbürgerschaftsrechts bereits gültig wäre. Darauf hat die Sprecherin der GRÜNEN, Christiane Bainski, zu Beginn der von ihrer Fraktion beantragten Aktuellen Stunde des Landtags am 4. November hingewiesen. Thema der Stunde: Nordrhein-Westfalen begrüßt Kurswechsel im Staatsbürgerschaftsrecht.

Christiane Bainski (GRÜNE) fuhr fort, die Politik der bisherigen Bonner Regierung sei auf Ausgrenzung der ausländischen Mitbürgerinnen und -bürger ausgerichtet gewesen; im Staatsbürgerschaftsrecht habe das Abstammungsprinzip mehr gegolten als das „jus soli“, das Recht auf Einbürgerung durch Geburt im Staatsgebiet, das von der neuen Regierung in den Vordergrund gestellt werde. Damit werde die Tatsache anerkannt, „daß der Zuwanderungsprozeß, der in der Vergangenheit stattgefunden hat, Realität und unumkehrbar ist und als sinnvolle Konsequenz vor allem eins verlangt: die umfassende Integration der auf Dauer bei uns lebenden, zugewanderten Menschen“. Die CDU wolle das noch immer nicht begreifen und spreche von einer leichtfertigen Preisgabe des Staatsbürgerschaftsrechts, aber Abstammung zum Prinzip von Staatsangehörigkeit zu machen, „das halte ich für Rassismus“. Keine freiheitliche Gesellschaft überstehe es auf Dauer unbeschadet, wenn Millionen in ihrer Mitte lebende Menschen ausgegrenzt würden.

Svenja Schulze (SPD) erleichtert: „Endlich werden die Fakten anerkannt, endlich verabschieden wir uns auch in der Bundesrepublik von einem Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht von 1913“. Und: „Wer hier in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, der ist hier weder Gast noch Ausländer, sondern ein Bürger oder eine Bürgerin unseres Landes“. Die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts sei das „Ende der konservativen Lebenslüge“, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Sie sei aber auch nur ein erster von weiteren Schritten bei der Integration der hier lebenden Menschen. Im übrigen verstießen erleichterte Einbürgerung und doppelte Staatsbürgerschaft keineswegs gegen die Maastrichter Verträge, sondern seien „schon längst europäischer Standard“. Zur Befürchtung der CDU, Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft könnten sich ihren Verpflichtungen entziehen, erklärte sie, die hätten auch ohne Staatsbürgerschaft hierzulande schon eine Menge Pflichten gehabt, „sie durften nämlich Steuern und Sozialabgaben zahlen“. Jetzt sollten sie endlich einmal auch die gleichen Rechte bekommen.

Oliver Wittke (CDU) verwies auf die hohe Zahl gestiegener Einbürgerungen, die auf



Von angereisten Bergleuten, Kollegen und Mitarbeitern verabschiedete sich der bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Matthiesen (M.) im Landtag. Der Politiker wechselt in die Wirtschaft und wird Vorstandsvorsitzender der Intereroh AG mit Sitz in Köln.
Foto: Schälte

eine Änderung des Ausländergesetzes durch die frühere Bonner Regierungskoalition zurückzuführen sei: In den letzten fünf Jahren seien mit knapp über 100 000 Ausländerinnen und Ausländern mehr eingebürgert worden als in den 13 Jahren zuvor. Daran sei bemerkenswert, daß diese hohe Anzahl ohne eine generelle doppelte Staatsbürgerschaft zustande gekommen sei, betonte er und fragte, warum das Staatsbürgerschaftsrecht geändert werden müsse, wenn so viele Menschen bereit seien, auf ihre bisherige Staatsbürgerschaft zu verzichten „und ohne Wenn und Aber ja zu Deutschland, ja zu unserer Gesellschaft und ja zu unserem politischen System sagen wollen“. Er habe den Verdacht, daß mit ihrer Haltung die rot-grüne Koalition im Lande von der Tatsache ablenken wolle, daß sie in der umfassenden Integration im gesellschaftlichen, sozialen, schulischen und beruflichen Bereich „kläglich versagt“ habe.

Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) schlug vor: „Zurück zur sachlichen Auseinandersetzung mit einem wichtigen gesellschaftspolitischen Thema unserer Zeit!“ Niemand bezweifle das Erfordernis von Integrationspolitik; im Mittelpunkt stehe dabei die volle, auch rechtliche, Integration der hier auf Dauer lebenden Ausländerinnen und Ausländer. In diesem Sinne sei es zu begrüßen, daß mit der beabsichtigten Reform nahezu alle Abkömmlinge der klassischen ersten Gastarbeitergeneration erreicht würden. Allerdings sei die Landesregierung nicht der Meinung, doppelte oder mehrfache Staatsbürgerschaft seien als „Selbstzweck“ zu fördern. Behrens: „Sie war und ist aber der Auffassung, daß es der hier dauerhaft lebenden und de facto bereits weitgehend integrierten nichtdeutschen Wohnbevölkerung unter erleichterten Bedingungen ermöglicht werden muß, die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch alle staatsbürgerschaftlichen Rechte zu erwerben“. Die Landesregierung begrüße die Bonner Initiative und werde daran „auf allen in Betracht kommenden fachlichen und politischen Ebenen konstruktiv mitwirken“.

Heinz Paus (CDU) nannte die Darstellung „Quatsch“, hier lebende Ausländer seien eine rechtlose Gruppe — sie hätten alle Rechte, bis auf das Wahlrecht Umgekehrt sei das anders: In der Türkei zum Beispiel hätten Ausländer so gut wie keine Rechte. Die Bürger im Lande hätten kein Verständnis dafür, daß die doppelte Staatsbürgerschaft zur Regel werde, denn das schaffe etwa im internationalen Privatrecht erhebliche Probleme. In gewissen Umfang bedeute die doppelte Staatsbürgerschaft auch eine gewisse Privilegierung der neuen Staatsbürger gegenüber den anderen. So könnten sie sich aussuchen, in welchem Staat der Wehrdienst abzuleisten sei.

Jamal Karsli (GRÜNE) betonte, er wolle die Zahl der Ausländer im Lande reduzieren, indem er diese Menschen einbürgere. „In Deutschland werden noch sehr viele Ausländer produziert. Damit müssen wir aufhören. Wir müssen diese Menschen einbürgern, damit die Zahl der Ausländer sinkt“. Wichtig seien aber nicht nur Gesetze, auch in den Köpfen müsse sich etwas ändern; dabei wies Karsli auf die von Migranten geschaffenen Arbeitsplätze und die von ihnen erzielten Umsätze sowie ihre Beiträge zu den Rentenkassen hin. Die Migranten sollten so akzeptiert werden, wie sie sind, Akzeptanz sei der Schlüssel zur Integration.

Frank Baranowski (SPD) warnte die CDU davor, erneut die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen. Das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht müsse dem europäischen Standard angepaßt werden: „Unter 17 westeuropäischen Staaten gilt nur noch bei uns das Blutrecht als alleiniges Maß der Dinge. Von diesen 17 Staaten erkennen zwei Drittel die doppelte Staatsbürgerschaft an. Unsere Nachbarn sind somit fast alle weiter als wir“. In Sachen doppelter Staatsbürgerschaft zeichne die CDU wahre Horrorszenarien, fand er. Die SPD sei froh, schloß er, daß die „alte Zeit der Dogmatiker, die das alte Denken des Jahres 1913 behandeln, als stamme es unmittelbar vom Berg Sinai, jetzt endlich beendet ist!“.



Einig im Bemühen um besseres Verkehrsmanagement, v. l. Johannes Remmel (GRÜNE), Walter Bieber (SPD), Gerhard Wächter (CDU), Hedwig Tarner (GRÜNE), Peer Steinbrück (Verkehrsminister).
Foto: Schälte

Teilbericht der Enquete-Kommission Zukunft der Mobilität

„Schluß mit Konkurrenz von Schiene, Straße, Luftverkehr“

Ein Landesverkehrsplan soll Potentiale integrieren

Der Landtag debattierte am 5. November über den Teilbericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Mobilität“ (Neudruck 12/3246).

Johannes Remmel (GRÜNE), Vorsitzender der Enquete-Kommission, zählte als Handlungsempfehlungen auf: die von den Menschen gewünschte und wirtschaftlich notwendige Mobilität zu sichern, Umwelt- und Gesundheitsbelastungen, Ressourcenverbrauch, Emissionen, Lärm zu verringern sowie gleichberechtigte Teilnahme aller gesellschaftlichen Gruppen. Im Spannungsfeld dieser Ziele sei politische Gestaltung und Einflußnahme oft sehr begrenzt. Fraktionsübergreifend könne Einvernehmen beim Umweltschutz festgestellt werden. Der Dissens beginne bei konkreten Maßnahmen. Ideologische Diskussionen über einzelne Verkehrsträger machten wenig Sinn. Es gehe um die effektive Verknüpfung, wobei große Potentiale schlummerten. Ferner seien andere Politikfelder einzubeziehen. Die Enquete-Kommission empfehle der Landesregierung einstimmig eine integrierte Gesamtverkehrsplanung mit konsensorientierten Rahmenentscheidungen. In NRW habe der Personen- und Güterverkehr die Prognosen übertroffen, auf den Landstraßen in zehn Jahren um 31,6, beim Güterverkehr um 39,6 Prozent. Starkes Wachstum verzeichneten vor allem der motorisierte Individualverkehr und der Luftverkehr. Eine Trendumkehr gebe es nicht. Die derzeitigen Planungsstrukturen behinderten ganzheitliches Denken. Konkurrenzplanungen für Straßenwesen, öffentlichen Personennahverkehr, Eisenbahn, Binnenschifffahrt, Luftverkehr, Raumplanung, Stadtentwicklung und Umwelt stünden unverknüpft nebeneinander. Das sei finanziell unsinnig. Der Horizont für einen solchen Rahmen seien 15 Jahre.

Walter Bieber (SPD), stellvertretender Vorsitzender: Integrierte Gesamtverkehrsplanung sei eine echte Herausforderung, die bundesweit für Aufmerksamkeit Sorge. In Vernetzungen denken, sei das entscheidende Merkmal. Dem Begriff Planung stünden viele mit Skepsis gegenüber, weil sie damit Steuerung, Bevormundung, Planwirtschaft verbänden. Es gehe darum, das Planungsinstrumentarium zu verbessern. Bei der Analyse sei aufgefallen, daß der für das

Jahr 2010 berechnete Straßengüterfernverkehr bereits 1995 erreicht worden sei. Würde sich der Trend fortsetzen, würden die Probleme über den Kopf wachsen. Bisher seien einzelne Verkehrsträger optimiert, Straßen gebaut, neue S-Bahn-Linien eingerichtet, Wasserstraßen modernisiert, Flughäfen erweitert worden. Angesichts knapper Kassen sei dem Bau der Infrastruktur aber Grenzen gesetzt. Integrierte Gesamtverkehrsplanung sei übergreifend angelegt. Im Idealfall würden Raum-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Sozial- und Umweltplanung integriert. Aus Konkurrenten müßten Verbündete werden, damit Straßen, Schienen und Luftverkehr zu einem intelligenten Verbund zusammenwachsen, Transportketten durch den neuen Landesverkehrsplan vorbereitet werden. Landesregierung, Bundesebene und Europäische Union sowie Regionen müßten sich abstimmen, Bürger, Wirtschaft, Fachverbände und Interessenvertretungen beteiligt werden. Die Abstimmung könne in regionalen Verkehrskonferenzen erfolgen. Er gehe von drei bis vier Jahren bis zu einem Landesverkehrsplan aus.

Gerhard Wächter (CDU) reklamierte die Idee der integrierten Gesamtverkehrsplanung für seine Fraktion. In NRW sei man von einer verkehrsübergreifenden Planung weit entfernt. Verkehrsplanung im Lande stelle sich als eine Summe von Einzelplänen dar. Komme man unter gesetzlichem Druck beim ÖPNV zu einem Konsens, so trete beim Landesstraßenbedarfsplan das jeweilige Interesse der Koalitionsfraktionen in den Vordergrund; beim Luftverkehr laufe inzwischen der niederländische Nachbar mit seiner konsequenten und nachfrageorientierten Flughafenpolitik NRW den Rang ab. Die CDU unterstütze die im Zwischenbericht der Enquetekommission erhobenen Forderungen nach Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die Landesplanung und Stadtentwicklung enger abstimmen solle. Sie sei auch damit einverstanden, Zuständigkeiten von den Landschaftsverbänden auf neu zu schaffende Regionalverbände zu übertragen und Verkehrsbeiräte auf den Ebenen Land, Region, Kommunen zu schaffen. Integrierte Verkehrsplanung sei das eine, das erforderliche Geld das andere — hier schieden sich die Geister von Opposition und Regierungskoalition.

Hedwig Tarner (GRÜNE) stellte fest, in den letzten 40 Jahren sei im Land ein Verkehrssystem entstanden, das immer mehr motorisierten Verkehr und damit auch immer größere Umweltschäden und Umweltprobleme produziere. Zurückzuführen sei die Entwicklung auch auf die Siedlungsstruktur, die bedeutende Wirkung auf den Flächenbedarf habe, den das Verkehrssystem beanspruche. Wenn man auf örtlicher Ebene einen Ausweg suche, dann stoße sich der an zwei Strukturdefiziten der Verkehrspolitik: Zum einen die mangelnde Einbeziehung ökologischer und sozialer Kosten der Verkehrsmittel nach dem Verursacherprinzip, zum anderen die historisch gewachsene Zersplitterung der Planungs-, Angebots-, Finanz- und Ordnungsverantwortung im Verkehr. Sie verteidigte das NRW-Modell der Verknüpfung der Wohnungsbauförderungsmittel mit den Standorten des schienegebundenen Personennahverkehrs, das bundesweit Beachtung gefunden habe. Es fehle aber noch eine gleichwertige Regelung für den freifinanzierten Wohnungsbau.

Verkehrsminister Peer Steinbrück (SPD) erinnerte daran, daß in den letzten 20 Jahren ausnahmslos jede Verkehrsprognose vom tatsächlichen Verkehrsaufkommen zu Makulatur gemacht worden sei. Das hänge mit der Zunahme der individuellen Mobilität, vor allem aber mit dem exponentiellen Wachstum des gewerblichen Verkehrs zusammen, der Zeichen zunehmender und gewollt internationaler Arbeitsteilung sei. Transportkosten seien günstiger als die Lagerhaltung. Gegen den individuellen Mobilitätsanspruch politisch resolutionieren zu wollen, halte er für völlig aussichtslos. Beim gewerblichen Güterverkehr müsse man an das System relativer Preise, Kosten und Tarife herangehen, aber das entziehe sich der Gestaltungsmöglichkeit eines Landes. Er halte nichts von „der Organisation des Staus mit dem Kollaps als Ziel“, fuhr Steinbrück fort und hielt strukturelle qualitative Veränderungen für notwendig, aber eben auch das eine oder andere Vorhaben der Straßeninfrastruktur, insbesondere mit Blick auf notwendige Lückenschlüsse. Alles in allem sei es eine Riesenaufgabe, die er gern tun wolle. NRW als die Herzkammer Europas brauche eine intakte, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, gerade mit Blick auf die dynamischen Entwicklungen um uns herum.

Suche nach Wegen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze

„Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung in Bonn gefährdet Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen“ war eine auf Antrag der CDU-Fraktion einberufene Aktuelle Stunde am 5. November überschrieben, in der die Opposition die geplante Bonner Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik kritisierte. Das Regierungslager von SPD und GRÜNEN stellte sich voll hinter die neue Bundesregierung.

Herbert Reul (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, erklärte, bei dem von der rot-grünen Bundesregierung Beschlossenen sei überhaupt kein Beitrag zu sehen, bei dem auch nur ansatzweise zu erkennen wäre, daß wenigstens im Bereich der Soziallasten geringere Kosten auf einen zukommen würden. Die angestrebte Senkung der Lohnnebenkosten bestehe im Grunde aus einem Null-Summen-Spiel. Diese niedrigeren Beitragsätze stießen auf steigende Steuern bei Benzin und Energie. Gleichzeitig werde an der Schraube der Erhöhung von Lohnnebenkosten weitergedreht: Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes, Neuregelung bei der Lohnfortzahlung, Aussetzung der demographischen Formel im Rentenrecht, Mehrleistungen in den gesetzlichen Krankenkassen. In Bonn werde eine Politik beschlossen, die Arbeitsplätze auch in diesem Bundesland gefährde.

Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Fraktionsvorsitzender, bekräftigte, alle Anstrengungen der Politik müßten natürlich darauf konzentriert sein, neue und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn die Bundesregierung als allererstes die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorsehe und 100 000 Arbeitslose so schnell wie möglich in Ausbildung und Beruf bringen wolle, indem sie dafür die Mittel, die bisher für die Arbeitslosigkeit verwendet würden, nehme und statt Arbeitslosigkeit künftig Arbeit finanzieren werde, dann sei das eine Angelegenheit, die unterstützenswert sei. Deshalb sei auch unterstützenswert, wenn die Bundesregierung eine stärkere Nettoentlastung der Unternehmen erreichen wolle und eine Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmer. „Wir setzen dabei ganz selbstverständlich auf Erfolge“, stellte der Fraktionschef fest.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) sagte, es sei Zeit, die Ärmel hochzukrempeln und die neue Bundesregierung sei auch dabei. Es werde eine erste Gesprächsrunde mit Unter-

nehmen und Gewerkschaften für ein Bündnis für Arbeit und Ausbildung geben. Dort würden die Verkürzung der Jahresarbeitszeit in ihren verschiedenen Formen, der Abbau von Überstunden, Teilzeitarbeit und die Einbeziehung geringfügig Beschäftigter und Scheinselbstständiger in die Sozialversicherung auf den Tisch kommen müssen. „Ich bin sicher, daß wir eine neue Bundesregierung haben werden, die der Wirtschaft ein Angebot macht, das gemeinsam mit der Wirtschaft für eine bessere, eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik als Produktionsstandort sorgen kann“, meinte die Abgeordnete.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) räumte ein, es sei sehr schwer, eine Steuerreform plausibel zu machen. Jeder greife sich aus einer Steuerreform das ihn betreffende Stück heraus. Jede Interessenvertretung rufe Zeter und Mordio über eine Belastung, die sie treffe, erwähne aber nicht die Entlastungen auf der anderen Seite. Das sei schwierig, ändere aber nichts daran, daß klar sei: Das Gros der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland werde durch diese Steuerreform entlastet. Mittelständische Unternehmen würden teilweise entlastet. „Aus meiner Sicht müßten wir noch zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um kleine und mittlere Unternehmen weiter zu entlasten“, folgte der Regierungschef. Zur ökologischen Steuerreform sagte Clement, klar sei, daß es vernünftig sei, den Faktor Arbeit von Kosten zu entlasten. Es sei vernünftig, den Faktor Energieressourcen zu belasten. Diese Umsteuerung sei vernünftig.

Hermann-Josef Arentz (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, erklärte zum Vorwurf der „höchsten Steuerbelastung, die wir jemals gehabt hätten“, nein, das sei eben nicht so. Man habe eine Gesamtsteuer-Durchschnittsbelastung von 22 Prozent volkswirtschaftlich. Sie sei niedriger, als sie 1982 beim Ende der Regierung von Helmut Schmidt gewesen sei – trotz Wiedervereinigung.

Horst Vöge (SPD) erläuterte, man habe im Koalitionsvertrag insbesondere die Frage des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung. Das sei einer der zentralen Punkte der Zukunft. „Wir sind stolz darauf, daß wir allen Jugendlichen, die es sich wünschen, einen Ausbil-

dingsplatz erhalten können“. Das sei ein Modell, das man in NRW erfolgreich praktiziere. Daß man auf Bundesebene neue Initiativen zur Integration arbeitsloser Jugendlicher ergreifen wolle, sei ein Ansatz, den man schon in NRW mit „Jugend in Arbeit“ habe.

Gerd Mai (GRÜNE) sagte, Fakt sei, daß der Staat heute rund 67 Prozent seiner Einnahmen eintreibe, indem er die menschliche Arbeit durch Steuern verteuere. Die Besteuerung des Natur- und Ressourcenverbrauchs trage dagegen nur zu acht Prozent zum gesamten Abgabenaufkommen bei. „Das wollen und das werden wir ändern“.

Laurenz Meyer (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, meinte, die Koalitionsvereinbarung habe wie ein Schock gewirkt. Die Daten der Koalitionsvereinbarung hätten in der Wirtschaft wie ein Schock gewirkt, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem alle der Meinung gewesen seien, daß nun endlich eine Wende am Arbeitsmarkt sichtbar gewesen sei. Das gleiche gelte für das, was jetzt von „Herrn Lafontaine“ im Zusammenhang mit der Bundesbank und der Geldpolitik gefordert werde.

Wolfgang Clement (SPD) sagte in einer Entgegnung, der Abgeordnete Meyer mache es sich in seiner Auseinandersetzung mit Lafontaine zu leicht. Aus seiner Sicht sei es unbestreitbar, daß die Politik selbstverständlich auch über das Verhalten der Bundesbank reden könne und die Geldpolitik der Bundesbank selbstverständlich auch zur Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik in Deutschland beitrage. „Wir setzen darauf, daß die Bundesbank ihre politische Verantwortung wahrnimmt“, schloß der Ministerpräsident.

Einsatzlagen

Der Hauptausschuß hat sich in seiner Sitzung am 22. Oktober abschließend mit dem Abkommen der Länder über eine kostensparende Einsatzbewältigung bei bestimmten polizeilichen Einsatzlagen befaßt und diesem einstimmig zugestimmt. Der Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag war durch Beschluß des Landtags vom 11. September an den Hauptausschuß zur Beratung und Beschlußfassung überwiesen worden (Drs. 12/3241—3414).



Als neue Mitglieder des Landtags aus der Landesreserveliste der SPD hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt am vergangenen Mittwoch Manfred Lucas aus Kreuzau sowie Anne Garbe aus Münster verpflichtet. Lucas ist Nachfolger des ausgeschiedenen Abgeordneten Franz Müntefering, Frau Garbe Nachfolgerin von Johannes Pflug, die beide nach Bonn gewechselt sind (Bild links) — Als neuer Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes NRW ist der bisherige schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Peer Steinbrück (SPD) vom Landtagspräsidenten vereidigt worden (Bild Mitte) Er folgt Bodo Hombach nach, der ebenfalls nach Bonn gewechselt ist (siehe auch Seiten 27 und 28). — Zwei weitere neue Abgeordnete sind am letzten Donnerstag von Landtagspräsident Ulrich Schmidt verpflichtet worden: Annette Paschke-Lehmann (GRÜNE) aus Kalletal als Nachfolgerin der ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten Dorothea Reeder sowie aus der Landesreserveliste der SPD Hans Klaps aus Brüggeln, der dem ausgeschiedenen Abgeordneten Klaus Matthiesen nachfolgt (Bild rechts). Fotos: Schälte

Vorsitzender Strehl:

„Verhalten der Ministerin im Umweltausschuß hat zu Irritationen Anlaß gegeben“

Im Rahmen der Plenardebatte über den CDU-Antrag „Braunkohlentagebau Garzweiler II endlich genehmigen!“ (Drs. 12/3421 – Bericht darüber in der nächsten Ausgabe von Landtag intern) hat der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Raumplanung, Klaus Strehl (SPD), zum Verhalten der Ministerin im Ausschuß Stellung genommen. Er warnte dabei die Opposition vor „Aufgeregtheiten“.

Strehl skizzierte den nach seiner Meinung „nicht zu hoch aufzuhängenden“ Tatbestand: Die Debatte über Garzweiler II habe im Ausschuß am 28. Oktober – siehe nebenstehenden Bericht – unter veränderten Bedingungen stattgefunden, da zu diesem Zeitpunkt die wasserrechtliche Genehmigung noch nicht erteilt worden war. Die Ministerin sei mehrfach nach dem Zeitpunkt einer Entscheidung gefragt worden, darauf habe sie (Strehl: „Das ist legitim und nicht zu beanstanden“) unbestimmt geantwortet. In den Radionachrichten sei dann später zu erfahren gewesen, die Ministerin habe auf einer Pressekonferenz den Entwurf einer wasserrechtlichen Genehmigung skizziert.

Der Ausschußvorsitzende: „Das war zunächst eine leichte Überraschung und hat bei allen Kolleginnen und Kollegen zu leichten bis mittelschweren Irritationen geführt“. Inzwischen aber sei der Sachverhalt nach einem Gespräch zwischen ihm, Strehl, und der Ministerin aufgeklärt. Strehl: „Ich werde aber diesen Punkt auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Umweltausschusses setzen, um die letzten Zweifel an diesem Sachverhalt zu zerstreuen“. Dann sei, so der Vorsitzende weiter, der Komplex Garzweiler II ein für alle mal für diese Legislaturperiode „erledigt“.

Nach Gentest Körperzellen sterilisiert und verschmolzen

Von Freiwilligen entnommene Körperzellen für molekulargenetische Untersuchungen werden nach Untersuchung und negativem Auswertungsergebnis mit Abschluß des Verfahrens vernichtet. Nach Freigabe durch die Staatsanwaltschaft zerstört das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen die Proben in einem sogenannten Autoklavierungsgerät mittels Sterilisierung und Verschmelzung. Das erklärt der Minister für Inneres und Justiz, Dr. Fritz Behrens (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des GRÜNE-Abgeordneten Roland Appel. Dieser hatte unter anderem die Frage gestellt, ob die durch die gentechnische Analyse erlangten Erkenntnisse oder das Probenmaterial gespeichert, bzw. archiviert würden.

Garzweiler II

Ministerin: Zügige Genehmigung erst nach Lösung der offenen Probleme

Verwunderung im Nachhinein: Am Mittag des 28. Oktober noch lehnte es die Umweltministerin im Ausschuß für Umweltschutz und Raumplanung (Vorsitzender Klaus Strehl, SPD) auf Nachfrage der CDU mehrmals ab, den Landtagsabgeordneten eine „Zeitschiene“ für die Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung Garzweiler II zu nennen, später dann in einer Pressekonferenz teilte Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) den Journalisten mit, sie wolle den vom Landesoberbergamt (LOBA) vorgelegten Entwurf der Sümpfungserlaubnis befristet passieren lassen.

In ihrem auf Wunsch der CDU-Fraktion in der Ausschußsitzung vorgetragenen Bericht zu diesem Thema verwies die Ministerin eingangs auf die Vielzahl von Dienstbesprechungen, die ihr Haus geführt habe und nannte eine Reihe offener Fragen, die der Genehmigung noch entgegenstünden, etwa ob die von der Landesregierung gegebene Garantie des Schutzes der Feuchtgebiete im Schwalm-Nette-Raum gewährleistet sei und die Frage der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Verträglichkeitsprüfung, die sie als „unabdingbar“ bewertete. Ein wichtiges Thema der Erörterung mit dem LOBA seien auch die Fragen der Verknüpfung von Sümpfung und Versickerung sowie der Kippenversauerung gewesen. Höhn: „Wenn dafür eine Lösung gefunden ist, kann man zügig entscheiden, sonst muß man weiter suchen“.

Angesichts dieser engen Verknüpfung von Ministerium für Umwelt, Raumordnung und

Landwirtschaft (MURL) und LOBA wollte der SPD-Abgeordnete Hans Krings wissen, wer eigentlich von beiden das Verfahren durchführe – das sei schließlich für eine spätere gerichtliche Überprüfung wichtig. Im übrigen gab er die Einschätzung wieder, daß es angesichts eingetretener Veränderungen nicht nötig sei, ein völlig neues Grundwassermodell Venloer Scholle zu erstellen; herrschende Auffassung sei, daß allenfalls eine gewisse Feinsteuerung erforderlich sei. Gerd Mai (GRÜNE) hielt es nicht für angebracht, der Ministerin eintretende Verzögerungen vorzuwerfen: „Es wird abgearbeitet, was abgearbeitet werden soll“. Im übrigen sei die Zeitverzögerung, die Höhns Vorgänger Matthiesen zu verantworten habe, viel größer als die durch die neuen Untersuchungen, die seine Nachfolgerin veranlaßt habe.

Anders die Meinung von Werner Stump (CDU): Das LOBA sei in der Lage, zum Ergebnis zu kommen, der Vorgang sei abgeprüft, der Genehmigung stehe nichts mehr im Wege – ob man im MURL ein Stück schlauer sei? Ein gewisses Restrisiko sei auch durch weitere Prüfungen nicht auszuschließen. Aber dann gebe es die Möglichkeit nachzubessern. Die Zeitschiene sei weiter nicht klar, kritisierte er: Seien es zwei Monate, ein halbes Jahr oder länger?

Darauf entgegnete die Umweltministerin, daß das beantragende Unternehmen das Infiltrationskonzept verändert habe und das sei im alten Grundwasserkonzept nicht berücksichtigt. Darum müsse im großen Umfang nachgearbeitet werden. Was die Auswirkungen auf die Feuchtgebiete anbelange, so gehe es hier um Grundwasserschwankungen im Meterbereich; das sei für viele Pflanzen ein nicht tolerables Maß.

Stump: Was denn von Zeitungsmeldungen zu halten sei, die Genehmigung werde noch diese Woche ausgesprochen? Ministerin Höhn darauf: Man habe schon manche Zeitschiene gehabt, die sich dann als nicht haltbar erwiesen habe. Weiter: „Die Entscheidung wird getroffen, wenn die Probleme gelöst sind. Diese Lösungen haben wir noch nicht“.



Vor Beginn der Sitzung des Umweltausschusses (v.l.): Dr. Bernhard Kasperek, Hans Krings, Ausschußvorsitzender Klaus Strehl (alle SPD), Hans Peter Lindlar (CDU) und Johannes Remmel (GRÜNE). Foto: Schälte

Bonner Kessel

Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) rät zur Zurückhaltung, wenn künftig bei Demonstrationen Mandatsträger ihren Abgeordnetausweis zücken, um zwischen Polizei und Demonstranten zu vermitteln: Wer das tue sollte wissen, sagte der Minister im Ausschuß für Innere Verwaltung (Vorsitzender Klaus Stallmann, CDU) am 29. Oktober, daß sein Tun nicht nur positive Folgen haben müsse. Eine solche Intervention sei nämlich auch geeignet, daß Demonstranten das in Gang gekommene Gespräch mit den Ordnungskräften beendeten und die Konfrontation suchten.

Hintergrund dieser Mahnung waren Vorkommnisse am 24. Oktober in Bonn, wo zum Teil gewaltbereite Gegendemonstranten gegen einen gerichtlich erlaubten Umzug von NPD-Anhängern nach Würfen von Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern und nach Blockade einer Bonner Straßenkreuzung (und mehrmaliger Aufforderung durch die Einsatzkräfte, sich zu entfernen) von der Polizei eingeschlossen und stundenlang festgehalten wurden. In der vierhundertköpfigen Gruppe Eingeschlossener befanden sich auch Kinder und Jugendliche. Bilanz der Auseinandersetzungen: zwölf verletzte Polizisten, verletzte Demonstranten und mehrere Strafanzeigen aus dem Kreis von Demonstranten und Pressevertretern gegen die Polizei. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft.

Als erstes Ergebnis der Intervention von grünen Politikern, die von ihrem gleichzeitig stattfindenden Parteitag zum Ort des Geschehens geeilt waren, um sich ein eigenes Bild zu machen und nach Möglichkeit zu vermitteln, teilte Doppelminister Behrens mit, daß die Reaktionen der Polizei auf diese Interventionen durchaus unterschiedlich seien: Während die einen die deeskalierende Wirkung bestätigt hätten, sei von anderen Polizeikräften der Eindruck wiedergegeben worden, sie hätten sich in ihrer Arbeit unter Druck gesetzt gefühlt. Behrens: „Wir werden aufklären, was tatsächlich stattgefunden hat. Der Einsatz wird aufgearbeitet. Wenn es Fehler gegeben haben sollte, werden diese benannt und abgestellt“. Für die jungen Leute (und ihre Eltern), die absichtlich oder auch nur zufällig in die Demonstration geraten und Zeuge und zum Teil Betroffene polizeilichen Handelns geworden seien, bot der Minister an, darüber zu sprechen, „was stattgefunden hat und warum es so stattgefunden hat“.



Tierärzte sehen Gefahren für Verbraucherschutz

Die Landesregierung will die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung, die nach dem Fleisch- und Geflügelfleischhygienegesetz erforderlich sind, auf eine ausreichende und rechtssichere Grundlage stellen. Rückwirkend bis zum Jahr 1991, so sieht es der entsprechende Gesetzentwurf (Drs. 12/3154) vor, sollen die Kreise und kreisfreien Städte die Möglichkeit haben, die Erhebung von Gebühren durch Satzung vorzunehmen. Basis sind dabei die im EU-Recht enthaltenen Gemeinschaftsgebühren, von denen aber abgewichen werden kann, wenn die tatsächlichen Kosten für die Fleischbeschau höher liegen. Über den Gesetzentwurf sprach im Rahmen einer öffentlichen Anhörung am 26. Oktober der federführende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter Leitung seines Vorsitzenden Heinrich Kruse (CDU) mit den Betroffenen aus Fleischwirtschaft, Fleischbeschau und Kommunalen Spitzenverbänden.

Josef Mauss, Sprecher für Städtetag und Landkreistag NRW, schlug vor, die kostenpflichtigen Tatbestände detailliert in Gesetz oder Verordnung aufzuführen und die unterschiedliche Struktur der Kreise und Städte in den Gebührenrahmen einfließen zu lassen. Weil die Gebührentatbestände im Entwurf viel zu unbestimmt seien, müsse der Text ergänzt werden, wenn er vor Gericht Bestand haben solle, forderte er. Für die beiden Landwirtschaftsverbände im Rheinland und in Westfalen-Lippe machte ihr Sprecher Dr. Herbert Quaker-nack auf die hohen Durchlaufzahlen etwa von Zerlegebetrieben aufmerksam und schlug vor, in Fällen, in denen die Gebührenerhebung je Tonne zerlegten Fleisches zu einer Kostenüberdeckung führen würde, „die Gebührenerhebung auf Stundenbasis durchzuführen“. Eine Rückwirkung der Gebührenerhebung (Quaker-nack: „Erhebliche rechtliche Bedenken“) dürfe nur bis maximal zur Höhe der EG-rechtlichen Basisgebühren erfolgen, die

für den jeweiligen Zeitraum Geltung hatten.

Dr. Lutz Liebenau (Vieh- und Fleischhandelsverband NFV) sah die EU-Pauschalgebühren als grundsätzliche Basis für künftige Gebührenbescheide der Kreise und kreisfreien Städte an; bei der Rückwirkung müsse auf „erworben Rechte“ geachtet werden, die Bestimmung sei nicht so zu halten, daß alle bisher ergangenen Bescheide „geheilt“ werden können. In Ausnahmefällen dürfe das Land von den europäischen Gebühren nur abweichen, wenn es sich um Betriebe mit organisatorischen Mängeln handele. Rainer Weidmann vom Verband des Deutschen Groß- und Einzelhandels mit Vieh und Fleisch war der Überzeugung, das Gesetz werde in der vorliegenden Form einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten. In der Fleischbeschau seien mit der vorgesehenen Beleihung von Privaten mit Überwachungsaufgaben neue Wege in der Lebensmittelkontrolle offen zu halten. Patrick Steinke – Bundesfachverband Fleisch NRW – sprach sich ebenfalls für die Beleihung aus, lehnte gleichfalls Rückwirkung des Gesetzes ab und forderte, die Gebühren nach Tonnage, die zerlegt und entbeint werde, und nicht nach Anlieferung zu staffeln. Der Fleischer-Innungsverband wies durch seinen Sprecher Dirk Haerten darauf hin, daß Betriebe des Fleischerhandwerks oftmals 20mal höhere Gebühren zu zahlen hätten als Wettbewerber; von daher sei die Beleihung Privater als Möglichkeit zur Senkung von Kosten zu begrüßen. Wer die Beleihung ausschließe, der begeben sich auch in Widerspruch zu der Forderung nach regionaler Vermarktung.

Für die Tierärztekammern Westfalen-Lippe und Nordrhein wandte sich Dr. Karl Boesing klar gegen die Beleihung Privater. Sein Argument: Hier gehe es um den Verbraucherschutz, und dem wären die Tierärzte durch ihre Arbeit bisher gerecht geworden. Wenn es Beliehene gebe, benötigten die beauftragenden Ämter auch mehr Personal zur Überwachung der Beliehenen, schloß er. Die Tierärzte erbäuchten eine optimale Dienstleistung, und die koste etwas, zumal auch Beliehene nicht zu Dumpingpreisen tätig werden könnten. Für den Bundesverband praktischer Tierärzte teilte Dr. Karl-Ernst Grau mit, daß das Beliehenenmodell in Bayern schon gescheitert sei, nicht zuletzt weil die Unternehmen das Risiko beim Verbraucherschutz durch Haftungsfragen bei eventuellen Schädigungen scheuten. Er unterstellte, die Wirtschaft wolle bestehende Tarifverträge aushebeln. Sein Kollege vom Landesverband der beamteten Tierärzte, Dr. Norbert Schulze Schleithoff, bezeichnete den beamteten Tierarzt als von Interessengruppen völlig unabhängig; ein Beliehener dagegen würde sich Konflikten ausgesetzt sehen, „die seine Unabhängigkeit und Objektivität in Frage stellen“. Darum werde die Beleihung von seinem Verband strikt abgelehnt. Außerdem sei sie mit dem Bundesrecht nicht vereinbar. Auch er warnte davor, aus rein wirtschaftlichen Gründen den hohen Standard des Verbraucherschutzes in Frage zu stellen.

Heinrich Kruse (r. CDU) leitete als Vorsitzender die Anhörung des Landwirtschaftsausschusses zu Problemen der amtlichen Fleischbeschau. Im Hintergrund Abgeordnete von SPD und CDU.

Foto: Schälte

Jugendkriminalität: Rasch reagieren und die Täter ernstnehmen

Der frühere Jugendrichter und jetzige Leiter der Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention an der Universität Kiel, Professor Dr. Heribert Ostendorf, nannte zehn Forderungen und Positionen. Als erstes verlangte er, sich nicht zwischen Bagatellisierung und Dramatisierung vereinnahmen zu lassen, sondern bei der Kinder- und Jugendkriminalität „Realitätssinn und Augenmaß zu bewahren“. Des weiteren dürfe man Kinder- und Jugenddelinquenz nicht primär und allein den Kindern und Jugendlichen zuweisen: Es gebe mehr Gefährdungen und Gelegenheiten und weniger Hilfe und Schutz als früher. Eine der Antworten müßten mehr familienunterstützende Maßnahmen sein, vor allem für alleinerziehende Mütter. Sein vierter Punkt war ein Verbot der elterlichen Prügelstrafe und die Stärkung der Erziehungstüchtigkeit von Vätern und Müttern. Eine weitere Voraussetzung von Prävention seien eine Schulorganisation und Klassenverbände, in denen die Lehrer auf verhaltensgestörte und vernachlässigte Kinder einzugehen in der Lage seien. Die Medienerziehung in den Schulen könne Gewalt in den Medien nicht zurückdrängen, aber die Fähigkeit fördern, „mit diesem Gewaltangebot vernünftig umzugehen“. Punkt sieben: Arbeitsmarkt und Ausbildungspolitik müßten Erziehern und Kindern Perspektiven bieten. Für schwer sozial gestörte Kinder sollten Angebote für eine „strukturierte pädagogisch-psychologische Intensivbetreuung“ vorhanden sein. Die kommunale Kriminalprävention sollte unter anderem Hausarbeitshilfe, Straßensozialarbeit und die Öffnung von Schulen und Sporthallen am Nachmittag und Abend. Als falsch qualifizierte Ostendorf zum Schluß die Forderungen nach einer Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze von 14 auf 12 Jahre und nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts: Das wäre ein „Bruch mit unserer Rechtstradition“.

Professor Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen von der Universität Hamburg und zugleich erster Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen plädierte für eine realistische Einsicht in das, was Strafrecht leisten könne und was nicht. Es sei besser, Kinder und Jugendliche „stark“ zu machen, ihnen Chancen zu eröffnen und ihnen, auch wenn sie sich etwas zuschulden hätten kommen lassen, mit Respekt zu behandeln und sie, egal ob als Täter oder Opfer, ernst zu nehmen. Ihnen sei Partizipation zu ermöglichen, verlangte er und riet ganz allgemein zu Entdramatisierung und Entkriminalisierung. Ferner sei mehr Wert auf die informelle Erledigung von Vorkommnissen zu legen, also die Vermeidung von Auflagen und Verurteilungen (Sonnen nannte dies Entformalisierung). Sein viertes Petition war die Entpönalisierung, die er so umschrieb: Mehr ambulante Möglichkeiten in der Reaktion auf Kinder- und Jugendkriminalität anstelle von festen, stationären Sanktionen, etwa der Unterbringung in geschlossenen Heimen.

Der Leiter der Abteilung Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts, Dr. Christian Lüders, regte an, die Bemühungen um Einflußnahme auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen erheblich zu intensivieren – in finanzieller als auch konzeptioneller Hinsicht. Des weiteren sei das soziale Umfeld stärker einzubeziehen, die Eltern, Clique und

Nicht weniger als drei Landtagsausschüsse waren am 26. Oktober mit beteiligt an einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie im Plenarsaal. Unter der Leitung von Annegret Krauskopf (SPD) fand ein großer Kreis von Sachverständigen Gelegenheit, ihre Meinungen zum Thema „Kinder- und Jugendkriminalität - Ursachen und Handlungsmöglichkeiten“ den Mitgliedern des Kinderausschusses, des Ausschusses für Innere Verwaltung, des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten darzulegen. - In einem ersten Teil berichtet Landtag intern über die Sprecherinnen und Sprecher aus der Wissenschaft, der zweite Teil der Berichterstattung über diese ganztägige Anhörung folgt in einer der nächsten Ausgaben.

Szene. Verantwortliche und Beteiligte seien stark zu vernetzen: Jugendhilfe, Arbeitswelt und Polizei. Überhaupt sei eine starke Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu betrachten, bei der insbesondere auch die Medien „in das Boot der Kriminalprävention“ einzubeziehen seien. Von der geschlossenen Unterbringung junger Straftäter (Lüders: „Hier zeigt sich eine gewisse Ratlosigkeit“) dürfe man sich nicht zu viel versprechen. Auch wenn ihre breite Wiedereinführung propagiert werde, so hebe das nicht den Widerspruch auf, der zwischen Einsicht und Erziehung durch Zwang existiere. Auch die Eltern als primär verantwortlich für Jugenddelinquenz durch eine Verschärfung der Elternhaftung stärker ins Visier zu nehmen, sei kein neues und erfolgversprechendes Argument, da die gesetzlichen Vorschriften im Bürgerlichen Gesetzbuch und in Strafgesetz ausreichend seien. Es müßten eigentlich nur die Familienrichter dazu gebracht werden, „stärker das ganze vom Gesetz implizit mögliche Spektrum an Entscheidungen zu nutzen“. Lüders zum Schluß: „Eltern sind oft mit der Erziehung überfordert. Sie brauchen Unterstützung und



Blick in die Anhörung: Am Rednerpult Professor Ostendorf aus Kiel. Foto: Schälte

Hilfe, aber keine neuen juristischen Zwänge!“ Der Soziologe Professor Dr. Manfred Brusten von der Bergischen Universität Wuppertal sprach sich dafür aus, daß die sozialwissenschaftliche Sicht des Themas nicht durch juristische Definitionen eingeengt werden dürfe. Brusten verneinte die Existenz einer „Kinder“-Kriminalität: Kinder dürfe man nicht mit der Elle des Strafgesetzbuchs messen, in diesem Altersabschnitt gebe es allenfalls „auffälliges, störendes Verhalten“. Kriminelles Verhalten sei als Spielverhalten oder als problemlösendes Verhalten anzusehen, für Kinder sei es oft auch der Versuch, Grenzen auszutesten. Kriminelles Verhalten von Kindern, so Brusten weiter, sei nicht stets defizitär (allenfalls bei einer kleinen Gruppe) zu sehen, sondern als „ganz normales Verhalten im Sozialisationsprozeß“. Um das einzusehen, müsse man an liebgeordnete Vorstellungen unserer Gesellschaft herangehen, fuhr er fort und kennzeichnete die kriminell auffällig gewordenen Kinder in ihrem Verhalten und ihrer Kriminalität als Ausdruck unserer Gesellschaft. Zudem erschwere die hohe Pluralität der gesellschaftlichen Werte und Normen, die inzwischen existiere, den Prozeß des Hereinwachsens in diese Gesellschaft, die Ellenbogenmentalität als erfolgreicher ansehe als solidarischeres Verhalten.

Die Soziologin und Kriminologin Dr. Susanne Karstedt aus Bielefeld bezog sich auf Erkenntnisse aus Studien und Befragungen unter jungen Menschen. Sie legte eine ganze Reihe von Schlußfolgerungen und Handlungsvorschlägen in Sachen Reaktion und Prävention vor. In der Schule reduzierten Programme die Delinquenz, „die verbindliche Regeln aufstellen und Normen klären sowie Initiativen gegen Gewalt“. Denselben Effekt hätten Lehrpläne zum Training sozialer Kompetenz, sie seien auch gegen Drogenkonsum erfolgreich, wo das Training von „Denkfähigkeiten“ besonders für hoch gefährdete Jugendliche hilfreich wirke. Im Bereich von Polizei und Justiz erhöhe die Verhaftung von Jugendlichen für weniger schwere Delikte die Delinquenz, auch Camps mit militärischen Trainingsmethoden seien nicht wirksamer als Bewährung. Ebenso wenig erfolgreich seien Programme für jugendliche Täter in abgelegenen Gegenden, bei denen die Jugendlichen mit den Anforderungen der Wildnis konfrontiert würden. Einen positiven Effekt hätten dagegen intensive Supervision und Betreuung von Tätern und die respektvolle Behandlung durch Polizei und Erwachsene. Merkmal eindeutig erfolgreicher Initiativen sei, daß sie problemzentriert, auf den Ort des Geschehens bezogen sein müßten und die vorhandenen „natürlichen“ Formen der Sozialkontrolle nutzen. Auch sie lehnte eine Senkung der Strafmündigkeitsgrenze ab; Jugendliche nähmen eine polizeiliche Vernehmung als erste rasche Reaktion sehr ernst. Wenn sie dabei gehört und korrekt behandelt werden, habe das zusätzliche positive Effekte auf die künftige Befolgung von Gesetzen. Der Täter-Opfer-Ausgleich oder Arbeitsauflagen würden von den Jugendlichen nicht auf die leichte Schulter genommen. Was kommunale Prävention anbelange, so sei es dabei unumgänglich, „die Wirtschaft und die Freizeitindustrie einzubeziehen und verantwortlich für die Kontrolle zu machen“.

Haushalt in Münster

Starke Gewerbesteuer

Der Haushalts- und Finanzausschuß tagte am 22. und 23. Oktober, dem Tag vor den Feierlichkeiten zum 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens, in Münster, zunächst als Gast im Haus des Westfälisch-Lippischen Sparkassenverbands. Im Rathaus von Münster wurde der Ausschuß von Oberbürgermeisterin Marion Tüns (SPD) empfangen, bevor Stadtkämmerer Dr. Berthold Tillmann die Landespolitiker über die solide Finanzlage der westfälischen Metropole unterrichtete.

Finanzminister Heinz Schleußer bezifferte das für 1999 erwartete Mehr an Landeseinnahmen auf 1,8 Milliarden Mark oder 2,3 Prozent. Dagegen werde mit einem Ausgabenanstieg um vier Prozent bei einem Gesamtvolumen 1999 von 79,6 Milliarden Mark gerechnet, und zwar vor allem durch Personalkosten, Zinsen und den Steuerverbund. Einsparungen in Höhe von 800 Millionen Mark seien vorgesehen, wovon 325 Millionen die Kommunen zu übernehmen hätten. Der Minister kündigte eine zweite Ergänzungsvorlage für Mitte November an, nachdem der Haushaltsentwurf bereits am 1. Oktober ergänzt worden war.

Neuer Titel im Einzelplan 20 (Allgemeine Finanzverwaltung) ist der durch ein Bundesgesetz aufgegebenen Entlastungsfonds für die Versorgungsaufwendungen. Die Selbstbeteiligung der Beamten an der Rücklage mit 0,2 Prozent reiche nicht aus, antwortete Schleußer auf Fragen aus dem Ausschuß und meinte zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen, 6,5 Prozent Lohnsteigerung, wie von der IG Metall gefordert, sei völlig undenkbar für den öffentlichen Dienst, nicht einmal die Hälfte diskussionswürdig.

Beim Haushaltsgesetz kam die Inanspruch-

Einen ausgeglichenen Haushalt präsentierte der Kämmerer der Stadt Münster Dr. Berthold Tillmann (r.) den Finanzpolitikern aus Düsseldorf, „dank solider Finanzpolitik über viele Jahrzehnte“ und dank einer aktiven Bürgerschaft, die sich in über 300 Selbsthilfegruppen, 172 Sportvereinen und einer großen Zahl freier Träger an den Aufgaben beteilige. Die CDU-Abgeordnete Dr. Renate Düttmann-Braun (l. mit ihrem Kollegen Franz Risop) wünschte sich für ihre Heimatstadt Münster noch eine Musikhalle, für die zur Zeit das Geld nicht reicht.



nahme von Landesbürgschaften zur Sprache. Helmut Diegel (CDU) wünschte zeitnähere Information, nicht erst, wenn Konkurse „durch Gazetten geistern“. Die CDU wolle bei Landesbürgschaften mehr Offenheit. Außerdem wurde Unzufriedenheit mit der Umsetzung von „künftig-wegfallend“-Vermerken artikuliert. Auch Finanzminister Schleußer hielt die Quote von 57 Prozent umgesetzter Vermerke für unbefriedigend und bezifferte das einzusparende Volumen bei 550 Vermerken auf 25 Millionen Mark. Bessere Einfälle zur Beschleunigung der Umsetzung seien gefragt. Der gruppenspezifische kw-Vollzug solle ausprobiert werden.

Beim Haushaltssicherungsgesetz konzentrierte sich der Protest der CDU-Opposition auf die Kürzung bei Fahrtkosten für Schüler an Ersatzschulen. Eine Fülle von Protesten von Waldorf-Schulen war bereits bei den Abgeordneten eingegangen. Mit ihren Bedenken stießen die CDU-Abgeordneten aber bei Schleußer auf Granit. Für das Land seien Ersatzschulen nicht kostengünstiger, son-

dern teurer, meinte er und wies auf 1,5 Milliarden Landesmark jährlich für Ersatzschulen hin.

Am Abend stellte Verbandspräsident Dr. Rolf Gerlach den Westfälischen Sparkassenverband mit 92 Zweitstellen und 31600 Beschäftigten als beachtlichen und erfolgreichen Arbeitgeber vor, der 1997 800 Millionen Mark Steuern bezahlt sowie 100 Millionen Mark gespendet und ausgeschüttet habe. Für die Beteiligung der Sparkassen an der Schuldnerberatung hätten beide Verbände eine Lösung gefunden und trügen mit fünf Millionen Mark pro Jahr einen Fonds mit. Für Existenzgründungen und Gründungsoffensive stellten beide Verbände und die WestLB 30 Millionen Mark in einem Chancen-Kapitalfonds zur Verfügung. Der Fonds liege im Trend. Es habe 100 fundierte Anfragen gegeben und zehn Beteiligungen seien gewährt worden. Der Westfälische Sparkassenverband finanziere drei Stiftungsprofessuren „Existenzgründung“ in Münster, Bottrop und Hagen.



Auf Antrag der CDU beschloß der Untersuchungsausschuß, weitere Akten von zwei Medienfirmen, einem Rechtsanwalt und einem Bankhaus anzufordern. „Die Vorlage der Akten hat im Original zu erfolgen und muß mit einer Vollständigkeitsklärung versehen sein“, heißt es im Beweisbeschuß. Außerdem wurden von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Akten im Zusammenhang mit einer Landesbürgschaft von fünf Millionen Mark nachgefordert; im Bild Mitglieder der SPD-Fraktion (v.l.) Sprecher Adolf Retz, Dr. Horst Berghoff (Referent), Marc Jan Eumann, Karin Jung, Claudia Nell-Paul, Walter Greverer.

Foto: Schälte

Untersuchungsausschuß HDO

Über 2000 Aktenordner

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß II, der unter Leitung seines Vorsitzenden Laurenz Meyer (CDU) die Förderpraxis beim Trickfilmzentrum Oberhausen untersuchen soll, verständigte sich am 28. Oktober über das weitere Verfahren. Bis zur Sitzung waren 641 vom Ausschuß angeforderte Aktenordner aus Ministerien, Firmen und Banken eingegangen. Das baldige Eintreffen weiterer 1720 Aktenordner sei angekündigt, davon allein rund tausend von einer Elektronikfirma und 600 Ordner sowie 12 Umzugskartons von der HDO-Besitzergesellschaft, teilte der Vorsitzende mit. Ein Kreditinstitut sei (noch) nicht zur Herausgabe von Unterlagen bereit. Keine Antwort habe bisher eine Berliner Medienfirma gegeben. Ihre Rechtsnachfolger würden erneut um Aktenherausgabe gebeten. Zum Fotokopieren der Aktenberge seien mindestens vier Wochen erforderlich, teilte der Vorsitzende weiter mit. Die Landtagsverwaltung habe bereits den Gymnastikraum als Kopierraum umgeräumt. Bis zum Redaktionsschluß waren rund 1264 Aktenordner von erwarteten insgesamt 2264 eingegangen.

Am 17. November informiert sich der Untersuchungsausschuß vor Ort im Technologiezentrum in Oberhausen. Hierzu soll ein Sachstandsbericht nach Aktenlage vorgelegt werden.

Unterwegs machte Clemens Pick mit dem Kreis Euskirchen bekannt, dem südlichsten und der Fläche nach größten Landkreis in NRW, mit der Kreisstadt Euskirchen (55000 Einwohner), mit der nach Einwohnerzahl kleinsten Gemeinde in NRW, nämlich Dahlem und der Gemeinde mit den höchsten Abwassergebühren, nämlich Hellenthal: 15,29 Mark pro Kubikmeter. Er schilderte die ländliche Struktur, die geringe Bevölkerungsdichte und die hohe Belastung der Haushalte mit Gebühren für Abwasser und Müllbeseitigung, im Durchschnitt 400 Mark pro Haushalt und Jahr.

Auf der Fahrt befand sich der Ausschuß zweimal im „Ausland“, nämlich in Rheinland-Pfalz, dessen „Schnee-Eifel“ ein Stück weit nach NRW hineinragt, und in Belgien, wo Gespräche mit Kommunalpolitikern aus Büllingen und Bütgenbach vereinbart waren. Die Abwanderung von Betrieben ins benachbarte Ausland mit nur einem Zehntel der Gebühren wirke sich nachteilig auf die kommunalen Haushalte aus, sagte Pick. Im Süden des Kreises mit bis zu 650 Höhenmetern müsse ab Oktober mit Schnee gerechnet werden, so daß auch hohe Kosten für Räumfahrzeuge anfielen.

„Die Gemeinde Büllingen verfügt über drei voll erschlossene Industriezonen mit günstigen Verkehrsanbindungen. Gerade hier haben sich zukunftsorientierte und namhafte Betriebe niedergelassen.“ Das war in den ausgezeichneten Unterlagen zu lesen, die den Landtagsabgeordneten von ihren belgischen Gesprächspartnern vorgelegt wurden. Verkehrsanbindungen auf deutscher Seite kamen zur Sprache. Die nächste Autobahn ist weit, am östlichen Kreisrand, und der Lückenschluß der A 1 zwischen Köln und Rheinland-Pfalz ein Sorgenkind der örtlichen Kommunalpolitiker. Gerade hat sich Pick in einer Kleinen Anfrage beschwert, daß ein GRÜNE-Mitglied der Landesregierung vor Ort zum Widerstand gegen den geplanten Weiterbau der A 1 aufgerufen habe.

Zunächst bemühten sich die Bürgermeister von Büllingen und Bütgenbach Gerhard Palm und Walter Reuter, der Bezirkskommissar aus Malmédy Marcel Lejoly, einige Gemeindegemeinschaften und Vertreter von Schöffenkollegien, den Düsseldorf Abgeordneten über unterschiedliche Funktionsbezeichnungen und Behördenstrukturen hinwegzuhelfen. „Bauschöffe“ oder „Schulschöffe“ seien in etwa vergleichbar mit unseren Beigeordneten. Der vom König ernannte Bürgermeister habe viel Macht und sei allein zuständig für Polizei und Feuerwehr. Der Gemeindegemeinschaft sei der Verwaltungschef und führe die Beschlüsse aus. Jede Gemeinde sei Baugenehmigungsbehörde.

Belgien ist wie Deutschland, in der EU eher die Ausnahme, ein föderaler Staat. Bekannt sind die beiden Sprachgebiete der Flamen und der Wallonen mit zusammen neun Millionen Einwohnern. Weniger bekannt ist das dritte im Bunde, genannt Deutschsprachige Gemeinschaft, mit rund 70000 Einwohnern, neun Großgemeinden, der „Hauptstadt“ Eupen und teilautonomem Verwaltung. „Die hierige Bevölkerung identifiziert sich mit der Eifeler Mentalität: eine gesunde Mischung von Bodenständigkeit, Durchsetzungsvermögen, Arbeitssinn und Lebensfreude“, wirbt der Nachbar um Kunden und Investoren vor allem aus Deutschland.

„Wir sind dabei, die Gemeinde zu informieren“, erklärte der Bürgermeister, bevor er nach einer Frage von Sylvia Löhrmann

Grenzenlose Kommunalpolitik

Eifelkreis arbeitet mit Ostbelgien zusammen

Der Ausschuß für Kommunalpolitik besuchte auf Anregung des CDU-Abgeordneten Clemens Pick den Kreis Euskirchen und tauschte im benachbarten Ostbelgien Erfahrungen mit Bürgermeistern aus Büllingen und Bütgenbach aus. Die vom Ausschußvorsitzenden Friedrich Hofmann (SPD) geführte Gruppe aus Abgeordneten und Beamten lernte, mit ausgezeichnetem Informationsmaterial versorgt, die Deutschsprachige Gemeinschaft kennen, eine belgische Provinz aus dem Eupener Land und der belgischen Eifel.

(GRÜNE) auf das grenzüberschreitende Projekt eines Kindergartens mit gemeinsamer Trägerschaft des Kreises Aachen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu sprechen kam. Insgesamt, das ergab bald das Gespräch, seien die Kompetenzen vor Ort in Belgien größer und die (rechtlichen) Beschränkungen viel geringer als in Deutschland.

Der Bürgermeister von Monschau kommentierte: „Ich bewundere meine belgischen Freunde. Wir können nicht mehr lächeln, bei neun Mark pro Kubikmeter Abwasser und zehnmal so hohen Kosten für kleine Gewerbe wie in Belgien.“ Der belgische Bürgermeister antwortete, ganz so rosig seien die Zustände nicht, die Gebühren stiegen auch. Was er aber nie begriffen habe: daß in NRW alle Kosten für Kläranlagen auf die Benutzer umgelegt würden. In Belgien würden die Kosten etwas gleichmäßiger verteilt. Man lasse sich auch etwas mehr Zeit.

Vom NRW-Innenminister hat der Ausschuß das „Elend“ des Kreises auch schriftlich. Eine neue Liste (Vorlage 12/2335) weist sieben der elf Kommunen des Kreises Euskirchen unter den Schlußlichtern mit den höchsten Abwasser-Gebühren aus. Daß Großstadtsein in NRW oft deutlich weniger als die durchschnittlichen fünf Mark pro Kubikmeter bezahlen, sehen die Vertreter ländlicher Kreise als Ungerechtigkeit an.

Zurückgekehrt nach Dahlem, trug am Abend Landrat Günter Rosenke in der Lehrerbildungsstätte Kronenburg die defizitäre Haushaltssituation des Kreises Euskirchen vor. Eine Erhöhung der Kreisumlage könne nur vermieden werden durch Verzicht auf Trägeranteile an Betriebskosten von Kindergärten. Der Landrat beklagte den nicht mehr ausgabengerechten Finanzausgleich durch das Land. Die Sozialausgaben der Kreise

seien fast dreimal so hoch gestiegen wie die Zuweisungen. Die allgemeinen Zuweisungen, die den Handlungsspielraum erweitern könnten, gingen jedoch 1999 zurück. Landesausgaben für Flüchtlingsaufnahme würden den Kommunen aufgebürdet. Zusätzlich belaste den Kreis das Haushaltssicherungsgesetz. Mehrkosten für den Rettungsdienst in Höhe von 860000 Mark, erstmals Beteiligung an Unterhaltsvorschüssen mit vom Kreisjugendamt für 1999 errechneten Kosten von 700000 Mark, ein schneidende Kürzungen beim Anteil an der Feuerstutzsteuer, drohende Belastungen durch ambulante Gesundheitsdienste und durch den Schienenpersonenverkehr. Nach kurzer Aussprache stellte Jürgen Thulke (SPD) fest, Änderungen beim kommunalen Finanzausgleich hätte äußerst komplizierte Folgen.

Beim Änderungsentwurf der Landesregierung zum Landesabfallgesetz und weiterer Vorschriften entwickelten sich am nächsten Tag eine kontroverse Aussprache. Jürgen Thulke (SPD) kündigte an, seine Fraktion werde die Formulierungen zur kommunalen Entscheidungsfreiheit noch präzisieren, bevor das Gesetz Mitte November verabschiedet werde. Albert Leifert (CDU) befürwortete grundsätzlich die Querfinanzierung in allen Facetten, lehnte aber flächendeckende Biomüll-Vorschriften und die Beseitigung verwertbarer Abfälle „in der Nähe“ ab. Ewald Groth (GRÜNE) begrüßte den Entwurf als kommunalfreundlich und ökologisch. Er freue sich für alle Kommunen, daß es endlich so weit sei. Seit 1996 laufe bei der Müllbeseitigung etwas schief. Groth hielt das „Ortlichkeitsprinzip“ bereits für eine weiche Formulierung und wies auf vermeidbaren Mülltourismus hin. Hans Peter Lindlar (CDU) befürchtete höhere Kosten und Abfallgebühren. Man sei damit auf dem falschen Dampfer. Es handele sich um Staatswirtschaft reinster Ordnung. Eine ganze Reihe von Unsitten sei mit dem Geld der Bürger passiert. Nicht der Technischen Anleitung Siedlungsabfälle gerechte Depo-nien würden täglich zu Dumpingpreisen vollgeworfen. Jede Tonne sei eine Tonne Altlast, die später wieder herausgeholt werden müsse. Dagegen seien Müllverbrennungsanlagen nicht ausgelastet. Gegenüber 305 Mark im Rhein-Sieg-Kreis koste im Lahn-Dill-Kreis die Tonne 100 Mark. Walter Greverer (SPD) konnte diese Kritik nicht nachvollziehen und verwies auf gute wirtschaftliche Ergebnisse des Verbunds in Veldert. Ewald Groth (GRÜNE) hielt es für falsch, Kommunen als Staatswirtschaft zu betrachten. Kommunale Unternehmen dürften nicht pleite gehen. Fehler seien gemacht worden, aber vor allem durch die Gesetzgebung des Bundes.



Mit belgischen Nachbargemeinden tauschten Kommunalpolitiker aus Nordrhein-Westfalen Erfahrungen aus, die sie anschließend der örtlichen Presse mitteilten, v. l. Bürgermeister Gerhard Palm (Büllingen), Bürgermeister Walter Reuter (Bütgenbach), Gemeindegemeinschaft Wildenburg (Hellenthal), Monika Brunert-Jetter und Hans-Peter Lindlar (beide CDU).

Anhörung über die Rolle des Parlaments (I)

Neue Mühen für den Haushaltsgesetzgeber

Der Haushalts- und Finanzausschuß führte am 29. Oktober eine ganztägige öffentliche Anhörung zum Thema „Budgetierung/Flexibilisierung/Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung unter Berücksichtigung der Budgetrechte des Parlaments“ durch. Durch neue „Steuerungsinstrumente“ erhalten seit einiger Zeit Bereiche der Verwaltung, vereinfacht gesagt, mehr eigene Verantwortung beim Geldausgeben und beim Einsparen. Ob dabei der Landtag noch die Hoheit und den Durchblick des Haushaltsgesetzgebers hat, darum ging es bei der von Leo Dautzenberg (CDU) und Gisela Meyer-Schiffer (SPD) geleiteten Anhörung, zu der Ministerialbeamte aus Bund und Ländern, die Präsidentin des NRW-Landesrechnungshofs, Wissenschaftler, Praktiker und Unternehmensberater eingeladen worden waren. Ein Änderungsentwurf zur NRW-Landeshaushaltsordnung, die Ende November verabschiedet werden soll, wurde in die Experten-Befragung einbezogen.

Von Modellversuchen auf Bundesebene berichtete Regierungsdirektor Werner Gatzler (Bundesfinanzministerium). Bei mehr als der Hälfte aller Ausgabeteitel des Bundeshaushalts, nämlich etwa 4500, handele es sich um Verwaltungshandeln, jedoch nur um sechs Prozent (27 Milliarden Mark) aller Ausgaben. Seit Januar 1998 gelte volle Deckungsfähigkeit innerhalb der Hauptgruppen Personal, sächliche Verwaltungsausgaben, Beschaffung/Bau(reparatur)maßnahmen, mögliche 20 Prozent Deckung zwischen den Hauptgruppen und überjährige Verfügbarkeit für Haushaltsreste. Deutlich weniger Verwaltungsaufwand, höhere Motivation der Mitarbeiter, kein „Dezemberfieber“ und Minderausgaben seien positive Folgen, ebenso sehr viel wirtschaftlichere Beschaffung. Das Budgetrecht des Parlaments sei nicht in Gefahr.

Aus Baden-Württemberg antwortete Leitender Ministerialrat Schoefer auf den Fragenkatalog des Ausschusses unter anderem, bei einem Junktim zwischen dezentraler Budgetverantwortung einerseits und Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling und Führungssystemen andererseits sei ein Eingriff in das Etatrecht des Parlaments ausgeschlossen. Kennzahlen aus der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) sollten dem Parlament zur Verfügung gestellt werden. Durch eine „Budgetreserve“, die erst bei planmäßigem Haushaltsvollzug freigegeben werde, sei Globalsteuerung möglich.

Vom „Bonus-Malus-System“ in Rheinland-Pfalz berichtete Regierungsdirektor Dr. Ulrich Keilmann (Finanzministerium), bei dem

Muster Baden-Württemberg

Nach der über 300 Seiten starken „Musterkonzeption“ zur Kosten-Leistungsrechnung, die der Sprecher aus Baden-Württemberg mitgebracht hatte, wurden Kosten einer Arbeitsstunde (1995) von 47 Mark (einfacher Dienst) bis 108 Mark (höherer Dienst) errechnet, ferner ein Einsparpotential von jährlich 60 Millionen Mark für sächliche Verwaltungsausgaben und eine Haushaltsentlastung durch Stellenabbau in Höhe von 654 Millionen Mark nach Ablauf der Systemeinführungsphase. Als „signifikante Ergebnisse in Einzelbereichen“ ist als Sparmaßnahme bei vier Polizeidienststellen aufgeführt: „verstärkter Einsatz von Fuß-, Fahrrad- und Rollerstreifen. Dies ist nicht nur wesentlich wirtschaftlicher als PKW-Streife, sondern in vielen Fällen auch polizeitaktisch das Gebotene“.

die Ressorts dem Finanzminister melden, ob und in welcher Höhe Ausgabenreste gebildet und wie sie verwendet werden sollen. Bei der Budgetfortschreibung gehe man von realen Einsparungen in Höhe von jährlich 1,5 Prozent aus. Als Ausblick entwarf Dr. Keilmann ein zweistufiges Haushaltssystem aus Kernhaushalt (kameral aufgebaut) mit reduziertem Mitarbeiterstab, Zieldefinition als „Auftraggeber“ und Vergabemitteln zur Umsetzung sowie aus Betriebshaushalten

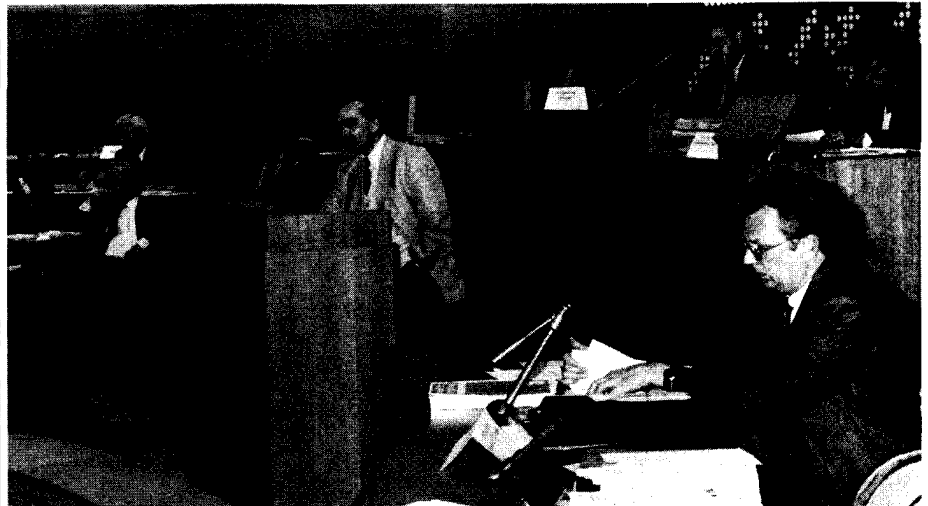
(kaufmännisch gerechnet) mit Leistungswettbewerb, Jahresbudgets, Berichtswesen und Controlling als „Auftragnehmer“.

„Wir sind noch viel teurer, als wir dachten“, berichtete Ministerialrat Bernd Zahn (Hessisches Umweltministerium) und nannte einen Durchschnittsstundensatz von 126,61 Mark als Ergebnis eines Modellversuchs. Das Denken und Handeln der Mitarbeiter habe sich wesentlich geändert. Die Bediensteten gingen verantwortlicher denn je mit dem Geld um. Der Bürokratieaufwand gehe zurück. Die Budgetrechte des Parlaments, bisher ohnehin nur Scheinrechte durch detail-„verschmutzte“ Information, müßten bei neuartiger Haushaltsführung gewahrt werden. Dem Parlament könnten „Produkt- und Budgetberichte“ über erbrachte Leistungen und deren Kosten zugeleitet werden.

Die angestrebte output-orientierte Budgetierung sei noch in keinem Pilotprojekt endgültig erreicht, sagte Ministerialdirigent Günther Rohs (Finanzministerium Schleswig-Holstein). „Pilotbehörden“ wie Hochschulen, Uniklinika, Forstverwaltung, Landesarchiv gingen schrittweise über mehr Flexibilisierung in Richtung Budgetierung vor. Ab 1998 würden die Personalausgaben budgetiert. In einigen Kommunen seien die neuen Steuerungsinstrumente weiter fortgeschritten als in der Landesverwaltung. Bei output-orientierter Budgetierung müßten dem Parlament zusätzlich Leistungsinformationen geliefert werden. Politisch relevante Aufgaben müßten definiert, mit Kennzahlen und Kosten versehen werden. Kosten- und Leistungsrechnung solle in Schleswig-Holstein bis spätestens 2003 flächendeckend eingeführt werden. Dabei werde nach Ist-, Plan- und Prozeßkosten unterschieden sowie teilweise nach Voll- und Teilkosten.

Die Kämmerei müsse bei der Einführung von Budgetierung, dezentraler Ressourcenverwaltung und Controlling massiv auf die Dezernate zugehen, berichtete Michael Werner (Stadtverwaltung Frankfurt). Controlling sei ein auch für das Parlament interessantes Führungsinstrument, das zeitgleiche regelmäßige Berichte ermögliche. Ein Unternehmensberater habe für Frankfurt ein Gesamt-Leistungsverzeichnis mit 550 „Produkten“ erstellt. Neue Steuerungsmethoden seien sinnvoll und zu ihrer Einführung Führungsqualifikationen nötig.

(Fortsetzung auf Seite 14)



Als Sachverständige äußerten sich auch Beamte aus NRW: Leitender Ministerialrat Dr. Schneider (NRW-Finanzministerium, i. Bild Mitte), Ministerialrat Dr. Jürgen Ockermann, (NRW-Landtagsverwaltung, am Rednerpult), weiter v.l.: Ernst Martin Walsken, Reinhold Trinius, (dahinter) Erwin Siekmann, Hans Kern (alle SPD), Vorsitzender Leo Dautzenberg (CDU, Vorsitzender, Podium) neben Gisela Meyer-Schiffer (SPD, stellvertretende Vorsitzende, r.), Werner Hommen (Referent der CDU-Fraktion, vorn).

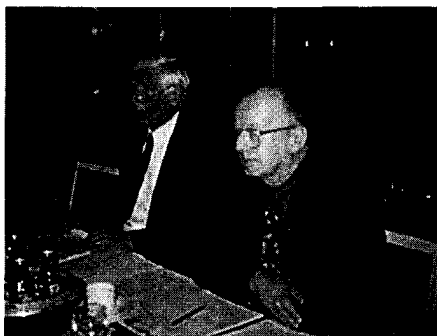
Fotos: Schälte

Aachener EBV international aktiv

Fördern von Steinkohle wandert aus

Der Ausschuß für Grubensicherheit informierte sich unter Leitung von Eberhard Sohns (SPD) am 30. Oktober beim Eschweiler Bergwerksverein (EBV) in Herzogenrath über die Auslandsaktivitäten der Ruhrkohle-Tochter RAG International Mining (RIM), die trotz der Fusion mit Saarberg zur Deutschen Steinkohle AG ab 1. Oktober 1998 ihren „Mädchen“-Vornamen behalten hat.

Rainer Benning, Vorsitzender der Geschäftsführung von RAG International Mining (Foto unten l. mit Ausschußvorsitzendem Eberhard Sohns, SPD), stellte zunächst die RAG EBV AG als ein diversifiziertes Industrie-Unternehmen mit Schwerpunkt in der Aachener Region, mit 30 Tochtergesellschaften, über 3 000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von einer Milliarde Mark vor. Er erläuterte dann die RIM-Aktivitäten in den USA, in Australien und in Venezuela, die die Versorgung heimischer Werke mit Auslandskohle ergänzen. In West Virginia wurde die Jahresförderung auf jetzt fünf bis sechs Tonnen ausgeweitet. Insgesamt wolle die RAG EBV ihre Auslandsförderung auf 20 Millionen Tonnen ausbauen.



Die USA verfügten über einen leistungsfähigen Steinkohlenbergbau mit hochwertigen Vorräten von 240 Milliarden Tonnen an Koks- und Kraftwerkskohle, fuhr Benning fort. Sie seien weltweit zweitgrößter Produzent nach China. Über 90 Prozent der US-Förderung von knapp einer Milliarde Jahrestonnen würden in Amerika selbst vermarktet. Mit den restlichen zehn Prozent seien die USA nach Australien noch zweitgrößter Exporteur.

An einer der beiden US-Steinkohle-Betrieben sei die Ruhrkohle mit 80 Prozent beteiligt. Mit zwei Prozent Wachstum weltweit werde bei der Steinkohle gerechnet. Die größten Zuwächse würden in Südostasien und in Westeuropa erwartet. Nach dem Jahr 2000 werde der Weltabsatz nachlassen. Von den 1 900 US-Gruben förderten 1 000 im Tagebau. Dabei würden die Kuppen der Hügel abgetragen und so die etwa zwei Meter mächtigen Flöze freigelegt. Auch wegen der geringen Teufen im Untertagebau würden in USA wesentlich weniger Mitarbeiter beschäftigt, untertage 30 pro Betrieb, 60 im Tagebau. Die Sicherheitsstandards seien hoch und den deutschen Standards vergleichbar. Kritisch seien die hohen Transportkosten in den USA zu sehen.

Im australischen Steinkohlebergbau, wo die RIM seit 1977 beteiligt sei, seien vergleich-



Steinkohlenförderung im Tagebau durch Ruhrkohle-Tochter in Venezuela

bare Verhältnisse, mit 280 Metern allerdings eine größere Teufe. Die Unfallhäufigkeit sei im letzten Jahrzehnt stark rückläufig. Arbeitssicherheit habe einen hohen Stellenwert bekommen. Der Frachtkosten-Nachteil gegenüber US-Kohle-Einfuhr betrage vier Dollar pro Tonne.

In Venezuela gebe es qualitativ hochwertige Kohlevorkommen in einer Mächtigkeit von bis zu 50 Metern. Das Verhältnis Abraum zu Kohle sei mit 7:1 deutlich günstiger als in USA. Die Kosten seien deutlich niedriger, ebenso die Unfallhäufigkeit. Allerdings lasse die Wirtschaftlichkeit zu wünschen übrig. Personell sei die staatliche Gesellschaft, an der RAG mit 25 Prozent beteiligt sei, drastisch überbelegt, das Management nicht ausreichend qualifiziert, die Rechtslage unbefriedigend.

Auf die Frage von Hans Vorpeil (SPD) nach dem Stellenwert von Sicherheit beim Einkauf von Technik antwortete Benning, Sicherheit habe Priorität sowohl in USA als auch Australien und werde mit höheren Preisen be-

zahlt. In der Kaufentscheidung werde sie sogar höher bewertet als bei uns. Sachverständiger Wagner (NRW-Wirtschaftsministerium) ergänzte, die mit der Bergbautechnik gekoppelte Sicherheitstechnik spiele eine große Rolle, auch in unterentwickelten Ländern. Auch modifizierte Lösungen würden nachgefragt. Wenn es gelinge, die Schwierigkeiten in Venezuela in den Griff zu bekommen, sei das ein hervorragender Standort, antwortete Benning auf eine Frage von Franz-Josef Pangels (CDU). Sicherheitstechnik sei ein Geschäft für mittelständische Betriebe, ergänzte Dr. Bezier (Deutsche MontanTechnologie). Die DMT unterstütze deshalb zusammen mit dem Wirtschaftsministerium den Mittelstand beim Auslandsabsatz. Trainingszeiten für das ausländische Personal müßten einkalkuliert werden, antwortete er auf Fragen von Vertretern der Industriegewerkschaft Bergbau/Energie/Chemie. Für den Export deutscher Bergbau-Technologie sei der heimische Bergbau unverzichtbar, stellten mehrere Diskussions Teilnehmer fest.

Wirtschaftsförderung im Kreuzfeuer

Ferienpark mit Millionen in Konkurs

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie lehnte in der von Hannelore Brüning (CDU) geleiteten Sitzung am 21. Oktober nach längerer Aussprache über die NRW-Wirtschaftsförderung, an der auch der seinerzeitige Minister Bodo Hombach teilnahm, den CDU-Antrag „Mehr Effizienz und bessere Kontrollen dringend erforderlich“ (Drs. 12/3072) ab. In einer von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde wurden die Landesmittel für den Umbau des Dortmunder Hauptbahnhofes problematisiert. Im nichtöffentlichen Teil ging es außerdem um die wasserrechtliche Genehmigung des Tagebaus Garzweiler II und um Zuschüsse und Bürgschaften für den Ferienpark Gran Dorado in Medebach.

Zum UFO-Projekt erklärte ein Sprecher, der Wirtschaftsminister halte 370 der Gesamtkosten von 700 Millionen Mark für förderfähig, weil Dauerarbeitsplätze geschaffen und der Schienenverkehr gesteigert würden. Christian Weisbrich (CDU) hielt es für ungeheuerlich, Mittel aus der ÖPNV-Regionalisierung für ein Prestigeprojekt zu nehmen und dadurch den Regionalverkehr zu vernachlässigen. Alexandra Landsberg (GRÜNE) stimmte zu, dieses Projekt sollte nicht gefördert werden, denn es werde Kaufkraft vom übrigen Einzelhandel abziehen, und hielt die Entnahme aus Mitteln für den Nahverkehr für besonders problematisch. SPD-Abgeordnete verwiesen auf kommunale Selbstverwaltung und die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses. Das Ministe-

rium wurde um Berechnung der reinen verkehrsbedingten Kosten gebeten.

Zum von der CDU erbetenen Sachstandsbericht über die wasserrechtliche Genehmigung des Tagebaus Garzweiler II teilte Vorsitzende Brüning mit, anstelle des von der CDU-Fraktion gebetenen Präsidenten des Landesoberbergamts und des bereits gegangenen Ministers stehe Staatssekretär Dr. Thomas Griese (Umweltministerium) zur Verfügung. Der Staatssekretär beendete seinen ausführlichen Sachstandsbericht mit der Feststellung, ein für den 19. Oktober vereinbartes Gespräch über die Prüfung der Verträglichkeit mit der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union und die damit verbundenen Versickerungsmaßnahmen (weiter nächste Seite)

Ferienpark ...

(Fortsetzung von Seite 13)

men sei vom Antragsteller Rheinbraun kurzfristig abgesagt worden.

Ministerialdirigent Dr. Gerhard Sohn (Wirtschaftsministerium) ergänzte, er gehe davon aus, daß die fünf von Dr. Griese genannten Bereiche rasch geprüft und die Sumpfungsgenehmigung bald erteilt werde. Nach Hinweisen von Fritz Kollorz (CDU) auf den erforderlichen erheblichen zeitlichen Vorlauf bei einem Aufschluß im Jahre 2006 bestätigte Dr. Sohn, aus Sicht des Unternehmens müsse die Genehmigung noch in diesem Jahr erteilt werden. Hans Krings (SPD) meldete Bedenken, auch rechtlicher Art, gegen das detaillierte Eingreifen einer vorgeetzten Behörde an. Eine Folge könne Unsicherheit sein, wer denn entschieden habe. Er sehe Gründe, das Verfahren anzufechten. Staatssekretär Dr. Griese wies auf eindeutige gesetzliche Regelung der Fachaufsicht hin und hielt „Selbsteintritt“ für nicht gegeben.

Das Wirtschaftsministerium, erklärte Dr. Sohn auf Fragen von Christian Weisbrich (CDU), halte kleinräumige Modelle zum Versickerungsproblem für erforderlich, aber nicht für eine Voraussetzung für die Genehmigung. Gerd Mai (GRÜNE) stellte fest, das sei zwischen den beiden Häusern strittig. Nach Vorlage eines Versickerungskonzepts müsse das Grundwassermodell nachgerechnet werden. Dr. Sohn betonte das Einvernehmen der Ministerien über noch offene Fragen. Dr. Griese antwortete auf eine Frage von Laurenz Meyer (CDU), die von Ministerin Höhn angekündigte energiewirtschaftliche Prüfung stehe 1999 an. Das

Wirtschaftsministerium halte den Tagebau für energiewirtschaftlich erforderlich, ergänzte Dr. Sohn.

Zur Beteiligung des Landes an der Finanzierung des Ferienparks Gran Dorado in Medebach über Zuschüsse und Bürgschaften berichtete Leitender Ministerialrat Schulz (Wirtschaftsministerium), nach Vorlage akribischer Investitions- und Finanzierungspläne und trotz namhafter Gesellschafter seien Fehlleitungen von 20 Millionen Mark aufgetreten. Der Unternehmer habe in die eigene Tasche gewirtschaftet. Man könne bei Vorhaben dieser Größe auch auf mehreren Ebenen Pech haben. Auch strafrechtliche Konsequenzen seien schwierig. Beim Baubetreuungsunternehmen sei nichts zu holen. Auf eine Frage von Alexandra Landsberg (GRÜNE) sagte Schulz, nach Eröffnung des Konkurses sollten ab dem Jahr 2000 fünf Millionen Mark aus den Pächterlösen für Schuldentrückzahlung verwendet werden, auf einen bescheidenen Anteil davon für Land und Bund bestehe eine Option. Die von Laurenz Meyer (CDU) hinterfragte Relation Bürgschaft (135) zu Investitionssumme (205 Millionen Mark) bei zusätzlicher Sicherheit durch einen 22-Millionen-Zuschuß hielt Schulz für nicht unüblich. Bernhard Tenhumberg (CDU) wunderte sich ebenfalls und interessierte sich für den Nachweis von Rentalibilität, für mögliches Einschreiten bei 97 Millionen Mark Verlusten bis 1996 und dafür, wer nun die Verluste zu tragen habe. Der Ausfall des Landes betrage 79 Millionen Mark plus 28,2 Millionen Zinsen, antwortete Schulz. Innerhalb den Optionsfrist könne Gran Dorado das Objekt jetzt für 60 Millionen Mark übernehmen.

Anhörung ...

(Fortsetzung von Seite 12)

Der Direktor beim Thüringer Landtag Dr. Joachim Linck brachte ein Beispiel gegenseitiger Deckungsfähigkeit, das parlamentarischen Willen umkehre, indem Mittel für Verwaltungshilfe in den neuen Ländern zu Fortbildung der eigenen Bediensteten verwendet würden. Das fehle im Gesetzentwurf, sagte er und schlug vor, daß durch Verlagerung von Haushaltsmitteln gegenläufige Zwecke von politischen Vorgaben ausgeschlossen werden sollten. Ministerialrat Dr. Jürgen Ockermann (NRW-Landtagsverwaltung) verglich die neuen Steuerungsinstrumente mit Waggonen in einem Zug, der vom Landtag gesteuert werde, aber noch ohne Fahrplan, Technik und Software. Die Parlamente müßten lernen zu steuern statt zu rudern. Ein gesetzlicher Auftrag sei notwendig. Dr. Ockermann hatte mit seiner Ausarbeitung „Die Rolle des Parlaments bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung“ vom November 1997 auch einen Anstoß zur intensiven Befassung mit dem Budgetrecht gegeben.

Professor Dr. Hermann Hill (Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer) resümierte als langjähriger Sachverständiger der Bundesregierung, das Parlament müsse schon vorn ansetzen bei Kennzahlen, politischen Indikatoren, Richtungsvorgaben. In der Schweiz würden „Leistungsaufträge“ erprobt und über „Politikkontrakte“ zwischen Parlament und Regierung verhandelt. Ein Rahmengesetz für die Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung müsse geschaffen werden. Die Änderung der Haushaltsordnung reiche nicht aus.

(wird fortgesetzt)

Berufsverbände zum

Stellenhaushalt 1999

Steuerbürger nutzen Personalnot im Finanzamt

Im Unterausschuß Personal des Haushalts- und Finanzausschusses nahmen am 21. Oktober die Berufsverbände zum Entwurf des Personalhaushalts 1999 Stellung. Nachstehend einige Aspekte.

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund mahnte Brigitte Grosse, die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit dürfe durch die Verlagerung in das zusammengelegte Innen- und Justizressort keinen Schaden nehmen. Dieser Zweig der Rechtsprechung stehe unter besonderem Schutz der Gewerkschaften. Generelle Schieflagen gebe es beim Rückgang um 516 Ausbildungsplätze 1999 und beim Verzicht auf die Leistungsprämien 1998. Der Altersteilzeitarifvertrag solle zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten übertragen werden.

Klaus Luther (ÖTV) lobte zusätzliche Stellen für das Rechenzentrum der Finanzverwaltung, hielt aber 2000 künftig wegfallende Stellen mit der Realität in den Finanzämtern für nicht vereinbar. Daß der die Einnahmen des Staates realisierenden Steuerverwaltung das notwendige Personal vorenthalten werde, sei unverständlich. Für das neue Konkursrecht würden 2-300 Arbeitskräfte benötigt. Auch der Euro führe zu Mehrbelastungen. Personelle Ressourcen müßten umgeschichtet werden.

Dietrich Brauer (GEW) forderte mehr Mittel für Bildung. Die GEW sei gegen den bedarfsdeckenden Einsatz von Lehramtsanwärtern. Die Pflichtstundenerhöhungen sollten sofort und durchgängig zurückgenommen werden. Das Programm „Geld statt Stellen“ decke den Vertretungsbedarf nur halb ab. Zu weiteren Forderungen verwies er auf die schriftliche Stellungnahme. Werner Swienty (Gewerkschaft der Polizei) wies auf fatale Konsequenzen durch die Deckelung für den gehobenen Dienst hin: keine Beförderungsperspektiven für viele Kollegen. Ein Skandal sei die Verweigerung von 375 Beförderungen für Polizeimeister. Bei der Polizeidichte stehe NRW mit 1 : 427 bereits an vorletzter Stelle.

Franz-Josef Rinkens (Deutscher Beamtenbund) rechnete vor, der Personalhaushalt werde 1999 um 800 Millionen Mark oder 2,5 Prozent gemindert, das sei kontraproduktiv. Der mittelfristige Abbau von 22000 Stellen führe zur Arbeitsverdichtung. Zusätzliche 200 Betriebsprüfer könnten 260 Millionen Mehreinnahmen erwirtschaften. Altersteilzeit statt Zwangsteilzeit sei geboten. Unsozial für viele Gruppen seien die Beihilfe-Kürzungen. Im Schulbereich verschlechterten sich die Unterrichtsbedingungen teilweise drastisch. Die nicht sachgerechte Lehrerrückweisung und Pflichtstundenregelung müßten dringend korrigiert werden.

Meinolf Guntermann (DBB) meinte, die kritische Arbeits- und Personallage in den Finanzämtern werde schöngeredet. Immer mehr Steuererklärungen würden „überschlägig“ bearbeitet. Deutsche und ausländische Steuerzahler „gestalteten“

sie von Jahr zu Jahr mehr. Aus Millionen von „erfolgreichen“ Einzelfällen würden Milliarden-Steuerausfälle, auch durch zu wenige Betriebsprüfer. Bei Einstellungen müsse erheblich aufgestockt werden. Wolfgang Römer (DBB) berichtete für den Justizbereich, für die derzeit 18500 Gefangenen fehlten 900 Stellen. Mit jedem privaten Wachmann wachse das Sicherheitsrisiko der Bevölkerung und der Ausverkauf der Inneren Sicherheit. Der Strafvollzug nähere sich einem Offenbarungseid. Aufgaben der Wachtmeister müßten neu bewertet werden.

Johannes Nüsse (Deutscher Richterbund) hielt das Konzept „Justiz 2003“ für umsetzbar. Jedoch sei wegen der Verschmelzung der Ressorts Innen und Justiz Stillstand eingetreten. Nicht nur wegen der Insolvenzzordnung fehlten Richterstellen. Die Wiederbesetzungssperre solle für immer aufgehoben bleiben. Beim Opferschutz und bei Gendatei-Ermittlungen gebe es zusätzliche Aufgaben.

Ludger Thiemann (DRB) berichtete von um 61 600 gestiegenen Straftaten in vier Jahren, ohne Bagatell-Kriminalität. Die Zahl der Staatsanwälte nehme laufend ab. Der Täter-Opfer-Ausgleich sei besonders arbeits- und personalintensiv. Auch beschleunigte Verfahren erforderten umfangreiche Organisation. Udo Pfeifer erklärte die sehr lange Verfahrensdauer bei Sozialgerichten mit der Zunahme von Klagen um 22 Prozent in vier Jahren und mit Gutachten. Berthold Meyer (DRB) stellte für die Finanzgerichte 30 Prozent mehr Klagen und Verfahren 1997 fest und rechnete mit weiterem Anstieg.

„Land kürzt Mittel für Projekte und stellt damit die Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn in Frage“

Der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten hat sich unter dem Vorsitz von Christiane Bainski (GRÜNE) im Rahmen einer Anhörung vor dem Hintergrund des Antrags der CDU-Fraktion (Drs. 12/3131) mit dem Thema „Die Förderung der deutschen Kultur des Ostens braucht Verlässlichkeit“ befaßt. Der Antrag bezieht sich auf Paragraph 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG), in dem Bund und Ländern aufgegeben wird, im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu fördern. Entgegen dieser Bestimmung habe die rot-grüne Koalition im Lande die Haushaltsmittel für die Projektförderung im Rahmen der kulturellen Breitenarbeit von ursprünglich 1,1 Millionen auf klägliche 410 000 Mark zusammengestrichen, so die CDU.

Professor Dr. Detlef Brandes vom Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa an der Universität Düsseldorf als erster der eingeladenen Sprecher nannte als Folge der ausgelaufenen Projektförderung, daß sein Institut für Veröffentlichungen nicht mehr mit Druckkostenzuschüssen rechnen könne, auch die Zuschüsse für wissenschaftliche Exkursionen mit Studierenden stünden auf dem Spiel. Da müßten nun andere Sponsoren einspringen, erklärte er und bedauerte, daß für bestimmte Dinge, wie etwa die Herausgabe von Bibliographien, nur schwer Geld zu bekommen sei.

Die Folgen der eingeschränkten Landesförderung umriß der Leiter der Stiftung „Gerhart-Hauptmann-Haus“ in Düsseldorf, Dr. Walter Engel, generell so: Angesichts steigender Personalkosten müsse sein Haus im nächsten Jahr 57 000 DM im Etat einsparen. Dadurch sei es mit anderen Institutionen nicht mehr konkurrenzfähig und verliere an Attraktivität — nicht nur hierzulande, sondern vor allem in den östlichen Nachbarländern, in die hinein Nordrhein-Westfalen eine wichtige Brückenfunktion habe. Dort gebe es auch eine gewisse Erwartungshaltung, fuhr Engel fort und kündigte an, mangels Projektförderung müßten Kontakte und mittelfristige Pläne zunächst eingefroren werden.

Dr. Wolfgang Keßler von der in Herne ansässigen Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek machte auf einen Widerspruch aufmerksam. Im Jahr 1990 habe es die Öffnung nach Osten gegeben, seit dem Haushaltsjahr 1990/91 seien die Haushaltsansätze festgeschrieben, obwohl gerade diese Öffnung neue Möglichkeiten geschaffen habe, die den Einsatz zusätzlicher Mittel rechtfertigen würde. Für die Einrichtung, die er vertrete, seien die fehlenden Projektmittel besonders spürbar, weil sich durch den Umzug in ein neues Haus bessere Arbeitsmöglichkeiten auf täten. Normale Kostensteige-



Blick in die Reihe der geladenen Sachverständigen (v.l.): Rudi Klarer (Deutsche Jugend in Europa), Ernst Knechtel (Sudetendeutsche Landsmannschaft) und Hans-Günter Parplies vom Bund der Vertriebenen.

Foto: Schälte

rungen fräßen die operativen Mittel auf, mit denen flexibel und innovativ gewirkt werden könnte, aber für 4 000 Mark lasse sich nun einmal keine Ausstellung organisieren, allenfalls zehn Vorträge, schloß er und bedauerte vor allem, daß jetzt auch kein Geld mehr für Maßnahmen zur sozialen Integration von Aussiedlern vorhanden sei.

Der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), Hans-Günter Parplies, meinte beim Blick über Landesgrenzen: In NRW betrage die Landesförderung ein Drittel der Summen, die Bayern und Baden-Württemberg zur Verfügung stellten: „Das ist unangemessen und wird den Aufgaben nach Paragraph 96 BVFG nicht gerecht.“ Dieser gesetzliche Auftrag stamme nicht aus einem „verstaubten, heute überholten Gesetz“, sondern es handle sich um eine keineswegs zufällige Regelung: Sie unterstreiche die herausgehobene Bedeutung der staatlichen Förderung des ostdeutschen Kulturerbes, das im Bewußtsein des gesamten Volks erhalten werden solle. Unabhängig von der politischen Zusammensetzung der jeweiligen Landesregierung — „Nordrhein-Westfalen war darin einmal ganz vor“, stellte Parplies fest und verwies darauf, daß jeder fünfte Landesbürger „Ostdeutscher“ sei. Da sei ein Zustand „unerträglich“, daß für die kulturelle Breitenarbeit, auch unter den Vertriebenen selber, keine Mark im Landeshaushalt zur Verfügung stehe — und das sei nach seiner Ansicht auch „rechtswidrig“, weil es sich klar entgegen dem Gesetzesauftrag verhalte. Neben dem Wirken hierzulande seien die Vertriebenen seit den 60er Jahren auch grenzüberschreitend aktiv. Diese Arbeit halte man — „auch im Interesse der Völkerverständigung“ — für notwendig. Und: bei öffentlicher Förderung könnte da viel mehr geleistet werden.

Rudi Klarer, Geschäftsführer der DJO — Deutsche Jugend in Europa — nannte als Schwerpunkt der Arbeit seiner Organisation neben der Integration von Zuwanderern in die Bundesrepublik vor allem die Kinder- und Jugendarbeit zur Aussöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn. Gerade die „Maßnahmefähigkeit“ in diesem Bereich müsse gewährleistet sein und dürfe durch die Haushaltspolitik des Landes nicht kon-

sequent abnehmen. Denn Kinder- und Jugendarbeit könne durch die institutionell geförderten Einrichtungen angesichts der Kürzungen kaum noch durchgeführt werden. Die jungen Menschen lernten, daß Integration grundsätzlich erfolgreich sei. Sie und die älteren Teilnehmer bekämen einen Blick dafür, „daß es Minderheitenprobleme im Ausland wie im Inland gibt“.

Ernst Knechtel von der Sudetendeutschen Landsmannschaft zählte, wie die meisten seiner Vorredner, ein Reihe von Projekten auf, die nach Wegfall der Mittel ernsthaft gefährdet seien. So gebe es Begegnungsfahrten der jungen und mittleren Generation nach Tschechien und in die Slowakei zum Kennenlernen der gegenseitigen Kultur und zur Begegnung mit den heute dort lebenden Menschen; es würden im ehemaligen Siedlungsgebiet oder hierzulande jährliche Arbeitstagungen mit Referaten tschechischer Kulturschaffender sowie von Vertretern der deutschen Minderheit durchgeführt, die zu weiteren Gesprächen Anlaß böten. Unter Schirmherrschaft des früheren Ministerpräsidenten Johannes Rau habe es die Konzertreihe „Sudetendeutsch-tschechisches Schloßkonzert in Schloß Augustsburg in Brühl“ gegeben. All dies habe die Landsmannschaft im laufenden Haushaltsjahr nicht planen können oder absagen müssen, stellte Knechtel fest: „Ich bin überzeugt davon, daß dies bei den zur Zeit sprach- und aussöhnungsbereiten tschechischen Persönlichkeiten einen großen Rückschritt bedeutet, der unsere bisherigen, mit Unterstützung des zuständigen Landesministeriums betriebenen Maßnahmen auf Dauer in Frage stellen würde.“ Aufgrund seiner Erfahrungen halte er es für gerechtfertigt und bitte darum, Haushaltsmittel in angemessener Höhe, die auch eine ausreichende Projektförderung ermöglichen, bereitzustellen. Es habe sich gezeigt, schloß er, „daß durch die Einbeziehung der landsmannschaftlichen Gruppen in Deutschland und der in den Herkunftsländern lebenden Deutschen, Tschechen und Polen eine menschliche Vertrauensbasis als Grundlage einer erfolgreichen Kulturarbeit in den Herkunftsgebieten geschaffen werden konnte“.

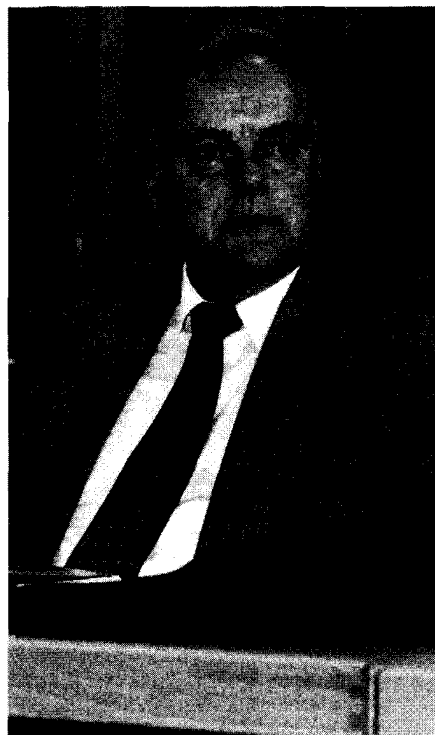
Behördensprecher knüpft Vorbehalte an die Flächendeckung beim Biomüll

Die Landesregierung will das Landesabfallgesetz an das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz des Bundes anpassen. Dazu hat sie einen Gesetzentwurf (Drs. 12/3143) vorgelegt, der Gegenstand einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen am 30. September im Ausschuß für Umweltschutz und Raumplanung unter dem Vorsitz von Klaus Strehl (SPD) war. — Wir setzen damit die Berichterstattung aus Landtag intern Nr. 16, Seite 14 fort.

Angelika Horster (BUND, Landesverband NRW, Naturschutzbund Deutschland, Landesverband NRW) unterstützte die Novellierung des Gesetzes, weil damit langjährige Forderungen der Umweltverbände endlich aufgenommen und demnächst umgesetzt würden, etwa die Getrennterfassung und Verwertung von sogenannten Bioabfällen und anderen Abfällen. Sie kritisierte deutlich die vom Bundesgesetzgeber geschaffenen Schlupflöcher, die auch vom Land genutzt würden: So würden immer noch Filterstäube in Bergwerke verbracht und die Schlacke aus Müllverbrennungsanlagen (MVA) im Straßenbau eingesetzt — beides mit absehbaren Konsequenzen für das Grundwasser. Einer der Hauptpunkte der Forderungen ihrer Verbände sei eine erhöhte Transparenz der Gebührenpolitik — „aber nicht nur bei den Kommunen, sondern auch bei den privaten Entsorgern“. Sie appellierte an den Landesgesetzgeber, dafür zu sorgen, „daß zumindest in Nordrhein-Westfalen anfallende Abfälle nicht umweltschädigend ‚verwertet‘, sondern in dafür nach entsprechenden Verordnungen und Verfahren zugelassenen Anlagen ordnungsgemäß entsorgt werden“. Der Sprecher der vier Regierungspräsidenten im Lande, Karl-Hermann Köster, bezeichnete das Ziel einer flächendeckenden getrennten Erfassung und Verwertung von biogenen Abfällen als „schön und gut“. Aber bei der flächendeckenden Sammlung gebe es besonders in verdichteten Siedlungsgebieten eine erhöhte Zahl von „Fehlwürfen, die den Kompost unbrauchbar machen können“. Der Sprecher: darum entweder auf den Begriff „flächendeckend“ verzichten oder den Zusatz in das Gesetz aufnehmen, daß „individuelle Freiräume“ zu berücksichtigen sind. Bei den Bestimmungen zum betrieblichen Abfallwirtschaftskonzept sollte es keine Mengenunterschiede zwischen Landes- und Bundesgesetz geben, „wir schlagen daher die sofortige Übernahme der bundesrechtlichen Mengenschwellen vor“. Einzugsbereichsbeschränkungen bei der Einführung von Abfällen ins Plangebiet seien verzichtbar, hingegen sollte überlegt werden, ob nicht der Export aus dem Plangebiet genehmigungspflichtig gemacht werden sollte. Die vorgesehene Zentrale Stelle (Paragraph 39) könne erst dann arbeiten, wenn die Datenflußströme geklärt seien, wenn die datentechnische Vernetzung erfolge und dieselbe Software benutzt werde. Gerhard Kmoch vom Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband (AAV) meldete den Wunsch seiner Organisation an, in den Datenkreislauf der Zentralen Stelle eingebunden zu werden, „da wir Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft haben, für die solche Daten benutzt werden“. Für den Be-

reich der Altlasten wies Kmoch auf den Umstand hin, daß das kommende Bundes-Bodenschutzgesetz ein Ausführungsgesetz des Landes erforderlich machen werde: „In diesem Zusammenhang ist der AAV der Auffassung, daß es ein Zeichen der Zeit ist, dem Vorsorgegedanken, der Nachhaltigkeit und der Integration auch im Altlastenbereich mehr Bedeutung zu geben.“ Zu gegebener Zeit, ergänzte er, werde es neben dem Ausführungsgesetz auch eine Novelle des AAV-Gesetzes geben müssen, die diesem Gedanken Rechnung trage.

Für das Institut für Energie- und Umweltforschung erklärte dessen Sprecher Jürgen Giegrich, die Vorschriften seien sinnvoll, in denen die Grundsätze der Nähe bei der Beseitigung von Abfällen und des Getrennthaltens von Abfällen zur Beseitigung und zur Verwertung in Gewerbebetrieben niedergelegt seien. Die Erfahrungen seines Instituts hätten gezeigt, „daß gerade die Getrennthaltung der Abfälle beim Abfallerzeuger und -besitzer oft eine hochwertige Verwertung möglich macht und die Beseitigungsmengen klein hält“. Das stelle auch keine unzumutbare Härte für Gewerbebetriebe dar. Giegrich regte an, um die Hierarchie von Vermeidung, Verwertung und Beseitigung zu stärken, die Verwertungsschiene zur Prüfung zu verpflichten, wie am besten zu einer umweltverträglichen Verwertung kommen sei, etwa durch die Frage, ob es sich um ein falsches Verwertungsverfahren handle oder ob das Verfahren an manchen Stellen zu verbessern sei. So würden in dem zur Beseitigung notwendigen Prüfungsverfahren am ehesten Schwierigkeiten und Probleme bei der Verwertung aufgedeckt.



LVR-Direktor Ferdinand Esser bei seiner Zeugen-aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I (Forensik). Foto: Schälte

Forensikausschuß

LVR: Kein Verständnis für die Verzögerungen

Vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I — Forensik — (Vorsitzender Edgar Moron, SPD) hat der Direktor des Landschaftsverbands Rheinland (LVR), Ferdinand Esser, als Zeuge ausgesagt. Dabei schiederte der Zeuge die überlange Dauer von Genehmigungsverfahren, die sich zum Teil aus finanziellen Gründen hinschlepten.

So berichtete Esser vor dem Ausschuß vom Bau einer nach neuestem technischen Stand errichteten Wallmauer um das neue forensische Dorf in Düren. Die habe aufgrund überempfindlicher Instrumente nie verlässlich funktioniert und durch Vögel oder Insekten bis zu 300 Mal am Tag Fehlalarm ausgelöst. In dieser Angelegenheit habe es jahrelang Gespräche mit dem zuständigen Ministerium gegeben, bis schließlich zugestimmt wurde, daß der LVR den Antrag für ein neues Sicherungssystem stellt. Als er dann den Antrag vorgelegt habe, habe es im Ministerium geheißen: kein Geld da. Unverdrossen habe der LVR jedes Jahr erneut die Mittel beantragt, bis das Ministerium vorgeschlagen habe, den Bau des Systems in zwei Abschnitten vorzunehmen und so die erforderlichen Mittel auf mehrere Haushaltsjahre zu verteilen.

Damit habe sich der LVR nicht einverstanden erklären können, weil ein „halbes“ Sicherungssystem kein funktionierendes sein könne. Esser: „Es gab anderthalb Jahre Streit — allein aus finanziellen Gründen“. Um 600 000 Mark sei es gegangen, umriß er den Grund dieser Auseinandersetzung, und 700 000 Mark habe das Land aufgebracht, um wegen der funktionsunfähigen Sicherung zusätzliches elfköpfiges Wachpersonal zu finanzieren, eine „Unwirtschaftlichkeit“, wie er urteilte. Da begreife er, Esser, den Stoßseufzer von Mitarbeitern seines Hauses, die nach Gesprächen mit dem Ministerium gesagt hätten: „Wir verstehen die Welt nicht mehr.“

Im weiteren Verlauf seiner Aussage schilderte Esser, seit 1995 LVR-Direktor, die Langwierigkeit der Maßnahmen im Maßregelvollzug, die ihn erschrocken habe. Nur manchmal sei es sehr schnell gegangen: Da sei im Dezember eine Bewilligung ausgesprochen worden mit der Maßgabe, das Geld noch bis Ende des Jahres zu verbauen. Das sei natürlich ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Also sei das Geld wieder zurückgeflossen. Als die beiden weiteren Beispiele für Langwierigkeit nannte der Direktor den Neubau Forensik in Viersen und den 90-Betten-Neubau in Bedburg-Hau. Viersen: 1988 Verhandlungsbeginn mit dem Land; Anfang 1998 die lapidare Mitteilung, daß die Begleitung von Baumaßnahmen an die Bezirksregierung Köln übergegangen sei, die neu in das Prüfverfahren einzusteigen habe. Bedburg-Hau: 1990 erste Gespräche über den Bedarf, 1995 erstmals Mittel im Haushaltsplan, 1998 wird der Neubau vom Ministerium in Frage gestellt. Esser: „Das ist unbegreiflich, da kommen wir nicht mehr mit.“ Über den Bedarf gebe es schließlich keine Zweifel.

Sozialgerichtsbarkeit:

Technik und Organisation im Dienst der Rechtsuchenden

Die Sozialgerichtsbarkeit im Lande war eines der zentralen Themen der Sitzung des Rechtsausschusses unter Vorsitz von Gunther Sieg (SPD) Ende Oktober. Dazu reisten die Ausschußmitglieder nach Dortmund, wo im Sozialgericht im Landesbehördenhaus an der Ruhrallee Vertreterinnen und Vertreter dieses Zweigs der Rechtsprechung ihre Arbeit und die Probleme vorstellten, die sie zu bewältigen haben.

Der Präsident des Landessozialgerichts Dr. Jürgen Brand unterstrich die hohe Effektivität der Sozialgerichtsbarkeit im Lande: Sie agiere in der ersten Instanz mit lediglich einem Berufsrichter und zwei ehrenamtlichen Richtern und erledige 93 Prozent aller 65 000 pro Jahr in NRW abgewickelten Verfahren. Die seit 44 Jahren existierende Sozialgerichtsbarkeit sei längst ihrem früheren Ruf als „Arme-Leute-Gerichtsbarkeit“ ent wachsen, was sich an der Vertretungsquote ablesen lasse: Heute ließen sich 80 Prozent der Mandanten durch Rechtsanwälte, Verbände, Gewerkschaften und andere Bevollmächtigte vertreten, in den Anfangsjahren seien dies nur zehn Prozent gewesen, betonte Brand und nannte die Gerichtskostenfreiheit ein „ambivalentes“ Gut — einerseits senke sie die Schwelle ab, das Gericht anzurufen und erreiche nur eine Kostendeckungsquote von drei Prozent, andererseits obliege der Sozialgerichtsbarkeit der Verpflichtung zur bürgerfreundlichen Ermessensausübung. Der Präsident: „Keine andere Gerichtsverfahrensordnung — außer im Strafrecht — schreibt vor, im Zweifel zugunsten desjenigen, der soziale Rechte geltend macht, bei der Ermessensausübung und Gesetzesauslegung zu entscheiden.“

Für den Bezirk des Sozialgerichts Dortmund teilte dessen Präsidentin Dr. Ricarda Brandts mit, er stehe unter der Verantwortung für den Rechtsschutz von 3,6 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Um den zu gewährleisten, führe das Gericht auswärtige Gerichtstage in Bochum, Hamm, Lippstadt, Soest, Hagen, Arnsberg, Altena, Meschede und Siegen. Die machten rund ein Drittel der jährlich 1 000 Sitzungen aus.

Das Aufgabengebiet der Sozialgerichte erstreckte sich zu einem Drittel auf den Bereich der Rentenversicherung, zu einem Viertel auf Verfahren nach dem Schwerbehindertengesetz; an dritter Stelle mit 15 bis 18 Prozent lägen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung. Das vierte Arbeitsfeld bildeten Angelegenheiten aus der Unfallversicherung (Dr. Jürgen Brand). Spezielle Dortmunder Arbeitsbereiche seien Kassenarztangelegenheiten (hier liege die Zuständigkeit für den Bezirk der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe — im Rheinland finde die Bündelung beim Sozialgericht Düsseldorf statt —), stellte Dr. Ricarda Brandts fest und nannte als zweite Eigenheit die heraus-



Die Frau des palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat, Sora (l.), hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) im Landtag zu einem Gespräch empfangen. Frau Arafat befand sich in Begleitung der Unesco-Botschafterin Ute Ohoven (r.), die in Düsseldorf eine Gala veranstaltet hatte, deren Erlös Kindern in Not zugute kommen soll. Bei der Gala hatten die Gattin Arafats sowie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement in Begleitung seiner Tochter Merle die Lose gezogen. Foto: Schälte

gehobene Rolle der Pflegeversicherung im Gerichtsalltag, zumal der medizinische Dienst der Krankenkassen Westfalen-Lippe zu Beginn sehr viel strengere Maßstäbe bei der Erstinstanz der Pflegebedürftigen in Pflegestufen zugrunde gelegt habe. Zwischen habe sich die Zahl der Klageeingänge aus der Pflegeversicherung auf rund 800 pro Jahr eingependelt.

Was die Bestandszahlen der anhängigen Verfahren vor den Sozialgerichten angehe, so beliefen sie sich derzeit auf 66 000. Das höre sich aber dramatischer an als es sei, schränkte Dr. Jürgen Brand ein und verwies darauf, daß wegen der starken medizinischen Akzentuierung der Verfahren ein Eingang von 60 000 Verfahren im Jahr 1997 aufgrund der durchschnittlichen Laufzeit von elf bis 13 Monaten gleichzeitig einen Bestand von 60 000 Verfahren bedeute. Dank greifender Innovationsmaßnahmen habe man diesen Arbeitsanfall noch im Griff, betonte er. Die Verfahren würden in einer angemessenen Frist erledigt, und das geschehe mit einem Personalbestand im richterlichen und nichtrichterlichen Dienst, der derzeit genauso hoch sei wie im Jahr 1992. Brand: „Dem richterlichen Personal gehören momentan in erster Instanz 177, in zweiter Instanz 68 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an.“

Neben technischer Innovation — die Gerichte verfügten inzwischen flächendeckend über elektronische Datenverarbeitung — habe man sich verstärkt der Organisationsentwicklung gewidmet und die bisher „unselige“ extreme Arbeitsteilung zu „Serviceeinheiten“ zusammengeführt, die seit einem Vierteljahr flächendeckend im Lande arbeiteten. Dies alles erfordere eine umfangreiche Schulung der Beteiligten. Das hierarchische System sei durch die Einrichtung einer Steuerungsgruppe aufgebrochen worden, der gleichberechtigt die acht Präsidenten/innen der Sozialgerichte und der

Präsident des Landessozialgerichts angehörten. Diese Gruppe treffe sich einmal pro Monat, um Mittel und Personal zu verteilen — „und das mit positiven Erfahrungen“. Um der Flut der Klagen angemessen zu begegnen, bedürfe es neben der inzwischen fast realisierten Organisationsentwicklungsstufe I einer zweiten Stufe, bei der in der Sozialgerichtsbarkeit die „Kundenzufriedenheit“ in puncto Freundlichkeit, Kompetenz, Erreichbarkeit und Transparenz des Verfahrens gemessen werde. Von der Wirtschaft könne man hier viel lernen, auch wenn die Gerichtsbarkeit natürlich nicht profitorientiert arbeite und die richterliche Unabhängigkeit gewahrt werden müsse.

In einer ersten Stellungnahme urteilte der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Gunther Sieg (SPD), es habe sich in Dortmund gezeigt, daß die Sozialgerichtsbarkeit im Vergleich zu anderen Gerichtssparten auf dem Weg der Neuorganisation am weitesten fortgeschritten sei. Es sei aber etwa noch der Frage nachzugehen, ob die Bildung von Serviceeinheiten und damit verbunden die Übertragung anderer Aufgaben auf die Mitarbeiterschaft eventuell tarifliche Schwierigkeiten mit sich bringe. Abschließend erklärte der Ausschußvorsitzende, bei allen technischen Innovationen werde die richterliche Unabhängigkeit unantastbar bleiben. Diese Ansicht der Richterschaft teilten die Parlamentarier. Gleichzeitig habe sich aber auch die Justiz veränderten Gegebenheiten anzupassen. Während hier die Sozialgerichtsbarkeit vorne liege, hätten andere Zweige noch Nachholbedarf. Deswegen habe der Gesetzgeber trotz der Haushaltsschwierigkeiten Jahr für Jahr erhebliche Summen zur Verfügung gestellt, um die Umstrukturierungsprozesse voranzubringen und mit dem Projekt Justiz 2003 eine den Anforderungen des nächsten Jahrhunderts und der sich neu formierenden Gesellschaft gerecht werdende Justiz zu entwickeln.

Anhörung zum neuen Krankenhausgesetz des Landes – Teil II

Der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, äußerte die dringende Bitte seiner Organisation, es bei der bisherigen Formulierung des Paragraphen 7 (Qualitätssicherung) zu belassen und bei der Herstellung des Einvernehmens mit den Beteiligten über Maßnahmen der externen Qualitätssicherung Ärztekammer und Krankenkasse ausdrücklich zu nennen. Hoppe erinnerte daran, daß Ärztekammern Körperschaften des öffentlichen Rechts mit ganz bestimmten Aufgaben seien: „Diese Aufgaben sind nicht mit der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen zu verwechseln.“ Außerdem nähmen die Ärztekammern eine Filterfunktion zwischen dem, was die Wissenschaft entwickelt und dem, was für die breite Anwendung nützlich und erforderlich sei, wahr; das versetze sie in die Lage, zur einer Weiterentwicklung zu vernünftigen Strukturen beizutragen.

Sein Kollege von der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Ingo Flenker, ergänzte die Stellungnahme um zwei Forderungen: Die Ärztekammern müßten dem Landesauschuß, der von den unmittelbar an der Krankenhausversorgung Beteiligten gebildet wird, angehören; eine Beteiligung der Kammern über Unterausschüsse, wie sie der Entwurf vorsehe, sei nicht sachgerecht. Zum anderen, so Flenker weiter, wollten die Kammern in das Genehmigungsverfahren bei den sonstigen Festlegungen nach Paragraph 16 Absatz 5 in bezug auf die Beachtung des allgemeinen Standes von Wissenschaft und Technik in der Medizin einbezogen werden.

Rolf Lübke, Geschäftsführer des Marburger Bundes, schloß sich der Meinung der Kammern in Sachen Stärkung ihrer Position bei der personellen Zusammensetzung der an der Krankenhausplanung Beteiligten an. Bei zwei „alten Hüten“, der Regelung der inneren Struktur in den Krankenhäusern und der Pflicht zur Beteiligung der Mitarbeiter an den Liquidationseinnahmen der Abteilungsleiter verwies er auf die Bestimmungen im Nachbarland Rheinland-Pfalz. Dort sei man so vorgegangen, den konfessionell getragenen Krankenhäusern entsprechend ihrer kirchlichen Zielrichtung die Möglichkeit anderer Regelungen einzuräumen; dazu sei es aber bisher nur in

Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf eines Krankenhausgesetzes (Drs. 12/3073) war Mitte September Thema einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter Leitung seines Vorsitzenden Bodo Champignon (SPD). — Wir setzen damit die Berichterstattung aus Heft 15, Seite 7 fort.

zwei Fällen gekommen. Hier sei der kleinere Nachbar dem größeren, der ansonsten in der Gesundheitspolitik federführend sei, ein kleines Stück voraus. Lübke: „Als großer nördlicher Partner kann man es ja ruhig einmal hinnehmen, von einem kleinen Land abzuschauen.“

Manfred Fiedler von den Bezirksverwaltungen der ÖTV (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) monierte das Übergewicht der Krankenkassen im vorgesehenen Planungsverfahren, das führe zu einer Konzentration von Standorten und Trägerstrukturen, sagte er voraus und befürchtete negative Auswirkungen auf die Höhe der Betriebskosten. Die geplante Neuorientierung im Bereich der pauschalen Förderung bezeichnete er als unzureichend, da sie sich vor allem negativ auf die kleinen, also dezentralisierten psychiatrischen Einrichtungen auswirke, während die größeren sogar mehr Mittel erhielten. Seine Alternativen zur Pauschalförderung der geplanten Art: Ausdrückliche Letztentscheidung beim Land, weiterhin Entscheidung der zuständigen Behörde über die Aufnahme des einzelnen Hauses in den Krankenhausplan, Zuleitung des von den Kassen und Trägern erarbeiteten Konzepts der regionalen Gesundheitsversorgung an das zuständige Ministerium, Möglichkeit zur Arbeit regionaler Gesundheitskonferenzen und Entscheidung des Landes unter Abstimmung mit den unmittelbar Beteiligten auf der Grundlage der Stellungnahme der jeweiligen Gesundheitskonferenz sowie der Konzepte der im Gesundheitswesen Beteiligten.

Der Landesverband der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) forderte durch seine Sprecherin Marita Klein, „auch die Vertretung der Beschäftigten in den Kreis

der an der Krankenhausplanung unmittelbar Beteiligten aufzunehmen“. Sie sprach sich gegen Kosteneinsparungstendenzen in der Ausbildung aus und stellte fest, eine patienten- und personalgerechte Gestaltung von Arbeitszeit und Dienstplänen setze eine bedarfsgerechte personelle Ausstattung in den Krankenhäusern voraus. Bei der geplanten Neuorientierung des Planungsverfahrens müsse die staatliche Verantwortung erhalten bleiben; das Land dürfe sich nicht auf Rahmenvorgaben für die allgemeine Krankenhausversorgung zurückziehen. Als Genehmigungsbehörde sollte ein bestimmtes Ministerium definiert werden.

Dr. Günter Clausen, Sprecher der Dienstnehmervertreter im Chirurgenverband des Landes, forderte ebenfalls einen Sitz im Landesausschuß der unmittelbar Beteiligten und diagnostizierte, „daß der vorliegende Gesetzentwurf teilweise von einer Überregulierung gekennzeichnet ist“. Eigenverantwortung des Trägers mit seiner Unternehmensphilosophie und seinen Leitbildern komme gegenüber bürokratischen Vorschriften zu kurz. Im Text des Gesetzes sei durchgehend zu klären, ob vom Krankenhaus oder vom Krankenhausträger gesprochen wird.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Landesrätin Helga Schuhmann-Wessollek) beschränkte sich auf Ausführungen zur psychiatrischen Medizin und stellte fest, daß es in der Frage der pauschalen Fördermittel keinen Unterschied gebe zwischen Krankenhäusern die psychiatrische oder somatische Erkrankungen behandeln. Patienten in psychiatrischen Einrichtungen benötigten nicht weniger Ausstattung, sondern eine andere Art. Wenn die Mittel in diesem Bereich reduziert würden, sagte sie für den Landschaftsverband voraus, daß er zwei Millionen pro Jahr einbüßen würde, die den Ausbauplanungen fehlten und in Widerspruch stünden zum Ziel, zu dezentralisieren und vollstationäre in tagesklinische Betten umzuwandeln. Der Landschaftsverband Rheinland nannte die Absicht, teilstationären Einrichtungen lediglich 50 Prozent der pauschalen Fördermittel der ersten Anforderungsstufe zuzugestehen, „schlicht falsch“. Auch für die stationäre Behandlung könne die Absenkung der Förderquote von 100 auf 80 Prozent nicht akzeptiert werden, weil beides prekäre Folgen hätte. Landesrat Rainer Kulka nannte die Gründe für diesen Standpunkt und stellte fest, wenn es dabei bliebe, dann sei das ein völlig falsches Signal für eines der wichtigsten Leitmotive der Psychiatrie, nämlich die Gleichstellung von psychisch und somatisch kranken Menschen.

Klaus Bremen von der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Lande bezeichnete es als unnötig, das Krankenhausplanungsrecht in seiner Substanz so auszurichten, „als läge die Planungskompetenz vornehmlich bei den Kosten- und Leistungsträgern. Das halten wir zumindest für voreilig. Mit dieser Voreiligkeit verspielen wir alle Möglichkeiten zum Konsens im Rahmen der Planung, einem Konsens, den wir alle nach meiner Überzeugung nach wie vor dringend für die Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben brauchen.“



Blick in die Reihe der eingeladenen Sachverständigen und Beteiligten bei der Anhörung zum Krankenhausgesetz im Plenarsaal.
Foto: Schälte

Frauen als erfolgreiche Pferdezüchterinnen

Susanne Rimkus, NRW-Landstallmeisterin

Junge Remonten an der Hand, Aktionstraber, Kaltblutmehrspanner, Dressurquartett, Große Dressurquadrille, das waren einige Highlights im Programm der berühmten Warendorfer Hengstparaden, die auch in diesem Herbst Pferdezüchter, Sattelmeister und Dressurreiter aus ganz Deutschland nach Westfalen lockten. Neuerdings erregen nicht nur Pferde, sondern auch Frauen die Aufmerksamkeit des kundigen Publikums. Zum ersten Mal in der 170-jährigen Geschichte leitet eine Frau das Nordrhein-Westfälische Landgestüt in Warendorf. Vor zwei Jahren trat Diplomlandwirtin Susanne Rimkus als Nachfolgerin von Gerd Lehmann den Posten der Landstallmeisterin an. Als erste Auszubildende im NRW-Landgestüt bestand Andrea Stricker die Prüfung zur Pferdewirtin und wurde als erste Gestütswärterin in den Dienst übernommen.

Von klein auf selbst begeisterte Reiterin, bekam Susanne Rimkus mit 13 ihr erstes eigenes Pony und bildete ihre achtjährige Stute Diva, mit der sie sich schon einigen Dressurprüfungen gestellt hat, selbst aus. 1965 in Essen geboren, wuchs sie in Schleswig-Holstein auf. Nach ihrem Landwirtschaftsstudium in Ostdeutschland ging Frau Rimkus zurück nach Schleswig-Holstein, wo sie in Elmshorn Kaltblüter züchtete und die dortige Landwirtschaftskammer in Zuchtfragen beriet. 1993 zog es Susanne Rimkus bereits nach Warendorf, wo sie in der Abteilung Zucht der Deutschen Reiterlichen Vereinigung arbeitete.

Das Landgestüt Warendorf wurde 1826 gegründet, seine Geschichte reicht bis in die preußische Zeit hinein, ein Überrest aus dieser Zeit ist die uniformähnliche Kleidung der Mitarbeiter. Über 130 Hengste und etwa 85 Mitarbeiter gehören zu Nordrhein-Westfalens Landesgestüt. Früher wurde es zu zwei Dritteln aus Steuergeldern subventioniert. Heute sind es nur noch zwölf Prozent. Über dreißig Jahre leitete und prägte Dr.

Gerd Lehmann das Landgestüt. Im September 1995 wurde er auf eigenen Wunsch frühpensioniert. Nun mußte Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) sich mit der schwierigen Frage der Nachfolge auseinandersetzen. Das Entscheidungsverfahren dauerte fast ein Jahr, da man auch ein Gutachten zur künftigen Organisationsform des Landgestütes abwartete, das drastische Sparvorschläge beinhaltete. Durch ihr langes Zögern zog sich die Ministerin den Vorwurf zu, der Pferdezucht in NRW und dem Gestüt Warendorf Schaden zuzufügen.

Im Juni 1996 war die Entscheidung gefallen. Die neue Landstallmeisterin Susanne Rimkus wurde von Frau Höhn persönlich, den Mitarbeitern des Landgestütes und auch den beiden Vorsitzenden der Pferdestammbücher im vollsten Maße akzeptiert und unterstützt. Von allen Seiten wird ihr hohe Kompetenz und Engagement bescheinigt. Auf die Akzeptanz und das Vertrauen der Züchterschaft ist sie in hohem Maße angewiesen.



Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das Land mit den meisten Pferden und Reitern, sondern hat auch berühmte Reiterinnen und Züchterinnen hervorgebracht sowie seit zwei Jahren eine Landstallmeisterin: Susanne Rimkus übernahm mit 31 Jahren die Leitung der Pferdezucht in NRW, das mit 107 100 Pferden und mehr als 166 000 organisierten Reiterinnen und Reitern an der Spitze aller Länder liegt.



Trensen müssen gereinigt werden: Andrea Stricker in Warendorf. Foto: LVV Westfalen

Junge Pferdewirtin

Für Andrea erfüllte sich ein Kindertraum

In eine Männerdomäne ist die 22jährige Andrea Stricker als erste Frau eingebrochen. Sie ist als Pferdewirtin mit dem Schwerpunkt Zucht und Haltung beim Landgestüt Warendorf beschäftigt. Was für andere vielleicht ein bißchen nach Strafarbeit aussieht, ist für Andrea Stricker die Erfüllung eines Kinder- und Jugendtraumes. Misten, Füttern, Fegen und Putzen gehören zu ihrem Tagewerk. Denn als Pferdewirtin ist sie im Landgestüt für die Versorgung der Hengste im alten Kutschenstall verantwortlich. Tierliebe und Verantwortungsbewußtsein sieht die junge Frau als wichtigste Charaktereigenschaft für ihre berufliche Tätigkeit. Die Beschäftigung als Pferdewirtin ist ihr „Traumjob“. Bereits seit dem neunten Lebensjahr ist sie passionierte Reiterin. Nach Feierabend versorgt sie ihre eigenen Tiere, die auf dem Bauernhof ihrer Großmutter in Versmold im Kreis Gütersloh untergebracht sind. Andrea Stricker nimmt gerne in Kauf, daß sie ab kommenden Februar wieder für fünf Monate auf eine der Deckstellen im Land geschickt wird. Denn zur Arbeit auf dem Warendorfer Landgestüt gehört auch die Begleitung der Beschäler (Zuchthengste) auf die in ganz Nordrhein-Westfalen verstreuten Stationen.

Pferdezucht ist eine Männerdomäne, in ganz Deutschland gibt es nur eine Frau in vergleichbarer Position in Sachsen. Susanne Rimkus: „Auch in den letzten Jahren habe ich oft als einzige Frau bei Fachgesprächen am Tisch gesessen. Das war eine gute Übung für mich.“ Ihr Posten sei für sie eine Herausforderung, erklärte Susanne Rimkus bei der Amtsübernahme. Zu ihren Aufgaben gehört es seitdem, die Zucht zu beaufsichtigen und die besten Linien und erfolgversprechenden Anlagen zu fördern. Außerdem untersteht ihr die Deutsche Reitschule, an der alle Reitlehrer ihre Prüfung ablegen müssen.

Frau Rimkus sieht im guten Hengstbestand und den hochmotivierten Mitarbeitern eine ideale Basis. Ihr Ziel ist klar definiert: ein modernes und kundenfreundliches Unternehmen, das trotz hoher Flexibilität alte Traditionen bewahrt. So möchte sie z.B. die Ausstattung der Deckstellen qualitativ verbessern und kundenfreundlicher gestalten, aber auch die künstliche Besamung fördern. Darüber hinaus wünscht die neue Landstallmeisterin eine verstärkte Teilnahme der Warendorfer Hengste am Spitzensport. Es soll aber auch umgängliche und leistungsstarke Pferde für anspruchsvolle Freizeitreiter geben.

Frau Rimkus kündigte auch schon einen Abschied von der bisherigen Haushaltsführung an. Insgesamt sieht sie im Wandel zum Wirtschaftsbetrieb auch eine Chance für das Gestüt Warendorf und geht mit höchstem Engagement einer Aufgabe nach, die schon ihr Kindheitstraum war.

Christiane Krauskopf

Landtagsabgeordnete wechselten in den Bundestag

Wunsch-Ausschuß für die Profis aus NRW

Für zwei Landtagsabgeordnete gab es am Tag der Bundestagswahl Grund zum Jubeln. Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses des NRW-Landtags Leo Dautzenberg (CDU) hatte am 27. September 49,2 Prozent der Erststimmen im Wahlkreis Heinsberg erhalten, bei einem Zweitstimmen-Landesdurchschnitt der CDU in NRW von 33,8 Prozent. Und Johannes Pflug (SPD), Sprecher seiner Fraktion im Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform, errang fast 6000 Stimmen mehr als sein Vorgänger vor vier Jahren und mit 66,4 Prozent den Erststimmen-Rekord überhaupt.

Die beiden mit 48 und 52 Jahren fast Gleichaltrigen gehörten dem NRW-Landtag seit 1980 an, als sie sich zu Kandidatur und Politik auf der nächsthöheren Ebene entschlossen. Daß es dann bei der gewohnten Rollenverteilung blieb, Dautzenberg bei der Opposition, Pflug bei der Regierungskoalition, zeichnete sich zwar Ende 1997 ab, war aber keineswegs sicher. Daß beide im Bundestag auch einen Sitz in ihren Wunsch-Ausschüssen erhalten würden, war alles andere als sicher.

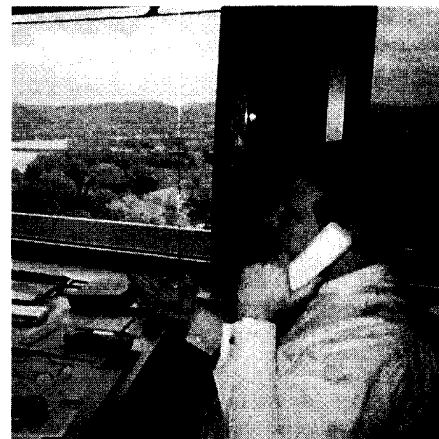
Noch etwas haben die Bonner Neulinge gemeinsam: Beide hatten viel mit dem über die Landesgrenzen hinaus bekannten SPD-Politiker Heinz Schlußer zu tun: Dautzenberg als langjähriger Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses in dessen Rolle als NRW-Finanzminister, Pflug mit Schlußer als langjährigem Vorsitzenden des mächtigen SPD-Bezirks Niederrhein, dessen Stellvertreter er war.

Nach ihren ersten Eindrücken in Bonn befragt, äußerten sie ein wenig Bedauern, daß es mit der doch eher familiären Atmosphäre im Düsseldorfer Parlament nun vorbei ist. Die Bonner Fraktionen der SPD und der CDU/CSU sind mit 298 und 245 Mitgliedern größer als der gesamte NRW-Landtag. Dautzenberg möchte in Bonn künftig als Mitglied des Finanzausschusses nur noch mit der Steuergesetzgebung, mit Geld- und Kreditwirtschaft des (Bundes)Haushalts zu tun haben, einem Volumen von über 465 Milliarden Mark (der Landeshaushalt umfaßt rund 80 Milliarden), und er strebt darüber hinaus einen Stellvertreter-Posten in einem Ausschuß an, in dem er seine Kenntnisse als Vorsitzender des Euregionars Maas-Rhein verwenden kann. Seine Nebentätigkeit als geschäftsführender Gesellschafter einer mittelständischen Firma will er möglichst beibehalten. Und wenn irgend möglich, will er die Haushaltsberatungen im

NRW-Landtag bis zur 2. Lesung zu Ende bringen.

Opposition im Ausschuß, das bedeutet zwar keine Macht des Beschließens, aber immerhin mehr Einblick in manchmal „schleierhafte“ Zahlenwerke und unbequeme Fragen an die Regierung. Dautzenberg brächte in die Ausschubarbeit das gewichtige Pfund seiner Erfahrungen mit rotgrüner, allerdings von Schlußer gezügelter „Staatsknete“-Begehrlichkeit ein. Dautzenbergs Gegenüber im Finanzausschuß des Bundestages ist der SPD-Bundesvorsitzende und neue Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine. Als Parlamentarische Staatssekretärin begegnet ihm dort Schlußers frühere Pressereferentin Dr. Barbara Hendricks, die 1994 für die SPD in den Bundestag gewählt worden ist. Den Vorsitz im Finanzausschuß soll die GRÜNEN-Abgeordnete Christine Scheel erhalten.

Johannes Pflug hat sich im Landtag von Anfang an mit einer weniger öffentlichkeitswirksamen Materie befaßt. Die Bemühungen der Landespolitiker um eine Reform der öffentlichen Verwaltung mündeten 1993 in einem eigenen Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform, in dem Pflug die Rolle des Sprechers der SPD-Fraktion übernahm. Stillen Fleiß war hier gefragt, und fleißig ackerte Pflug auch in der Partei, seit 1990 als Unterbezirksvorsitzender in Duisburg. Jetzt zieht es ihn in die große Welt. Auf Anhieb erhält er einen Sitz im Auswärtigen Ausschuß, nicht zuletzt dank seiner Englisch-Kenntnisse und guter Beziehungen zur britischen Labourpartei, samt Diplomatenaß und dem Parlamentarierrecht, mit



Nicht mehr lange kann Leo Dautzenberg (CDU) den Blick auf das Siebengebirge genießen, denn der Umzug nach Berlin steht Mitte 1999 an.

dem Stellvertreter des Bundeskanzlers persönlich zu verhandeln, nämlich mit dem (grünen) Außenminister Joschka Fischer. Dabei wird es auch um eine stärkere soziale Komponente in der Europäischen Union gehen. Den Weggang des Fraktionsvorsitzenden Klaus Matthiesen bedauert Pflug sehr. Matthiesen sei ein politisches Urgestein, das der Düsseldorfer SPD-Fraktion viel Gewicht und Selbstbewußtsein gegeben habe.

Johannes Pflug freut sich auf Berlin, wo er sich zunächst eine (teure) Bundestagswohnung mieten und ein Fahrrad stationieren will. Bis zum Umzug des Bundestages im Juli 1999 will er seine Teilzeitbeschäftigung als Handlungsbvollmächtigter der Duisburger Stadtwerke für Sonderaufgaben wie Sponsoring, Spendenwesen und Veranstaltungen noch ausüben. Aber auch seine Neugier auf die Probleme der neuen Länder und des europäischen Ostens ist groß.

Die Schreibtische der beiden „Landtagsflüchtlinge“ in ihren Bonner Büros im Neuen Hochhaus und im Hochhaus Tulpenfeld sind noch leer. Das wird sich bald ändern. Aber „Landtag intern“ hofft, daß die Landtagszeitung nicht wie so vieles ungelesen in den Papierkorb wandert. rmmg



Einige bekannte Gesichter, aber auch viele neue Kolleginnen und Kollegen findet Johannes Pflug (SPD) im Abgeordneten-Verzeichnis.



Die größte Fraktion des 14. Deutschen Bundestages applaudiert dem soeben gewählten Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD, 3. v. l.).
Foto: Deutscher Bundestag

Polder Trebur: Schutzeffekt für Bonn und Köln vor Hochwasser

Wegen der geringen Entfernung zu Nordrhein-Westfalen hätte der Rückhalteraum in Trebur (Hessen) einen besonderen Schutzeffekt für die Städte Bonn und Köln. Aus diesem Grund habe sie im September 1996 mit ihrer hessischen Amtskollegin Margarethe Nimsch vereinbart, daß Hessen die Planung des Rückhalterums wieder aufnehme, sobald die Finanzierung geregelt sei. Unter Berücksichtigung bestehender Fördermöglichkeiten und des unterschiedlichen Nutzens, den die Beteiligten aus der Maßnahme zögen, habe die Landesregierung von NRW ihr prinzipielles Einverständnis erklärt, sich an der Mitfinanzierung zu beteiligen. Weitere Gespräche habe sie 1997 geführt, leider ohne durchgreifenden Erfolg. Die Landesregierung von Hessen sei an die Entschließung des Hessischen Landtages zum Hochwasserschutz von 1996 gebunden, in der es heiße, beim Bau des Polders Trebur nicht gegen den Willen der Region zu handeln. „Ich hoffe, daß die neuerliche Hochwassersituation eine Korrektur dieser Position bewirken wird“.

Das erklärte Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) im Landtag in ihrer Antwort auf eine Dringliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Werner Stump zu Konsequenzen aus der aktuellen Hochwasserkatastrophe. Stump hatte kritisiert, daß eine Einigung zwischen Frau Höhn und ihrer grünen Amtskollegin in Hessen beim seit Jahren diskutierten Polderprojekt in Trebur bisher nicht zustande gekommen sei. Auf eine entsprechende Zusatzfrage antwor-



Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist der SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Bodo Champignon (r.), ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) überreichte in einer Feierstunde den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. Bodo Champignon werde für die zahlreichen Verdienste ausgezeichnet, die er sich in politischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereichen erworben habe, sagte der Präsident. Er gehöre seit 1969 der SPD an, habe zuhause in Kirchnerne die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten gegründet. Seine politischen Bemühungen seien aber nicht auf diesen Dortmunder Stadtteil beschränkt gewesen. Er sei im SPD-Unterbezirksvorstand tätig gewesen und gehöre seit 1994 dem Landesvorstand der SPD in NRW an. 1980 sei er Abgeordneter im Landtag geworden. Die Arbeits- und Sozialpolitik habe ihm immer am Herzen gelegen. 1995 sei er von der SPD-Fraktion in den Vorstand gewählt worden. Ferner führe er als Vorsitzender die Arbeitsgruppe „Staatsbad Oeynhausen“ und kümmerge sich intensiv um die Arbeiterwohlfahrt. Seit 1992 sei er Beisitzer im Vorstand des AWO-Bundesverbandes und seit 1994 Vorsitzender im Bezirksverband Westliches Westfalen. Seit 1956 Mitglied der IG Metall habe er von 1978 bis 1981 dem Betriebsrat Werk Westfalenhütte angehört. Bodo Champignons soziales Engagement gelte auch hilfsbedürftigen in anderen Ländern. So habe er mehr als zwanzigmal von ihm selbst organisierte LKW-Hilfskonvois nach Ostpreußen begleitet und die Einrichtung eines Heims für obdachlose Jugendliche angeregt sowie die Ausstattung von Krankenhäusern in Rußland gefördert. Foto: Schälte

tete die Ministerin, es sei bekannt, daß sich im Bereich Trebur die Region massiv gegen diesen Polder ausspreche. Wenn der

Landtagsbeschluß nicht aufgehoben werde, seien ihrer Kollegin die Hände gebunden.

Hohe Ehrung auch für den CDU-Abgeordneten Franz-Josef Balke (r.). Im Kreishaus Gütersloh überreichte ihm Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) das Bundesverdienstkreuz am Bande, das der Bundespräsident dem Unionsabgeordneten aus Verl verliehen hat. In seiner Laudatio betonte der Präsident, Franz-Josef Balke sei fest verwurzelt in seiner westfälischen Heimat. Hier sei er geboren und aufgewachsen, hier lebe und arbeite er, hier habe er seine Familie. Und er habe sich hier in bewundernswertem Maße für seine Mitbürgerinnen und Mitbürger engagiert. Für die CDU, seine politische Heimat, habe Franz-Josef Balke im Gemeindeverband Verl und im Kreisvorstand Gütersloh verschiedene hohe Aufgaben wahrgenommen. Fast zwei Jahrzehnte habe er sich im Rat der Gemeinde Verl in mehreren Ausschüssen für eine positive Entwicklung seiner Heimatstadt eingesetzt. dem Kreistag des Kreises Gütersloh gehöre Franz-Josef Balke seit 1973 an. Hier habe er u.a. den Vorsitz des wichtigen Finanz- und Rechnungsprüfungsausschusses inne gehabt. An die Spitze des Kreises Gütersloh gewählt, habe er als Landrat und stellvertretender Landrat über Jahre hinweg die Geschicke der Region bestimmt. Darüber hinaus habe Franz-Josef Balke seine reiche berufliche Erfahrung als Tischlermeister auch im Hauptvorstand der christlichen Gewerkschaft Holz und Bau Deutschland zur Wirkung kommen lassen. Das Vertrauen, das er sich durch unermüdete Arbeit in der Region Gütersloh erworben habe, sei durch das Votum der Wählerinnen und Wähler honoriert worden, die ihn 1990 und 1995 direkt in den Landtag NRW



entsendet hätten. Im Landesparlament arbeite er im Ausschuß für Haushaltskontrolle und im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen. Der Landtagspräsident schloß, er habe Franz-Josef Balke als kom-

petenten und engagierten, als warmherzigen und zuverlässigen Menschen kennengelernt, der sich auf christliche Grundwerte beziehe und sich als praktizierender Christ zu erkennen gebe.



Zu einem Arbeitsbesuch hielt sich kürzlich der Arbeitskreis Wissenschaft und Forschung der CDU-Landtagsfraktion in Erfurt auf. Im Mittelpunkt standen Gespräche über die hochschulpolitische Situation in Thüringen. Neben einem intensiven Gedankenaustausch mit den Bildungspolitikern des Landes stand auch ein Besuch der in der Entstehung begriffenen Universität Erfurt und ein Empfang durch den Erfurter Oberbürgermeister Manfred Ruge auf dem Programm. Die CDU-Delegation unter der Leitung des hochschulpolitischen Sprechers Manfred Kuhmichel hatte auch Gelegenheit, sich bei einem Treffen mit dem Präsidenten des Thüringer Landtags, Dr. Frank-Michael Pietzsch, „aus erster Hand“ über die Entwicklung in den neuen Bundesländern zu informieren. In diesem Zusammenhang dankte Pietzsch der nordrhein-westfälischen Landtagsverwaltung für die Unterstützung beim Aufbau des Landesparlaments in Thüringen und nannte namentlich Dr. Wolfgang Gärtner und dessen hilfreiches Engagement. Als Zeichen der Verbundenheit übergab Manfred Kuhmichel einen Teller des nordrhein-westfälischen Landtages. Das Bild zeigt von rechts nach links die Abgeordneten Hans-Martin Schlebusch, Dr. Irmgard Klingbeil, Manfred Kuhmichel, Hubert Schulte, Dr. Renate Düttmann-Braun, Landtagspräsident Dr. Frank-Michael Pietzsch, die Abgeordneten Dr. Andreas Lorenz und Marie-Theres Ley sowie den wissenschaftlichen Referenten Hans-Achim Michna.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) hat den Leiter des Referates „Informationsdienste, Bibliothek und Archiv“, Dr. Alois Vogel (r.), in den Ruhestand verabschiedet. In seiner Ansprache sagte der Präsident: „Sie sind – um es mit einem geflügelten Wort zu sagen – ein Mann des ‚Buches und der Sprache‘. Aber nicht nur das: Wenn Sprache tatsächlich – wie Goethe sagt – Ausdruck der Seele ist, dann muß man hinzufügen: Sie sind auch ein Mensch mit ausgeprägter Herzensbildung. Kurzum: Sie sind ein überaus liebenswerter und gebildeter Mensch.“ Zur Arbeit Dr. Vogels im Landtag stellte Ulrich Schmidt fest, er habe für die Bibliothek eine Datenbank entwickelt, in die zunächst alle für den Landtag wichtigen Zeitschriftenaufsätze eingeflossen seien und in die auch die Buchliteratur integriert worden sei. Ab 1988 habe er das konventionell geführte Pressearchiv zu einer Pressedatenbank entwickelt. Ein Höhepunkt seines Wirkens sei 1986 die Einführung des heute „Hyperdoc“ genannten optischen Speichersystems gewesen, das am Anfang noch „Megadoc“ geheißen habe. Die Einführung eines modernen elektronischen Archivs habe eine technologische Vorreiterrolle in ganz Deutschland eingenommen, denn der Landtag NRW habe als erste öffentliche Verwaltung in Deutschland ein solches System überhaupt angewendet. Der Landtagspräsident verabschiedete ferner Berthold Kuha (l.) und dankte ihm für seine Mitarbeit. Er erinnerte daran, daß Berthold Kuha zunächst als Schiffsbauer bei einer Schiffswerft in Schönebeck angefangen habe. Dann sei er als Buchhalter bei einem Dieselmotorenwerk angelernt worden. Über eine Zwischenstation als Gartenarbeiter in Riedlingen sei er letztlich in die Arbeitswelt des Druckwesens gekommen. 1993 sei er nach einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in der Druckerei des Landtags fest angestellt worden. „Bleiben Sie unserem Hause weiter verbunden!“ gab der Präsident dem Drucker mit auf den Weg.

Foto: Schälte

FC Landtag

Offensiv gespielt und doch verloren

Es war ein rassistiger, offener Schlagabtausch, den sich das Redaktionsteam der Westdeutschen Zeitung und der FC Landtag auf dem regennassen Grün direkt neben dem Düsseldorf-Rheinstadion lieferten.

Die Zuschauer sahen ein interessantes und torreiches Match und zahlreiche fußballerische Leckerbissen. Beide Mannschaften zeigten sich als Befürworter des Offensivspiels; die Abwehrarbeit dagegen wurde sehr offen und tolerant interpretiert. Sieben Tore durften bejubelt werden. Der FCL lieferte eine gute Leistung; er enttäuschte keineswegs. Enttäuschend aber ist, daß es erneut eine Niederlage setzte. Der FC Landtag blieb sich treu und ging erneut geschlagen vom Platz, wenn auch diesmal mit 3 : 4 denkbar knapp. Auf der Habenseite des Teams steht die nie erlahmende Kampfkraft, die intakte Moral, mit der die Männer um Spielführer Thomas Mahlberg immer wieder durch Treffer der WZ zurückgeworfen, auf den Ausgleich drängten. Thomas Mahlberg über die rechte, Jens Harmeier über die linke Außenbahn und Wolfgang Euteneuer im Zentrum kurbelten immer wieder das Spiel an.

Immer brandgefährlich

Insbesondere in der zweiten Hälfte schnürte der FCL seinen Gegner, der allerdings durch Konter immer wieder brandgefährlich vor dem von Wolfgang Hamann gewohnt sicher gehüteten FCL-Kasten auftauchte, phasenweise regelrecht in seinem Strafraum ein. Haufenweise hochkarätige Chancen ergaben sich in dieser Phase, aber, auch das durchaus kennzeichnend für die sich neigende Saison, sie wurden auch haufenweise vergeben. So durfte es nicht verwundern, daß die im Ausnutzen der Torgelegenheiten cleverere Mannschaft, das WZ-Redaktionsteam, am Ende die Nase vorn hatte. 2 : 1 stand es bei Halbzeit: Beide Treffer hatte der WZ-Spielmacher gegen eine sehr sorglose FCL-Abwehr erzielt. Der zwischenzeitliche Ausgleich fiel durch Hans Zinnkann. In die Drangperiode des FCL fiel nach eine Ecke per Kopfstoß das 3 : 1. Wolfgang Euteneuer verkürzte erneut durch einen harten, plazierten und flachen Freistoß ins lange Eck. Erneuter Konter der WZ, nachdem der FCL gerade wieder eine seiner Großchancen verschleudert hatte. Irgendwie wurde dann der Ball aus einem Gewühl im Fünfmeterraum über die Torlinie gestochert: Wieder lag der FCL zwei Tore zurück und gab trotz allem nicht auf. Tommy Mayer stellte den Anschluß wieder her, indem er die Kugel aus spitzem Winkel an Freund und Gegner vorbei ins Netz spitzelte. Aber dann ging nichts mehr. Das Spiel war aus. Es bleibt die Hoffnung auf Revanche in der nächsten Spielzeit.

Leser schreiben ...*

Akademischer Lehrer

Mit großem Interesse habe ich in der Vergangenheit verfolgt, wie Sie verdienstvollerweise immer wieder an bedeutende Parlamentarier und Wirtschaftspolitiker aus Nordrhein-Westfalen und speziell auch an Prof. Dr. Erik Nötling erinnert haben. Ich möchte Ihnen dafür meinen ganz persönlichen Dank aussprechen.

Leider kommt in Artikeln und Büchern über Erik Nötling jedoch nicht gebührend zum Ausdruck, ein welch hervorragender akademischer Lehrer Erik Nötling gewesen ist. Erik Nötling hatte von 1950 bis zu seinem Tode 1953 den Lehrstuhl für Wirtschaft an der Sozialakademie Dortmund inne und war bei seinen Studierenden ein sehr geachteter Hochschullehrer mit rhetorischer Begabung, politischem Engagement und hoher fachlicher Sachkompetenz. Im Studienplan des 4. Studiengangs 1950/51 wird besonders erwähnt, daß Prof. Dr. Erik Nötling, der vor 1933 bereits an der Akademie der Arbeit in Frankfurt tätig war, für die Sozialakademie Dortmund gewonnen werden konnte. Nötling hatte sich bereits in den 20er Jahren intensiv mit der Thematik der Wirtschaftsdemokratie beschäftigt und war auch an den Arbeiten von Fritz Naffterl zu diesem Thema beteiligt. Es war für Nötling unabdingbar, die autoritäre Wirtschaftsführung in allen Großunternehmen durch echte Mitbestimmung der arbeitenden Menschen zu ersetzen. Nach seinen Vorstellungen war Mitbestimmung kein Ersatz für einen verstärkten Einfluß des Staats durch eine globale Planung bei der Produktion, der Beschäftigung, des Geldumlaufs. Nötling war ein ebenso entschiedener Gegner der Zwangswirtschaft wie auch der zügellosen Marktwirtschaft. Er wollte auf die Marktsteuerung zur Befriedigung der unterschiedlichen Bedarfe nicht verzichten, konnte sich aber ebensowenig vorstellen, daß der Marktmechanismus von sich aus das Gemeinwohl verwirklichen könne.

(* Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

Kooperation mit französischer Polizei

Eine gute Zusammenarbeit zwischen deutscher und französischer Polizei bei der Einreise deutscher Rechtsextremisten nach Frankreich anlässlich von Sportveranstaltungen bestätigt Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Brigitte Herrmann (GRÜNE). Alle Informationen von Polizeistellen aus Bund und Ländern würden an die „Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze“ (ZIS) weitergeleitet, die wiederum die französische Polizei informiere. Auch anlässlich der letzten Fußballweltmeisterschaft sei die französische Polizei auf



Schüler verschiedener Schulen aus Thiès im Senegal, die sich im Rahmen eines Jugendaustausches in Solingen aufhielten, haben auf Vermittlung der Solinger SPD-Abgeordneten Erika Rothstein (vorne, 3. v.l.) den Landtag besucht und sind von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (2. v.r.) begrüßt worden. Die jungen Leute hatten auch politische Begleitung bei sich, den Bürgermeister von Thiès, Mustapha Ndiaye (vorne, 3. v.r.).

Foto: Schälte

Literatur

Funktionen des Landtags

Das Buch ist die zweite Auflage des 1993 unter der alleinigen Verantwortung von Dr. Jürgen Ockermann entstandenen Textes. Er ist in sechs Teile gegliedert. Im Teil I werden die Funktionen eines Landesparlaments behandelt. Die Verfasser nennen mehr als zwei Dutzend Funktionen, die in einer Grafik zusammengefaßt sind. Möglich ist es jedoch, mit Hilfe von vier Kernfunktionen zu argumentieren. Die Gesetzgebungsfunktion der Parlamente ist Gegenstand aller deutschen Verfassungen. Ebenso werden Kontrolle, Wahl und Öffentlichkeit als Parlamentsfunktionen in den Verfassungen behandelt. Die Öffentlichkeitsfunktion des Landtags wird mit Hilfe einer Grafik verdeutlicht, aus der hervorgeht, daß im Durch-

schnitt in NRW ein Abgeordneter für mehr als 81 000 Einwohner „zuständig“ ist. Im Vergleich dazu: in Bremen liegt diese Zahl bei unter 7000 Einwohnern.

Im Teil II werden Einzelheiten des Wahlverfahrens und der Konstituierung des Landtags behandelt. Es wird dabei unter anderem auf das Ein-Stimmen-Wahl-System in NRW eingegangen, das sich von dem bei der Bundestagswahl angewandten Zwei-Stimmen-Wahl-System unterscheidet. Wenn der Wähler in NRW für einen bestimmten Kandidaten oder eine Kandidatin votiert, entscheidet er sich damit zwangsläufig auch für die Reserveliste.

Ausführlich werden im Teil III Plenum, Präsident und Präsidium, Ältestenrat und Ausschüsse als Organe des Landtags behandelt. Die Verfasser schaffen ein aktuelles und anschauliches Bild des parlamentarischen Binnenbetriebs. In Teil IV gehen die Verfasser auf den Status der Abgeordneten und der Fraktionen ein. In Teil V behandeln Jürgen Ockermann und Andrea Glende Aufgaben und Organisation der Landtagsverwaltung. Dieser Dienstleistungsbetrieb ist zuständig für die Betreuung von 221 Abgeordneten, der Plenarsitzungen und der Sitzungen der 23 Ausschüsse des Landtags. Im Teil VI wird der parlamentarische Arbeitsalltag geschildert.

Dem hohen Praxisbezug des Buches wird auch dadurch Rechnung getragen, indem im Anhang ein Beispiel für den Gang der Gesetzgebungsarbeit wiedergegeben ist. Gleiches gilt für den Abdruck der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Jürgen Ockermann/Andrea Glende, So arbeitet der Landtag Nordrhein-Westfalen. Aufgaben, Zusammensetzung, Organisation und Arbeitsweise. Verlag Neue Darmstädter Verlagsanstalt, 2. Auflage, Rheinbreitbach 1997, DM 16,80.

Schwarz-Rot-Gold wurde zum Symbol der deutschen Nation

„Petitionen und Barrikaden -Rheinische Revolutionen 1848/49“ hieß eine Ausstellung, die Landtagspräsident Ulrich Schmidt (Bild) am 4. November im Landtag eröffnete. In seiner Einführungsrede erinnerte der Präsident daran, daß die Deutschen vor 150 Jahren erstmals versucht hätten, eine demokratische Nation zu werden. Der Versuch sei gescheitert, aber die Revolution von 1848/49 habe tiefe Spuren hinterlassen. Die Ausstellung lenke den Blick auf unsere Region. Sie demonstriere, wie sehr der Wind des Wandels auch das Rheinland verändert habe. Ulrich Schmidt führte aus, der schöne Götterfunke „Freiheit“ sei von Frankreich übersprungen. Das System Metternich habe die Bürgerfreiheiten unterdrückt und den unterjochten Völkern ihr Selbstbestimmungsrecht verwehrt. Die Anfang März einsetzenden Massendemonstrationen hätten überraschend schnell zum Erfolg geführt. Fast überall hätten die Herrschenden geschmeidlich reagiert. „Sie berufen prominente Liberale in die Regierungen, welche die Forderungen der Demonstranten erfüllen: Volksbewaffnung, Pressefreiheit, Schwurgerichte und, vor allem Wahl einer Nationalversammlung“, erläuterte der Präsident. Am 3. März werde im deutschen Bund die Zensur aufgehoben. Sechs Tage später seien die bislang verbotenen Farben Schwarz-Rot-Gold zum Symbol der deutschen Nation geworden. Dazu Schmidt: „Der Rausch des Erfolgs währt in der Tat nur kurz“. Als der preußische König im April 1849 die deutsche Kaiserkrone abgelehnt habe, habe er den Fehlschlag besiegelt. Gemessen an ihren Forderungen sei die 48er Revolution gescheitert. Das Streben nach Freiheit, nach Recht und Einigkeit sei zwar vor 150 Jahren niedertraktiert worden, das Gedankengut aber, das zur Revolution und zum Paulskirchenparlament geführt habe, bilde eine starke Wurzel der deutschen Demokratie. Der Präsident wies



darauf hin, daß die Ausstellung nach dem Landtag in Wuppertal präsentiert werde. Vorher sei sie schon in Köln, Bonn, Mönchengladbach, Aachen und Krefeld zu sehen gewesen. Sie arbeite die Spezifika der rheinischen Revolutionen heraus. Der Landtagspräsident sprach dem Leiter des nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchivs, Professor Ottfried Da-

schler, seinen Dank aus. Das Hauptstaatsarchiv habe in enger Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Rheinland und den historischen Archiven der Städte Köln, Aachen, Bonn, Düsseldorf, Krefeld, Mönchengladbach und Wuppertal diese hochinteressante und lehrreiche Ausstellung realisiert.

Foto: Schälte



Den ehemaligen palästinensischen Parlamentspräsidenten Dr. Haider Abdel Shafi (im Bild links) hat Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber im Landtag begrüßt. Der Politiker aus dem Nahen Osten befand sich auf einer Deutschlandreise, bei der er auch Bonn und Münster besuchte — Bei der Verwaltung des nordrhein-westfälischen Landtags sind wieder einige ausländische Hospitanten tätig, die sich über den Parlamentarismus in Deutschland informieren wollen. Landtagsdirektor Professor Heinrich A. Große-Sender empfing die Gäste: im Bild rechts v.l. Neja Hassen Beshir aus Äthiopien, Baasangombo Enebish aus der Mongolei, Direktor Große-Sender, Dugardorjiin Bayanduuren aus der Mongolei sowie Mulugeta Teshome Afessa aus Äthiopien.

Fotos: Schälte

Personalie

Hans Vorpeil (SPD), Landtagsabgeordneter, ist auf Wahlvorschlag der SPD-Fraktion in einer Nachwahl als stellvertretendes Mitglied für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II gewählt worden. Vorpeil wurde

damit Nachfolger des bisherigen stellvertretenden Mitglieds **Hans Krings** (SPD). Nach dem Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen

des Landtags Nordrhein-Westfalen setzt sich ein Untersuchungsausschuß aus ordentlichen Mitgliedern und der gleichen Zahl von stellvertretenden Mitgliedern zusammen, die vom Landtag gewählt werden.

Vor vierzig Jahren starb Josef Gockeln auf tragische Weise bei Autounfall

Landtagspräsident achtete auf Würde des Hauses

Es sind nicht immer die großen Worte und die imposanten Gesten, die Politikern Aufmerksamkeits und Anerkennung verschaffen. Daß auch Schlichtheit und Geradlinigkeit Eigenschaften sein können, die Staatsmänner besonders auszeichnen, lebte der nordrhein-westfälische Landtagspräsident Josef Gockeln in seiner politischen Tätigkeit vor. Walter Först beschreibt den Landtagspräsidenten, der vor 40 Jahren starb, so: „Josef Gockeln war ein Präsident der schlichten Form, der ruhigen, aber sicheren Verhandlungsführung, ohne Glanz, mit wenig Pathos, bedacht auf die Würde des Hauses, tolerant in den demokratischen Grenzen ...“ Und auch der damalige Ministerpräsident Dr. Franz Meyers würdigte Josef Gockeln nach seinem Tod: „So steht er — uns allen unvergeßlich — vor uns: ein Mann, dessen Schmuck die Einfachheit und die Geradlinigkeit seines Lebens war.“

Josef Gockeln war von 1947 an bis zu seinem Tod am 8. Dezember 1958 Präsident des nordrhein-westfälischen Landtags. Gleichzeitig war er bis 1956 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf. Wegen der Verquickung dieser Aufgaben wurde ihm nicht selten Amterhäufung vorgeworfen. Doch Gockeln war der Ansicht, daß es die Pflicht der „Generation des Wiederaufbaus“ sei, sich überall dort zu engagieren, wo man gebraucht werde. Und so entgegnete er auf die häufig geübte Kritik an der Vielzahl seiner Ämter: „Man braucht mich doch überall. Wenn man mich haben will, dann kann ich doch nicht am warmen Ofen sitzen.“

Josef Gockeln wurde am 18. März 1900 als Sohn eines Schreinermeisters in Großeneder im ostwestfälischen Kreis Warburg geboren. Nach dem Besuch der katholischen Volksschule erlernte er das Müllerhandwerk. Am Ersten Weltkrieg nahm er für ein Jahr als Soldat teil. Schon als junger Mann setzte er sich nach dem Krieg für die Belange der Arbeiter ein. Er war im Katholischen Arbeiterverein und in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung aktiv. Von 1925 bis 1926 besuchte er als Stipendiat die Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf. Von diesem Zeitpunkt an war und blieb Düsseldorf seine Wahlheimat. Im Jahre 1927 holte Jakob Kaiser, damals Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften in Köln, Gockeln als Kartellsekretär nach Mönchengladbach, wo die Zentrale des Verbandes der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine saß. Aufgrund seiner Kenntnisse und seiner Einsatzbereitschaft wurde Gockeln im Jahr 1928 Bezirkssekretär der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) und Gewerkschaftskartellsekretär in Düsseldorf. Schon bald erkannte er auch die Notwendigkeit und Bedeutung der Parteiarbeit. So verband er ein Jahr später seine Tätigkeit in der christlich-sozialen Bewegung mit einem intensiven Engagement für die Zentrumspartei. Als Stadtverordneter war er bis zum Jahre 1933 zweiter Vorsitzender der Partei in Düsseldorf. 1939 wurde auch er in den Krieg eingezo-

gen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und kurzer Gefangenschaft kehrte er 1945 nach Düsseldorf zurück und übernahm dort unverzüglich wieder das KAB-Sekretariat, war es für ihn in diesen Jahren des Wiederaufbaus doch besonders wichtig, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Auf Bitten übte er kurze Zeit später auch das Amt des Verbandsvorsitzenden der KAB Westdeutschlands aus. Der Parteiarbeit widmete er sich ebenfalls unmittelbar nach dem Krieg wieder. Als politisch interessierter Mensch war er sich der Notwendigkeit der parteipolitischen Aufbauarbeit bewußt. Und er war sich genauso darüber im klaren, daß der Aufbau einer demokratischen, freiheitlichen und sozialen Staatsordnung ohne ein funktionierendes Parteiensystem niemals gelingen konnte. So trat er als Mitbegründer der CDU bei. Mit der CDU war er dann auch im Dezember 1946 im zweiten Kabinett Ame-



Josef Gockeln (CDU)

lunxens vertreten. Hier wurde er Sozialminister. Nur ein knappes halbes Jahr später, am 19. Mai 1947, wählte der Landtag ihn zum Landtagspräsidenten, nachdem die CDU am 20. April die Wahl gewonnen hatte. Und wiederum zwei Monate später wurde Gockeln durch die Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 3. Juli 1947 Düsseldorf Oberbürgermeister. Weder als Landtagspräsident noch als Oberbürgermeister war es seine Aufgabe, aktive Parteipolitik zu betreiben. Er hatte

über den Parteien zu stehen. Das war eine Pflicht, der er sich bewußt war, und der er nachkam.

So sicherte sich Gockeln durch seine Objektivität und Fairneß ebenfalls bei seinen politischen Gegnern Achtung. Nicht zuletzt er war es, der stets dafür sorgte, daß im Landtag auch bei den bittersten Kämpfen um die Landesverfassung immer mit fairen Mitteln gekämpft wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Jahren des Wiederaufbaus von Schulwesen und Wirtschaftsleben, hatte der nordrhein-westfälische Landtag unter der unauffälligen Regie seines Landespräsidenten Gockeln die fruchtbarste Gesetzgebungszeit. Als Oberbürgermeister stand Gockeln in Düsseldorf zunächst einmal ganz elementaren Aufgaben gegenüber: Die Trümmerräumung, die Lebensmittelversorgung mit knappen Rationen, die Lage der Obdachlosen und der Wiederaufbau des Verkehrsnetzes standen auf der Tagesordnung. Zudem mußte Düsseldorf die Belastungen bewältigen, die mit der Ernennung zur Landeshauptstadt einhergingen. Bezüglich der „Rangerhöhung“ Düsseldorf zur Landeshauptstadt übte Gockeln sich in Zurückhaltung, hielt er die Landeshauptstadt doch, ähnlich wie die Bundeshauptstadt, für ein Provisorium. So äußerte er sich damals einmal: „Sollte der Bund einmal nach Berlin zurückkehren, gehen wir nach Bonn.“

Nicht nur auf Landesebene war Gockeln politisch aktiv; er war seit der Gründung der Bundesrepublik bis zu seinem frühen Tod auch Mitglied im Deutschen Bundestag. Wie schon sein starkes Engagement für die KAB zeigt, war sein Staats- und Politikerverständnis geprägt von der katholischen Soziallehre, was nicht bedeutet, daß er hier einseitig festgelegt war. Neben Kirche und Familie war für ihn der Staat die wichtigste Gemeinschaftsform und eben kein künstlich konstruiertes Sozialgebilde. Er sah den Staat als den Letztverantwortlichen für das Gemeinwohl. Bis zu seinem Tod blieb er ein Mann der christlich-sozialen Bewegung. Am 8. Dezember 1958 starb der Landtagspräsident Josef Gockeln im Alter von 58 Jahren. Er verunglückte bei einem Autounfall. Die Kölnische Rundschau kommentierte nach seinem tragischen Unfall damals: „Ihn (Josef Gockeln) zeichneten als Politiker Grundsatztreue ohne Verbissenheit, als Landtagspräsidenten ein hohes Maß an Objektivität und Gelassenheit und als Vorsitzenden der Katholischen Arbeiterbewegung eine unerschütterliche Verbundenheit mit der Praxis des sozialen Lebens aus christlicher Verantwortung aus.“

Astrid Krekelberg

Literatur

„Aus dreißig Jahren; Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts“, herausgegeben von Walter Först, Grotesche Verlagsgesellschaft

„Christliche Demokraten der ersten Stunde“, Eichholz-Verlag Bonn

SPD-Fraktion

Gegen Ungerechtigkeiten bei Schülerfahrkosten

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Heinz Hunger, und der schulpolitische Sprecher, Manfred Degen, wollen mit führenden Unternehmens- und Verkehrsverbundgeschäftsführern über die Situation bei den Schülerfahrkosten diskutieren. Die Politiker teilen mit:

„Seit kurzem sind für die anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler die Fahrkarten für die Fahrten zur Schule und zurück auf diese Fahrten beschränkt. Um den ÖPNV auch in der Freizeit nutzen zu können, müssen sie ein Zusatzangebot ihres jeweiligen Verkehrsunternehmens in Anspruch nehmen. Andere müssen für ein entsprechendes Ticket den vollen Fahrpreis bezahlen. Es ist deutlich geworden, daß Ungerechtigkeiten entstanden sind, über die geredet werden muß.

Es ist zum Beispiel auch so, daß Inhaber von Job-Tickets, die jederzeit nutzbar sind, diese in der Regel preiswerter bekommen als Schüler ein entsprechendes Ticket, das ihre Eltern kaufen müssen. Deshalb werden wir uns mit Fachleuten aus Unternehmen und Verbänden sowie des Verkehrsministeriums zusammensetzen und den Versuch unternehmen, Wege aus der Situation und eine Möglichkeit zu finden, die Nutzungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler im öffentlichen Personennahverkehr so zu gestalten, daß Ungerechtigkeiten abgebaut werden.“



Die Biotonne wird in Nordrhein-Westfalen nicht zwangsweise eingeführt. Jede Kommune muß für sich selbst entscheiden, ob sie Bioabfälle getrennt einsammelt und wie sie die Gebühren dafür berechnet. Für Eigenkompostierung ist ein angemessener Gebührenabschlag zu gewähren. Das ist der wesentliche Inhalt eines Änderungsantrages zur Novelle des Landesabfallgesetzes, den die SPD-Landtagsfraktion beschlossen hat. Der umweltpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Bernhard Kasperek, erklärt dazu:

„Der Gesetzentwurf der Landesregierung sowie die nun verabschiedeten beiden Anträge tragen sozialdemokratische Handschrift. Die ökologische Zielrichtung in der Abfallpolitik der letzten beiden Legislaturperioden wird weiterverfolgt und hierbei werden die Gebühren im Griff behalten.“

Das Landesabfallgesetz enthält als wichtiges Ziel die flächendeckende Erfassung von biogenen Abfällen. Die Novelle stellt hierbei aber sicher, daß die Kommunen über die Umsetzung entscheiden, und zwar abhängig von den Siedlungsstrukturen und der Verwertbarkeit des Kompostes. Hierbei haben die Kommunen die wirtschaftliche Zumutbarkeit zu beachten. Zur Aufstellung der Gebührensatzungen erhalten die Kommunen Rechtssicherheit. Sie können die Satzungen entsprechend der jeweiligen kommunalen Gegebenheiten in eigener Verantwortung anpassen. Im Gesetz soll ausdrücklich festgelegt werden, daß für Eigenkompostierung ein angemessener Gebührenabschlag zu gewähren ist. Einen Zwangsanschluß eines jeden Grundstückes an die „braune Tonne“ wird es mit diesem Landesabfallgesetz nicht geben.

Die Landesregelungen zu betrieblichen Abfallwirtschaftskonzepten und zur Festlegung von Einzugsgebieten von Abfallbehandlungsanlagen entfallen. Dies ist ein Beitrag zur Entbürokratisierung.“

CDU-Fraktion

„NRW muß weiter mit dem Standortrisiko Rot-Grün leben“

Zur Einigung der rot-grünen Landesregierung über eine Sümpfungserlaubnis für den Braunkohlen-Tagebau Garzweiler II erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Dr. Helmut Linssen:

„Nach der vorläufigen Beendigung des Streits um die Tagebau-Genehmigung stehen alle politisch Beteiligten als Verlierer da: Die Grünen mit Frau Höhn an der Spitze sind wieder einmal eingeknickt. Wenn es überhaupt einen Sonderparteitag zu diesem Thema geben sollte, steht das Ergebnis jetzt ohnehin schon fest: Die Grünen und ihre Pattex-Minister werden auf jeden Fall an der Macht bleiben wollen. Ministerpräsident Clement hat eine schwache Figur abgegeben: Die Umweltministerin durfte ihm ungestraft auf der Nase herumtanzen. Der Ablauf des Genehmigungsverfahrens zeigt, daß nicht Recht und Gesetz die Richtung vorgegeben haben, sondern ausschließlich politisches Kalkül. Das Land Nordrhein-Westfalen muß weiter mit dem Standortrisiko Rot-Grün leben.“

Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium stoppen

Die CDU-Landtagsfraktion hat beim Landesverfassungsgerichtshof in Münster eine Organklage gegen die Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium eingereicht. Gleichzeitig hat sie beantragt, per einstweiliger Anordnung die Zusammenlegung beider Ministerien bis zur endgültigen Entscheidung auszusetzen. „Es dürfen jetzt keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden, die später nur mit hohem organisatorischen und finanziellen Aufwand rückgängig gemacht werden können“, teilte der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen in Düsseldorf mit. Die CDU-Landtagsfraktion hält an ihrer Auffassung fest, „daß der Ministerpräsident nicht befugt war, durch einen Organisationsakt beide Ressorts zusammenzulegen“. In der Klage heißt es wörtlich: „Aus verschiedenen verfassungsrechtlichen Gründen hätte es einer parlamentarischen Entscheidung in Form eines formellen Gesetzes bedurft, um die Änderungen der Ministerialorganisation herbeizuführen.“ Der Ministerpräsident habe „das Prinzip der parlamentarischen Demokratie und der Gewaltenteilung in unzulässiger Weise mißachtet“, kritisierte der CDU-Fraktionschef. Linssen geht davon aus, daß die Klage Erfolg haben wird: „Wenn wir nicht genügend schlüssige Argumente auf unserer Seite hätten, wären wir gar nicht erst nach Münster gegangen. Auch das vorher eingeholte Gutachten des Leipziger Professors Dr. Oldiges hat uns in unserer Meinung bestätigt“, sagte Linssen. Mit einer Entscheidung über die einstweilige Anordnung gegen die Zusammenlegung der Ministerien rechnet der CDU-Politiker bis etwa Ende November.

Insgesamt umfaßt die Klage 54 Seiten. Beklagter in diesem Verfahren ist der Ministerpräsident des Landes NRW. Als Prozeßbevollmächtigter hat die CDU den Staats- und Verwaltungsrechtler Prof. Dr. Joachim Burmeister aus Köln eingesetzt.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Rechtsunsicherheit für den Bau von Windkraftanlagen beseitigt

Wieviel Platz braucht eine Windkraftanlage? Wieviel Abstand muß zum Nachbargrundstück oder der nächsten Straße gehalten werden? Mit dieser Frage beschäftigte sich das Oberverwaltungsgericht Münster und entschied sich für eine Lösung, die Investitionen in den Bau von Windkraftanlagen uninteressant macht: Für eine 100 Meter hohe Anlage muß das Grundstück 5 ha groß sein und die Anlage muß in der Mitte des Grundstückes stehen. Das bedeutet, daß zusätzliche Zuwege gebaut und Leitungen verlegt werden müssen.

Damit wird der Ausbau von Windkraftanlagen als zukünftige Energieträger völlig behindert. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen auf bündnisgrüne Initiative hin eine Novellierung der Landesbauordnung erarbeitet, die den Betreibern von Windenergieanlagen Rechtssicherheit gibt.

Die nun benötigte Grundstücksgröße berechnet sich folgendermaßen: Der Abstand zwischen der geometrischen Mitte der Anlage, also dem Mast und der Grenze, bzw. der Straßenmitte, soll die Hälfte der Gesamthöhe betragen. Das sind 50 Meter für die 100 Meter hohe Anlage. Die Windenergieanlage wird jetzt nur noch eine Fläche von einem Hektar benötigen. Der Abstand von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden errechnet sich nach dem zulässigen Schalldruckpegel am Immissionsort.

Hier gelten das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme und die Grundsätze des Immissionsschutzrechts unverändert fort. Damit haben wir die Rahmenbedingungen gesetzt, die die Entwicklung der Windkraft zu einem zukünftigen Energieträger weiter stärkt.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

Personalien ...

Peer Steinbrück (SPD), seit 1993 Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr in Schleswig-Holstein, ist Nachfolger von **Bodo Hombach** (SPD) als Wirtschaftsminister in Düsseldorf. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Wolfgang Clement** (SPD) führte den neuen Minister am 29. Oktober in sein Amt ein. Steinbrück wurde am 10. Januar 1947 in Hamburg geboren, ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre arbeitete er in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der ehemaligen DDR. Er war Mitarbeiter des ehemaligen Bundesministers **Volker Hauff** (SPD) sowie von 1983 bis 1987 des nordrhein-westfälischen Umweltministers **Klaus Matthiesen** (SPD). Von 1987 bis 1990 leitete er das Büro des damaligen Ministerpräsidenten **Johannes Rau** (SPD).

Jürgen Thulke (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 14. November seinen 60. Geburtstag. Der Essener Politiker hat nach der Mittleren Reife 1955 das Abitur im 2. Bildungsweg nachgeholt, die Post-Ingenieur-Schule besucht und mit dem Ing. (grad) abgeschlossen. Er trat dann in den fernmelde-technischen Dienst der Bundespost ein. 1985 wurde er freigestellt. Jürgen Thulke gehört seit 1965 der SPD an. 1974 bis 1976 war er Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Niederrhein und gehörte bis 1982 dem Vorstand des SPD-Unterbezirks Essen an. In den Landtag wurde er 1985 gewählt. Jürgen Thulke ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Heinrich Meyers (CDU), Landtagsabgeordneter, vollendet am 17. November sein 60. Lebensjahr. Der in Orsoy geborene Politiker ist in Hamminkeln zuhause. Er machte 1959 Abitur und studierte dann Pädagogik an der damaligen PH Essen-Kupferdreh. Heinrich Meyers gehört seit 1967 der CDU an. Seit 1991 ist er Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Wesel. Bis 1980 CDU-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Hamminkeln, ist er seitdem dort Bürgermeister. Dem Landtag gehört Meyers seit 1990 an. Er führt den Vorsitz im Ausschuß für Schule und Weiterbildung. Der verwitwete Abgeordnete ist Vater dreier Kinder.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
 8 84 30 22
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
 Pressesprecher des Landtags
 Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Par-
 lamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
 (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
 Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvor-
 stands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
 Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Sabine
 Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
 lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
 gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Heinz Wirtz (SPD)

Das Elternhaus hat Heinz Wirtz stark geprägt. Sein Vater war Gewerkschaftssekretär, später Bevollmächtigter der IG Metall in Bochum und 15 Jahre lang bis 1985 SPD-Landtagsabgeordneter. So trat der gebürtige Wattenscheider, Jahrgang 1943, als städtischer Verwaltungslehrling bereits mit 16 Jahren der ÖTV bei und engagierte sich gleich gewerkschaftlich, baute eine Jugendgruppe bei der Stadtverwaltung auf. Und nach Absolvierung der Bundeswehr schloß er sich den Sozialdemokraten an.

Seit 1990 führt Heinz Wirtz den Stadtbezirk Bochum-Wattenscheid seiner Partei und wurde bei den letzten beiden Wahlen gegen jeweils nur eine Stimme von den Delegierten in seiner Funktion bestätigt, worauf er besonders stolz ist. Auch gehört er seit mehreren Jahren dem SPD-Unterbezirksvorstand Bochum an und engagiert sich besonders in der Öffentlichkeitsarbeit.

Nach Absolvierung der Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst am Dortmunder Studieninstitut für kommunale Verwaltung wurde der Diplom-Verwaltungswirt später Leiter der Bezirksverwaltung Bochum-Wattenscheid mit ihren rund hundert Mitarbeitern und pflegte den Kontakt zu den örtlichen Kommunalpolitikern. Für das heutige Mitglied des Landtagsausschusses für Kommunalpolitik sind diese damaligen beruflichen Erfahrungen besonders hilfreich.

Seit 1990 als im Wahlkreis 126 (Bochum III) zweimal direkt gewählter Abgeordneter im Düsseldorfer Landesparlament macht sich der Sozialdemokrat für eine hinreichende Finanzausstattung der Kommunen stark. Dazu zählt nach seinen Worten auch deren wirtschaftliche Betätigung. „Die Gemeindeordnung muß in diesem Bereich ein Stück freier gestaltet werden“. Abgesehen von der örtlichen Begrenzungsklausel dürften die Kommunen derzeit nur dann wirtschaftlich tätig werden, wenn ein „dringender öffentlicher Bedarf“ bestehe, kritisiert der Abgeordnete. Das sei eine zu enge Begrenzung.

So fürchtet Heinz Wirtz, daß angesichts der Liberalisierung des Strommarktes die Städte in „arge Bedräng-

nis“ kommen werden, falls es bei den Beschränkungen in der Gemeindeordnung bleibe. Natürlich dürfe es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten privater Anbieter kommen. Für dringend erforderlich hält das Mitglied des kommunalpolitischen Ausschusses auch eine Neuverteilung des gesamten Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Als Mitglied des Verkehrsausschusses des Landtages drängt der SPD-Abgeordnete nach mehr Mitteln im Landeshaushalt vor allem für die Erhaltung der Landesstraßen. Nicht vernachlässigt dürfe aber auch der Bau zusätzlicher Ortsumgehungen. Nach seinen Worten liegt ihm besonders am Herzen, daß die Bundesstraßen im mittleren Ruhrgebiet verbessert und komplementiert werden. Konkret fordert der SPD-Abgeordnete auch die Erweiterung der A 40 zwischen Bochum und Essen, die Beseitigung des Nadelöhrs Essen-Frillendorf (A 52) und die Fortführung des Emscher-Schnellweges.

In Partei und Gewerkschaft fest verwurzelt und als Abgeordneter parlamentarisch engagiert, entspannt sich der Sozialdemokrat bei einem Abenteuer- oder Kriminalroman. Auch die Musik der fünfziger Jahre – Erinnerung an die Jugendzeit – ist eine willkommene Abwechslung.

Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 12 bis 24. November 1998

- 12.11. **Hermann Josef Schmitz** (CDU), 62 J.
- 13.11. **Dietrich Thiede** (CDU), 61 J.
- 14.11. **Jürgen Thulke** (SPD), 60 J.
- 15.11. **Werner Bischoff** (SPD), 51 J.
- 16.11. **Gerd-Peter Wolf** (SPD), 47 J.
- 17.11. **Heinrich Meyers** (CDU), 60 J.
- 17.11. **Monika Brunert-Jetter** (CDU), 43 J.
- 19.11. **Siegfried Zellnig** (CDU), 57 J.
- 20.11. **Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE), 41 J.
- 22.11. **Wilhelm Lüke** (CDU), 64 J.
- 24.11. **Norbert Burger** (SPD), 66 J.



Bodo Hombach (SPD), bisher Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr ist als neuer Kanzleramtsminister und damit Chef des Bundeskanzleramtes am 27. Oktober von Bundespräsident Professor **Dr. Roman Herzog** in Bonn vereidigt worden. Bodo Hombach stammt aus Mülheim an der Ruhr, wo er am 19. August 1952 geboren wurde. Nach seiner Berufsausbildung von 1967 bis 1970 war er als Fernmeldehandwerker tätig. Über den Zweiten Bildungsweg absolvierte er ein Studium der Sozialarbeit und schloß mit Diplom ab. Von 1974 bis 1977 war Hombach Gewerkschaftssekretär und von 1977 bis 1979 Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Von 1979 bis 1981 hatte er das Amt des stellvertretenden Landesgeschäftsführers und von 1981 bis 1991 das des Landesgeschäftsführers der SPD inne. Ab 1991 war er Direktor Marketing, Organisation, Unternehmensstrategie der Salzgitter AG in Düsseldorf und seit 1992 Mitglied der Geschäftsführung der Preussag Handel GmbH und zudem seit 1995 der Preussag International GmbH. Der SPD gehört Bodo Hombach seit 1971, dem Landtag seit 1990 an. Er will nach Beendigung der Haushaltsberatungen gegen Ende des Jahres sein Mandat niederlegen. Nach der Wahl von **Wolfgang Clement** (SPD) zum Ministerpräsidenten des Landes am 27. Mai dieses Jahres hatte Bodo Hombach dessen Ressort, das Wirtschaftsministerium, übernommen.



Franz Müntefering (SPD) ist als neuer Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen, Städtebau und Verkehr am 27. Oktober von Bundespräsident Professor **Dr. Roman Herzog** in Bonn vereidigt worden. Der am 16. Januar 1940 in Neheim-Hüsten geborene, bisherige Bundesgeschäftsführer der SPD ist von Beruf Industriekaufmann. Er war als kaufmännischer Angestellter in der metallverarbeitenden Industrie tätig. Seit 1966 gehört er der SPD an. Von 1992 bis Juni 1998 war er Vorsitzender des mitgliederstärksten SPD-Bezirk Westliches Westfalen. Seit Mai dieses Jahres ist er Landesvorsitzender. Über ein Jahrzehnt bis 1979 war Franz Müntefering Mitglied im Gemeinde- bzw. Stadtrat von Sundern im Sauerland. Dem Bundestag gehörte er von 1975 bis 1992 an, davon in den letzten beiden Jahren als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Im Dezember 1992 kam Müntefering dann als Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales nach Düsseldorf. 1995 wurde er Bun-

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Ehrung für einen Dahlienzüchter

Auf Schloß Mainau im Bodensee hat der SPD-Landtagsabgeordnete Wilfried Bergerhoff aus Wiehl eine besondere Ehrung erfahren. „Für beispielhafte Verdienste und unermüdliches Wirken im Sinne des Gärtnern um des Menschen und der Natur willen“, so die Begründung, ist er am 16. Oktober mit dem Horst-Koehler-Gedächtnispreis 1998 der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft 1822 e.V. (DGG) mit Sitz in Konstanz ausgezeichnet worden. Wilfried Bergerhoffs Dahlienzüchtungen wurden schon oft auf der Insel Mainau prämiert, nun stand der Wiehler Gärtnermeister und international renommierte Dahlienzüchter auf der Blumeninsel im Bodensee selbst im Mittelpunkt einer besonderen Ehrung, die Gräfin Sonja Bernadotte als Präsidentin der Gartenbau-Gesellschaft im Weißen Saal des Schlosses persönlich vornahm. In der Begründung der Preisverleihung wurde darauf verwiesen, daß Wilfried Bergerhoff seit Jahrzehnten aktives Mitglied der deutschen Gartenbaugesellschaft sowie Vizepräsident der deutschen Dahlien-, Gladiolen- und Fuchsiengesellschaft sei. Hervorgehoben wurde darüber hinaus, daß er schon früh den Gedanken des Dorfwettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“ populär gemacht habe. Den Dorfwettbewerb habe Bergerhoff vom Blumenschmuckwettbewerb zu einer „umfassenden Betrachtung des menschlichen Lebens in seiner natürlichen Umgebung im Dorf entwickelt“. Weiter hieß es in der Begründung, er sei ein „Gärtner um des Menschen Willen, der sich den hohen Zielen der ‚Grünen Carta‘ von der Mainau in Wort und Tat verpflichtet fühlt“. Der Gärtnermeister und Politiker Bergerhoff, der 1982 bis 1997 Bürgermeister in Wiehl war, erinnerte in seinen Dankesworten an den Dorfwettbewerb zu Hause, wo die Beteiligung von ursprünglich drei Dörfern auf 36 gestiegen sei. Das Bild zeigt von rechts Gräfin Bernadotte, die auch Präsidentin des Kuratoriums für die Tagungen der Nobelpreisträger in Lindau ist, den Preisräger Wilfried Bergerhoff sowie Graf Lennart Bernadotte.

Foto: Peter Allgaier

desgeschäftsführer. In den Landtag zog er im Juli 1996 über die Landesreserveleute ein. In einer Erklärung gegenüber dem Präsidenten des nordrhein-westfälischen

Landtags, **Ulrich Schmidt**, hat er am 26. Oktober 1998 sein Landtagsmandat niedergelegt. Franz Müntefering ist verheiratet und hat zwei Töchter.